

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Texte 5



ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG (HRSG.)

# Globalisierung und Geschlecht

Anforderungen  
an feministische Perspektiven  
und Strategien

*Werkstattgespräch, Berlin 21./22. Januar 2000*

Karl Dietz Verlag Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Globalisierung und Geschlecht:  
Anforderungen an feministische Perspektiven und Strategien;  
Workstattgespräch, Berlin, 21./22. Januar /  
[Rosa-Luxemburg-Stiftung]. – Berlin: Dietz, 2000  
(Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 5)

ISBN 3-320-02993-2

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2000  
Umschlag und Satz: MediaService, Berlin  
Druck und Verarbeitung: BärenDruck GmbH, Berlin  
Printed in Germany

# Inhalt

Vorbemerkung	7
PETRA BLÄSS	11
Einleitung	
CHRISTA WICHTERICH	13
Gender matters	
Zur Vergeschlechtlichung von Arbeit auf globalisierten Märkten	
CHRISTINA THÜRMER-ROHR	37
Was heißt »globalisiertes Bewusstsein«?	
ELLEN DIEDERICH	50
Krieg heißt immer: Gewalt gegen Frauen	
PETRA BLÄSS	61
Thesenpapier: Internationalisierung von Gewalt gegen Frauen	
FRIGGA HAUG	68
Globale Umbrüche und Geschlechterverhältnisse	
GISELA NOTZ	82
Grenzenlos flexibel?	
Antworten auf die Globalisierung	
JUDITH DELLHEIM	97
Neudefinition von Arbeit im Kontext sozialer Gerechtigkeit	
ULLA PETERS	108
Thesenpapier: Die Erde bemuttern?	
Nachhaltige Entwicklung und sozial-ökologischer Umbau	
EVA BULLING-SCHRÖTER	110
Thesenpapier: Nachhaltigkeit und linke Politik	
Autorinnen	114
Offener Brief	116
Presseresonanz	120



## Vorbemerkung

Wagt man einen kurzen Rückblick auf die wissenschaftliche und öffentliche Diskussion des Themas »Globalisierung und Geschlecht«, ist eine gewisse Unschärfe dieses Begriffspaares nicht zu übersehen. Zumeist sind – zuerst einmal geschlechtslos – mit Globalisierung die weltweite Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit kapitalistischer Prozesse durch Deregulierung und technologische Entwicklung, der Abbau nationalstaatlicher sozialer Sicherungssysteme, die Angleichung von Konsummustern und kulturellen Praxen, die explosionsartige Entwicklung von Kommunikationsstrukturen und internationale Migrationsbewegungen gemeint. Feministisch betrachtet müssen jedoch unterschiedliche Entwicklungen für Frauen und Männer konstatiert werden. Gleichzeitig treten soziale Differenzierungen auf, die keineswegs primär durch das Geschlecht bestimmt sind.

Weltweit hat sich die soziale und politische Situation von Frauen in den letzten 20 Jahren – unterstützt durch die offen neoliberale Politik westlicher Industriestaaten wie auch durch das Verschwinden des real existierenden Sozialismus generell – verschlechtert. Gleichzeitig beinhalten Arbeitsmarktveränderungen immer Chancen für Frauen, aus dem System starrer hierarchischer Arbeitsteilung auszubrechen. Es ist unbestreitbar, dass es sog. Globalisierungsgewinnerinnen gibt, die ihre Erwerbs-



*Silke Veth, Referentin für das Thema Geschlechterverhältnis der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Ingrid Kurz-Scherf, Professorin an der FH Bielefeld, Vera Vordenbäumen, Bundesfrauenreferentin der PDS.*

tätigkeit sowie ihren gesamten Lebensentwurf durch neue Arbeitsteilungsmodelle, die z. B. das Delegieren von Haus- und Sorgearbeit an Migrantinnen einschließen, absichern können. Dies bedeutet jedoch keineswegs eine stärkere Gleichstellung der Geschlechter, sondern zeigt nur, dass sich in diesem Prozess Klassen-, Geschlechter- und ethnische Hierarchien oft uneindeutig überlagern. So sind z.B. die zumeist jungen Frauen, die in sog. »freien Exportzonen« arbeiten, einerseits die Leidtragenden der katastrophalen Produktionsbedingungen, andererseits können sie durch diese Erwerbstätigkeit erst Eigenständigkeit und Unabhängigkeit erlangen.

»Feminisierung von Beschäftigung« hat neben der Ausweitung der Erwerbsarbeit, die von Frauen geleistet wird, jedoch noch eine zweite Implikation. Für Männer ist das sog. Normalarbeits- und Lebensverhältnis nicht mehr in der Weise wie vor 20 Jahren kalkulierbar. Die männliche Erwerbsbiografie funktioniert zunehmend nach dem Vorbild weiblicher Beschäftigung: unterbrochen durch Erwerbslosigkeit bzw. -pausen, kurz prekär. Hier deutet sich die m. E. spannende Frage an, inwiefern Prozesse von Globalisierung Bewegung in das Verhältnis der Geschlechter bringen, inwiefern emanzipatorische Veränderungen politisch forciert und gleichzeitig einer neoliberalen Globalisierung der Märkte Grenzen gesetzt werden kann.

Gründe genug für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, mit dem Werkstattgespräch »Globalisierung und Geschlecht – Anforderungen an eine feministische Politik« am 21./22. Januar 2000 in Berlin die bundesweite Arbeit im Bereich Geschlechterverhältnisse zu starten. An diesen beiden Tagen sollten gesellschaftliche Entwicklungen analysiert und linke Gegenstrategien entwickelt werden. Wir wollten die feministische Diskussion um den in den letzten 10 Jahren beinahe zum Modewort gewordenen Begriff der Globalisierung fortführen. Wie Ingrid Kurz-Scherf in ihrem Abschlussbeitrag (den wir leider nicht abdrucken konnten) sagte, tut auch der linke – übrigens äußerst androkratische – Globalisierungsdiskurs so, als wäre dieser Begriff ein »Passepartout für alle Risiken und alles Unbill dieser Welt«. Dabei lässt sich bei genauerem Hinsehen feststellen, dass Globalisierung nicht ein einziger und vor allem kein umfassend neuer Prozess ist. Globalisierung ist auch keine »Naturgewalt«, die über uns hereinbricht, sondern Folge von politischem Handeln und Entscheidungen.

Für uns standen die Fragen im Mittelpunkt, welche Rolle Geschlecht im »global play« spielt, welche Chancen und Risiken der Globalisierungsprozess für den Lebensalltag von Frauen und Männern mit sich bringt und welche feministischen Handlungsperspektiven sich daraus ergeben. Dieser Zielsetzung kann sich meiner Meinung nach nur durch die Initiierung von Diskursen zwischen WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und zu diesem Thema politisch arbeitenden Frauen und Männern genähert werden. Deshalb waren die Arbeitsgruppen jeweils mit Referentinnen aus Wissenschaft und Politik besetzt. Aus vielfältigen Gründen können in der vorliegenden Dokumentation jedoch nicht alle Beiträge abgedruckt und damit diese Strategie nicht stringent fortgeführt werden. Der erfreulichste Grund war Marie, die am 17. Juni 2000 das Licht der Welt erblickte. Daher müssen wir leider auf die Referate von Vera



Vordenbäumen (Bundesfrauenreferentin der PDS) und Prof. Ingrid Kurz-Scherf (FH Bielefeld) verzichten.

Die vorliegende Publikation bleibt ein »Arbeitsbuch« und spiegelt damit den offenen, kommunikativen und zum Teil auch experimentellen Charakter des Werkstattgesprächs wider. Dies ist nicht zuletzt auch an der Mischform der Beiträge zu erkennen: Kurze und längere Thesenpapiere stehen neben und hoffentlich in gegenseitiger Ergänzung zu ausformulierten wissenschaftlichen Artikeln. Ähnlich heterogen ist auch der Zugang der Autorinnen zu diesem Thema.

*Christa Wichterich* beschäftigt sich strukturanalytisch mit der Umstrukturierung von Arbeit, die scheinbar geschlechtsneutral verläuft, und folgt in ihrem Beitrag der These, dass die soziale Kategorie Geschlecht real durchaus noch wirksam ist, zugleich aber auch erkenntnistheoretisch eine Fragmentierung stattfindet.

*Christina Thürmer-Rohr* dagegen betrachtet die Seite von Globalisierung, die ihrer Meinung nach in den ökonomischen Analysen unbeachtet bleibt: die Veränderung des gesellschaftlichen Bewusstseins. Sie stellt die Frage, was »Globalisierung des Bewusstseins« heißt und welche Bedeutung die Integration »in die Welt« für die Sorge der Individuen »um die Welt« und »um sich selbst« hat.

*Ellen Diederich* und *Petra Bläss* gehen in ihren Beiträgen der Frage der Internationalisierung von Gewaltverhältnissen, den Interessen und Widerständen der Akteurinnen in diesem Prozess nach. Neben einer Analyse der Gewaltsituationen (Vergewaltigung als Kriegsstrategie, häusliche Gewalt, Menschenhandel), denen Frauen ausgesetzt sind, werden in beiden Papieren konkrete Forderungen an die Politik formuliert.

*Frigga Haug* beschäftigt sich mit dem Problem, dass zentrale Forderungen der (westdeutschen) Frauenbewegung immer stärker zu Bestandteilen neoliberaler Politik werden. Beispiele sind etwa die Beteiligung von Frauen am Produktionsprozess, die Zerstörung der Kleinfamilie und ihrer Ideologie sowie die Erweiterung des Arbeitsbegriffs. Für die Autorin hat im Sinne von Gramsci eine passive Revolution stattgefunden, d. h. eine feindliche Übernahme feministischer Vorstellungen und Forderungen, die aber auch gleichzeitig frauenpolitisches Handeln unterstützt.

Die Themen der Beiträge von *Gisela Notz* und *Judith Dellheim* sind die Veränderung der Arbeitsbedingungen von Frauen und Männern und eine u. a. deshalb notwendig gewordene Neudefinition der Kategorie Arbeit. Über die Feststellung, dass Globalisierung und Internationalisierung nichts Neues sind und auch nicht – wie behauptet – die Klassenfrage ersetzen, sondern verstärken, kommt Gisela Notz zum Ergebnis, dass eine bloße Erweiterung des Arbeitsbegriffes um Reproduktionsarbeit nicht ausreicht, sondern es um die Kritik der Lohnförmigkeit gehen muss. Judith Dellheim nähert sich über eine geschlechtsspezifische Analyse der Kategorien »gesellschaftlich produktive« und »gesellschaftlich notwendige« Arbeit der Frage nach einer Neuorganisation von Haus- und Erwerbsarbeit an, die bei Tätigkeiten ansetzt, die nicht primär Verwertungsinteressen unterworfen sind.

*Ulla Peters* konstatiert in ihren Thesen eine Geschlechtsblindheit der *mainstream-*

Ökologie-Debatte und setzt dieser die feministische Diskussion zum Thema »nachhaltige Entwicklung« entgegen. Auch *Eva Bulling-Schröter* kritisiert die totale Entkleidung der Nachhaltigkeitsdebatte von allen sozialen Inhalten und arbeitet in ihrem Beitrag die politische Nutzung des Begriffes sowie die Konsequenzen der Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung für Frauen heraus.

Schließlich möchte ich allen Referentinnen, die ihre Beiträge zum Werkstattgespräch für diese Veröffentlichung überarbeitet haben, an dieser Stelle nochmals für die produktive Zusammenarbeit danken. Mein besonderer Dank geht an meine Kollegin Regina Stötzl, die die Texte redaktionell bearbeitet hat. Ohne ihre Sachkenntnis und Arbeitskraft hätte die vorliegende Dokumentation nur schwer realisiert werden können.

***Silke Veth (Referentin Geschlechterpolitik), Juli 2000***

## Einleitung

Globalisierung ist ein in sich widersprüchlicher Prozess. Ökonomische und finanzielle Mechanismen lösen sich aus nationalstaatlicher Bindung. Es entstehen neue globale Steuerungssysteme. Die globalisierte Wirtschaft dringt in alle Bereiche der Gesellschaft vor. Deregulierung und Privatisierung verwandeln unterschiedlichste Institutionen in Gewinn maximierende Unternehmen. Beschäftigungssysteme werden modernisiert und flexibilisiert.

Der amerikanische Ökonom Eduard Luttwak stellt in seinem Buch *Turbo-Kapitalismus – Gewinner und Verlierer der Globalisierung* fest, dass man den Turbo-Kapitalismus nicht verlangsamen kann. Wir müssen Antworten auf die neuen Herausforderungen finden. Sich dem Prozess zu verweigern sei so sinnlos wie Dämme, die man einem Mahlstrom entgegensetzt. Aber: Die Flut lässt sich kanalisieren – durch stabilisierende Normen und Regelungen und durch die Öffnung spezieller Bereiche. Und schon sind wir bei den Möglichkeiten und Grenzen politischer Einflussnahme.

Die Geschlechtsspezifik des Globalisierungsprozesses wird oft erst auf den zweiten Blick gesehen. Fakt ist: Der Globalisierungsprozess hat unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer. Aber Frauen sind nicht einfach die Verliererinnen und Männer nicht einfach die Gewinner des Prozesses, sondern die Tendenzen sind äußerst widersprüchlich:

Das Familienmodell mit dem Mann als weitgehend alleinigem Ernährer ist passé. Auch das Modell der Trennung zwischen Öffentlichkeit als Sphäre des Mannes und Privatheit als Sphäre der Frau, also der Trennung zwischen Produktion und Reproduktion, ist nicht mehr gültig. Parallel zur verstärkten Annäherung von Frauen und Männern innerhalb der Mittelschicht wächst die Ungleichheit zwischen Frauen nach schichtspezifischer, ethnischer und nationaler Zugehörigkeit. Die Gesellschaft spaltet sich zunehmend – so die Politikwissenschaftlerin Brigitte Young – in eine ortsunabhängige, überwiegend männliche Geldgesellschaft und eine ortsgebundene, an den Nationalstaat geknüpfte, meist weibliche Arbeitsgesellschaft.

All dies macht deutlich: Die Herausforderungen an (linke) Politik wachsen. Aber: Die notwendige neue Qualität linker Politik ist nur zu schaffen, wenn mehr auf emanzipatorische Politikansätze gesetzt wird. Was heißt das? Ganz wesentliche

Unterdrückungsverhältnisse in der Gesellschaft müssen von uns ins Auge gefasst und angepackt werden, als da sind:

- die kapitale Produktionsweise, die mit ihrer Profitmaximierung zum ständigen Raubbau an den natürlichen Ressourcen und zur Globalisierung drängt
- patriarchale Strukturen, die auf der Unterdrückung von Frauen aufbauen
- Rassismus, der auf die Unterdrückung fremder Völker und Kulturen zielt

Das heißt: Nachhaltiges Wirtschaften, Gleichstellung der Geschlechter und Gleichberechtigung der Völker sind die Bereiche, in denen sich emanzipatorische Politikansätze beweisen müssen.

Fragen, die sich aus feministischer Sicht stellen, sind u. a.: Wie wollen wir soziale Gerechtigkeit erstreiten ohne klare Vorstellungen zu haben, wie die doppelte ökonomische Benachteiligung der Frauen aufgehoben werden soll? Wie kann die ökonomische Benachteiligung der Frauen überhaupt aufgehoben werden? Wie wollen wir Arbeit und Einkommen neu verteilen? Wie wollen wir (ohne einen neuen Arbeitsbegriff) die Stellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt verändern? Wie wollen wir das männliche (hegemoniale) Leistungsprinzip brechen? Wie wollen wir die traditionell geprägten Rollen in Gesellschaft, Familie und Beruf verändern? Wie wollen wir alle jene Strukturen beseitigen, die die gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen bewirken? Zentrale Frage bleibt, wie das Bewusstsein in der Gesellschaft erreicht werden kann, dass die Gleichstellung der Geschlechter eine Teilung von Arbeit, Verantwortung, Chancen und Macht zwischen Frauen und Männern bedeutet. Und wie die Bereitschaft, dies auch umzusetzen?

Linker Feminismus muss alle gesellschaftlichen Bereiche hinsichtlich der unterschiedlichen rechtlichen und sozialen Stellung von Frauen und Männern und der sich daraus ergebenden Macht- und Dominanzverhältnisse analysieren. Er muss die Mechanismen und Strukturen benennen, die dazu führen, dass sich die patriarchalen Verhältnisse trotz bestimmter Veränderungen immer wieder neu reproduzieren. Das heißt, er muss die jeweiligen gesellschaftlichen Hintergründe und daraus resultierende Interessenkonstellationen aufdecken.

Linker Feminismus muss Strategien gegen die patriarchalen Verhältnisse, also die sich immer wieder neu herstellende Herrschaft der Männer, entwickeln. Dazu gehört die Durchsetzung einer feministischen Sicht auf alle Bereiche der Gesellschaft, ein Mitdenken gleichstellungspolitischer Alternativen für jedes Politikfeld. Dazu gehört die Entwicklung von Gegenmechanismen und -strukturen zur Reproduktion patriarchaler Herrschaftsverhältnisse.

Fazit: Eines der zentralen Unterdrückungsverhältnisse in unserer Gesellschaft muss zu einem zentralen Thema gemacht werden: das Patriarchat. Wir brauchen eine feministische Strategie, weil wir die Verhältnisse ändern wollen.

## Gender matters

### Zur Vergeschlechtlichung von Arbeit auf globalisierten Märkten

Die derzeitige Diskurs über die neoliberale Globalisierung verläuft in seinem männerdominierten *mainstream* sowohl weitgehend geschlechterblind als auch in hohem Maße ignorant gegenüber jedweder Analyse mit einem feministischen Ansatz. Der folgende Beitrag beschäftigt sich exemplarisch mit einem Teil der globalen Transformationsprozesse, nämlich der Umstrukturierung von Arbeit, um den Schein der Geschlechtsneutralität von Globalisierungsprozessen zu dekonstruieren und zu zeigen, wo ihre Strukturen wie auch ihre Wirkung vergeschlechtlicht bzw. ge-

geschlechtsspezifisch und -differenzierend sind. Implizit wird darin die Frage verfolgt, ob die soziale Kategorie Geschlecht real noch wirksam und analytisch noch erkenntnistauglich ist. Ausgangsthese ist dabei, dass die Kategorie Geschlecht in diesen Prozessen einerseits höchst wirksam ist, andererseits gegenläufig auch eine Fragmentierung der Kategorie stattfindet.

Die Diskussion über die Inklusion von Frauen in den Prozess neoliberaler Globalisierung bewegt sich zwischen zwei konträren theoretischen Referenzsystemen. Feministische Ökonominen greifen den *mainstream*-Ansatz auf und fordern sowohl ein *engendering* der Debatte als auch ein *engendering* von ökonomischen Politiken von Strukturanpassungsprogrammen bis zu Gleichstellungsregularien für die Weltbank und Konzerne. Damit wollen sie die Kategorie Ge-



Christa Wichterich, freie Journalistin und Autorin.

schlecht als soziales Strukturmerkmal in eine geschlechtsblinde Debatte und in vor-geblich geschlechtsneutrale Politiken einbringen, um die Spezifika der Auswirkungen der Globalisierung und (vor allem makro-) ökonomischer Maßnahmen auf Frauen aufzuweisen. Ihre Analyse geschlechtsinduzierter Diskriminierungen und Marginalisierungen von Frauen ist interessen- bzw. herrschaftskritisch und orientiert sich auf eine Sensibilisierung der Politik gegenüber der realen Wirkkraft der systemischen und strukturierenden Kategorie Geschlecht (vgl. z. B. Elson 1991, Bakker 1994).

Demgegenüber hat der Dekonstruktivismus-Diskurs der gender-reflektierenden Akademia den erkenntnisgewinnenden Sinn der Kategorie in den neunziger Jahren immer wieder in Frage gestellt. Der aufklärerische Ausgangspunkt des post-modernen Feminismus war, dass Theoretikerinnen sowohl in nicht-weißen Frauenbewegungen als auch in entwicklungspolitischen Zusammenhängen sich gegen den hegemonistischen Gestus westlicher Feministinnen wandten, die homogenisierende Zuschreibungen



gegenüber Frauen anderer Kulturen und der »Dritten Welt« schlechthin vornahmen und universelle Repräsentationsansprüche gegenüber dem Geschlecht Frau erhoben (Mohanty 1988, hooks 1984).

Postkoloniale Ansätze richten sich gegen solche Formen von Neokolonialismus mit dem Anspruch, universelle Geltungsansprüche, Essentialismen und westlich-hegemoniale Definitionen zu entlarven und zu kontern. Dabei beziehen sich Vertreterinnen dieses Ansatzes vor allem auf die semiotischen Sphären symbolischer und kultureller Kontexte und nur tangential auf die neoliberale Globalisierung als ökonomischen Prozess sowie den entsprechenden Diskurs.

Im Gegensatz zum politik-strategischen Erkenntnisinteresse der *engendering*-Debatte, die die Strukturformigkeit der sozialen Ordnungskategorie Geschlecht herausarbeitet und auf Gemeinsamkeiten abhebt, ist das zentrale Anliegen der Dekonstruktion die Destrukturierung von Geschlechtsrollen und -bildern und ihre Differenzierung. Ihr Gegenstand ist häufig die durch die Globalisierung forcierte Offenheit und sind die individuellen Unterschiede von geschlechtsspezifischer Identitätsbildung und von Geschlechterbeziehungen. Ihr Erkenntnisinteresse richtet sich auf die Spielräume für neue Deutungen und Aushandlungen der »Geschlechterrepräsentation« und -»performance«, für Individualisierungsstrategien und Pluralisierung der Lebensentwürfe. Beide theoretischen Ansätze siedeln in der Kontinuität der Modernisierungs-

und der Individualisierungsdebatte und stehen im Kontext der »Enttraditionalisierung« (Giddens) in der »zweiten Moderne« (Beck).

Im Folgenden soll zunächst – vom Boden eines strukturanalytischen Ansatzes aus – der Frage nachgegangen werden, ob die Umstrukturierung von Arbeit im ökonomischen und politischen Projekt der Globalisierung entlang geschlechtsspezifischer Linien erfolgt und inwieweit im Resultat neue vergeschlechtlichte Terrains auf den globalisierten Erwerbsarbeitsmärkten und in der Neuverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit entstehen, kurz: ob Geschlecht als Struktur- und Ordnungsprinzip sozial und ökonomisch wirksam ist.

## **Globalisierte Umstrukturierung von Arbeit**

Die neoliberale Globalisierung ist ein konkurrenzgetriebener transnationaler Prozess der Expansion und Intensivierung des Weltmarkts. Einer der integralen Mechanismen dieses Prozesses ist eine weltweite Umstrukturierung der Arbeitsformen und -verhältnisse unter fortschreitend deregulierten Bedingungen. Auf der Jagd nach Standortvorteilen erschließen und mobilisieren die Global Players unterstützt von den »nationalen Wettbewerbsstaaten« (Hirsch) transnational die kostengünstigsten Arbeitskräfte und Beschäftigungsweisen, Technologien und natürlichen Ressourcen. Dabei werden die Vergesellschaftung und Vergeschlechtlichung von Individuen, die durch Arbeit bzw. Arbeitsteilung stattfindet, neu organisiert. Hier sollen zunächst drei Marktstrategien bzw. Umstrukturierungsperspektiven von Arbeit analysiert werden, die innerhalb des weltweit zunehmend sich differenzierenden Arbeitsmarkts Trends am Ende des Fordismus markieren und die sogenannte »Feminisierung der Beschäftigung« kennzeichnen.

### *Verlagerung in deregulierte Zonen*

Die erste Welle von Produktionsverlagerungen seit Ende der sechziger Jahre ist als Neue Internationale Arbeitsteilung in die Literatur eingegangen. Die exportorientierten arbeitsintensiven Industriebranchen der Freihandelszonen mit 70 bis 90 Prozent weiblicher Belegschaft – junge, unverheiratete Frauen mit einer Grundbildung – stellten einen neuen geschlechtsspezifischen Sektor des Weltmarkts dar. Eine wachsende Zahl von Frauen wurde in den Welterwerbsmarkt integriert, allerdings lediglich mit einem Zugang zu niedrig qualifizierter, gering entlohnter und aufstiegsarmer Beschäftigung. Meist schlossen sie geschlechtsspezifische Verträge ab, z. B. auf bis zu fünf Jahre, nicht verlängerbar, Heirat in diesem Zeitraum untersagt (Truong 1998: 11). Joekes (1982) sprach von einer »frauenorientierten Industrialisierung« durch die Exportproduktionszonen, Truong von einem »gendered miracle« in den Tigerländern Südasiens. Die Analyse feministischer Sozialwissenschaftlerinnen

konzentrierte sich zunächst auf die Arbeits- und Ausbeutungsbedingungen dieses neuen weiblichen Kurzzeit-Proletariats und lehnte diese Form der Weltmarktintegration ab (vgl. z. B. Elson/Pearson 1981, Lim 1990). Dann wurden zunehmend auch das Transformationspotential und der Emanzipationseffekt der weiblichen Erwerbsarbeit für die Geschlechterverhältnisse, die dörfliche Herkunftskultur und die sozialen Bindungen untersucht. (z. B. Heyzer 1988, Ong 1987)

In den neunziger Jahren fand ein neuer Verlagerungsschub von Produktionsschritten und -orten vor allem weg aus den boomenden Schwellenländern statt. Transnationale Konzerne ziehen sich aus den Ländern zurück, in denen Löhne und Lohnnebenkosten steigen und Gewerkschaften erstarken, und wandern in billigere Lohnregionen desselben Landes oder in Nachbarländer ab, um ihre Produktionskosten zu senken. Seit dem Kollaps der diversen real-sozialistischen Planwirtschaften von Vietnam über Bulgarien bis Tansania und unter dem Druck wachsender Auslandsverschuldung und IWF-konditionierter Strukturanpassung boten sich immer mehr bisher weltmarktperephäre Länder für Investitionen an. Die so verdichtete Konkurrenz um Investoren und Produktionsaufträge hat die Praktiken regionalen Unterbietens verschärft, wobei in den vergangenen Jahren die sog. »Sonderwirtschaftszonen« in China oft beim Lohn- und Umweltdumping neue Niedrigstandards setzten. Mit zunehmenden Wahlmöglichkeiten für Niederlassungen und Auftragsvergabe entwickelten die transnationalen Firmen nicht nur eine neue Stufe unternehmerischer Mobilität und Verflechtung, sondern wandelten sich auch oft von Hersteller- zu bloßen Handelsfirmen, vom dauerhaften Arbeitgeber zum immer flexibleren und willkürlichen Auftraggeber für einheimische Produzenten.

Nach ILO-Angaben sind derzeit 27 Millionen Menschen in etwa 850 Exportproduktionszonen beschäftigt, 80 bis 90 Prozent davon Frauen (ILO 1998). Der Standortvorteil, den die neuen Billiglohnländer ausspielen, sind erneut junge, flexible und gewerkschaftlich nicht-organisierte Frauen für die arbeitsintensive Bekleidungs-, Elektronik- und Spielzeugfabrikation (vgl. zum Überblick Wick 1998). Waren es in den südostasiatischen Schwellenländern in den siebziger Jahren nur junge Frauen vor der Heirat oder ersten Schwangerschaft, die in diesen Verschleißindustrien wie ein natürlicher Rohstoff verheizt wurden, so sind es jetzt zunehmend auch verheiratete Frauen und Mütter, die je nach Bedarf und Auftrag eingestellt und wieder entlassen werden. Sie sind nicht mehr temporäre Zuverdienerinnen, sondern sichern mit ihrem Einkommen – zwar mit Kontinuitätsbrüchen, aber doch auf Dauer – einen wesentlichen Teil der familialen Existenz. Besonders in den Maquiladoras Zentralamerikas sind die Frauen häufig die Haupternährerinnen ihrer Familien. Aus der subjektiven Perspektive der meisten Lohnarbeiterinnen ist eine Beschäftigung in der Exportproduktion ein Gewinn, denn die gezahlten Löhne liegen im allgemeinen über denen der lokalen Fabrikation und des öffentlichen Dienstes (Joekes 1995: 26 f.).

Existenzsicherung übernehmen nicht nur die Arbeiterinnen an der globalen Werkbank, sondern ebenso die Frauen im Blumenanbau und der Krabbenproduktion für den Export und zunehmend die im globalen Büro. Denn nicht nur in der verar-



beitenden Industrie, sondern auch im arbeitsintensiven Dienstleistungssektor fand im vergangenen Jahrzehnt eine Verlagerungswelle statt. Seit Mitte der achtziger Jahre waren zunächst Jamaika und andere Karibikinseln zu einer nachgeordneten Registrierkasse des US-amerikanischen Markts ausgebaut worden, wo Waren- und Versandhäuser, Banken und Versicherungen, Fluglinien und Gerichte ihre Leistungen buchhalterisch auf- und nacharbeiten lassen. Nicht nur die Privatwirtschaft, sondern auch die staatliche Administration nutzten die weiblichen Arbeitskräfte in Billiglohnländern im Zuge der rapiden Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien immer häufiger für computergestützte Datenverarbeitung und telekommunikativen Service. Europäische und japanische Unternehmen, Stadtverwaltungen und Behörden lagern inzwischen Teile ihrer Büros, Administration und software-Entwicklung in Freihandelszonen und Teleports nach Malaysia, China, Indien und den Philippinen aus (Ng/Munro-Kua 1994). 80 Prozent der arbeitsintensiven, niedrig qualifizierten und gering entlohnten Büro- und Teletätigkeiten leisten Frauen, jedoch nur ein Viertel der hochqualifizierten Ingenieursarbeiten an Soft- und Hardware. Das bedeutet, dass auch der dezentralisierte arbeitsintensive Dienstleistungsbereich ein neues feminisiertes Segment des Weltmarkts ist.

Die Freihandelszonen – ob nun mit einheimischen Produzenten oder ausländischen Investoren – sind mit ihren mehrheitlich weiblichen Beschäftigten ein globalisierungstypisches vergeschlechtlichtes Terrain des Weltmarkts und immer noch Modell für deregulierte, liberalisierte Beschäftigungsverhältnisse. Doch angesichts der fortschreitenden allgemeinen Deregulierung sind sie als wirtschaftliche Sondergebiete ein Auslaufmodell (The World Bank 1992). Die deregulierte Ausnahme wird immer mehr zur Regel werden, für ganze Landstriche und ganze Länder. Und dies keineswegs nur in den Ländern des Südens und Ostens, sondern auch – vgl. die Pläne für einen New Park in NRW – in den Metropolen des globalisierten Kapitalismus. Nach dem Scheitern des multilateralen Investitionsabkommens steht die Aushandlung der nächsten Liberalisierungs- und Deregulierungsschritte unter dem Dach der WTO an.

### *Auslagerung und Informalisierung*

Deregulierung und Rationalisierung in den Ländern des Nordens, Privatisierung nach dem Konkurs der real-sozialistischen Ökonomien und die Marktintegration von nicht-formalisierten, so genannten schattenwirtschaftlichen Arbeits- und Beschäftigungsformen in den Ländern des Südens haben weltweit eine Zunahme informeller und flexibler Arbeitsformen und ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse zur Folge. Gleichzeitig begünstigt das Anwachsen des Dienstleistungssektors die Informalisierung. Nicht die formalisierte, rechtlich und sozial abgesicherte Vollzeitbeschäftigung dehnt sich als Normalarbeitsform aus, sondern sie rutscht mit der Erosion des fordistischen Gesellschaftsvertrags weg. Stattdessen werden informelle

Beschäftigungsverhältnisse und flexible Lohnarbeitsformen immer häufiger. Sie waren zunächst als »atypisch« und »feminisiert« diskreditiert worden, weil sie als Abweichung vom Modell der lebenslänglichen, gesicherten Lohnarbeit männlicher Familienernährer galten und den diskontinuierlichen weiblichen Erwerbsbiografien zugeordnet wurden (Standing 1989). Wiedereinsteigerinnen in den Erwerbsmarkt nach Geburt und Babypause favorisieren flexible Arbeit, um Beruf und Familienarbeit besser vereinbaren zu können (Maier 1997).

»Ein zentrales Charakteristikum der augenblicklichen Globalisierung ist das Ausmaß, in dem sie auf Frauenarbeit zurückgreift und sie flexibel nutzt.« (Sen 1997: 11). Tatsächlich sind Frauen die Pionierinnen in diesen Arbeitsformen im Norden und stellen eine Mehrzahl in verschiedenen informellen Sektoren des Südens und Ostens. In dem oben beschriebenen intensivierten Unterbietungswettbewerb wird eine Dezentralisierung der verarbeitenden Industrie als Methode zur Produktionskostensenkung eingesetzt. Die Exportproduktion in der frauentypischen Bekleidungs- und Elektronikbranche entwickelt sich zunehmend zur Unterauftrags- und Zeitarbeitsfabrikation in kleinen Familienbetrieben, in sweatshops und Heimarbeit (Rowbotham/Mitter 1994: 18; Südwind 1997: 41 ff.). Diese Informalisierung unterläuft die Verrechtlichung, die auf nationaler und internationaler Ebene erkämpft wurde. Es entstehen in wachsender Zahl quasi rechtsfreie Räume in Klitschen, Kellern und Küchen, eine Hinterhof- und Straßenrandökonomie jenseits von Tarifen und Mindestlöhnen, von Sozialversicherung, Umweltschutz und Gewerkschaften. Je dezentraler und haushaltsnaher gearbeitet wird, desto niedriger die Löhne, desto unkontrollierbarer die Arbeitsbedingungen, desto weniger gewerkschaftliche Organisation, desto mehr Einsatz von Kinderarbeit (Wichterich 1998). In Süd-Korea und Taiwan konnte bei der Dezentralisierung der Industrie auf eine große Zahl kleiner Familienbetriebe zurückgegriffen werden, in denen Frauen häufig unterbezahlt, teils aber auch unbezahlt »mit-«arbeiten (Truong 1998: 12).

Durch die Asienkrise, die zu massiven Einbrüchen im formalen Sektor geführt hat, verloren Millionen Exportarbeiterinnen, aber auch Bankangestellte ihren Job. In Korea haben viele Frauen teilweise bei denselben Firmen eine ungleich schlechter bezahlte, informalisierte Beschäftigung gefunden. In Thailand sind die meisten der Entlassenen aus Bangkok aufs Land zurückgekehrt (DIE ZEIT, 17.9.1998). Viele haben sich eine Nähmaschine angeschafft und verdienen nun als Zulieferantinnen für die Exportindustrie ein Einkommen – allerdings ein erheblich niedrigeres als zuvor in den Weltmarktfabriken. Die wenigen Alternativen liegen ebenfalls im informellen Sektor: Kleinhandel und Prostitution im eigenen Land oder eine Beschäftigung als Hausangestellte oder Sexarbeiterin nach der Migration in ein anderes Land. Jedenfalls nehmen die Frauen aufgrund ihres Verantwortungsgefühls für die Existenzsicherung der Familie sehr bald und schneller als die entlassenen und dadurch tief gekränkten Männer jede sich bietende Einkommensmöglichkeit im informellen Sektor wahr, auch wenn sie mit einer Dequalifizierung, einem Einkommens- und Prestigeverlust einhergeht. Für Heimarbeit bekommt eine koreanische Arbeiterin lediglich 26,3 Prozent

des Lohns, den ein Fabrikarbeiter für die gleiche Arbeit erhält (Truong 1998: 13).

Diese geschlechtsdifferente Verarbeitung des Erwerbslosigkeitschocks zeigt sich auch häufig in den osteuropäischen Transformationsländern. Wo der Bankrott der Staatsbetriebe zu Massenentlassungen führte, suchen viele – auch hochqualifizierte Frauen – nun Ein- und Auskommen im wild wuchernden informellen Sektor. Sie sind u.a. zentrale Akteurinnen in der neu entstandenen »Pendelökonomie«, jenem transnationalen, semi-legalen Handel von Konsumgütern, die im Ausland gekauft und in großen Koffern und Taschen über Grenzen hinweg bis in die entlegensten Winkel für den Straßen- oder Wohnzimmerhandel transportiert werden. Manche verdienen sich das notwendige Handelskapital durch Gelegenheitsprostitution. Dieser grenzüberschreitende Kleinhandel hat sich auch in Afrika im Zuge der Liberalisierung zu einem stark expandierenden Wirtschaftssegment von Frauen entwickelt.

Auch in den Industrienationen hat sich der Formalisierungstrend umgekehrt: Sweatshop-, Verlags- und Heimarbeit sind keine aussterbende, sondern im Kontext von Strategien flexibler Spezialisierung nach dem Benneton-Modell in der Emilia Romana oder dem Just-in-Time-Modell Toyotas in Japan eine aufstrebende Gattung von Lohnarbeit (Hosmer/Mitter 1994: 4 f.; Rowbotham/Mitter 1994: 16 ff.). Mit dem sukzessiven Abbau des gesetzlichen Kündigungsschutzes werden sozial abgesicherte und existenzsichernde Arbeitsplätze in Abruf-, Leih- und Teilzeitsjobs hinuntergebrochen, was in der Regel mit einer monetären und sozialen Abwertung einhergeht. In den Niederlanden, in Großbritannien und teilweise auch in den USA ist dies die Ursache für das sog. »Jobwunder« (für Großbritannien: Dingeldey 1999). In den USA sind die Expansion des Niedriglohnsektors und sinkende Reallöhne in diesem Bereich ein wesentlicher Grund für den gefeierten arbeitsmarktpolitischen Erfolg, wobei die Mehrzahl der auf dem Armutsniveau Entlohnten Frauen sind (Kim 1999: 100 ff.). Angesichts einer hohen Dauerarbeitslosigkeit wurden befristete und flexible Arbeitsverträge gesetzlich abgesegnet, wie in Spanien, und Niedriglohnsektoren staatlich legitimiert und etabliert. Im Bündnis für Arbeit ist die Ausdehnung von Niedriglohnsegmenten ein zentrales Thema. Durch Beschäftigungsformen wie Scheinselbständigkeit und Telearbeit in Heimarbeit oder Call Centers werden Tarifgerüst, soziale Sicherung und Rechtsschutz aufgebrochen und unterlaufen.

In Deutschland haben Frauen in den vergangenen beiden Jahrzehnten zwei von drei der über zwei Millionen neu entstandenen Jobs bekommen, stellen 70 Prozent der Neu-Beschäftigten in Call Centers und 90 Prozent im freiberuflichen Gesundheitswesen (FR, 3.4.1999). Der Trend, dass Frauen Beschäftigungsgewinnerinnen sind, wird sich in den nächsten Jahren in Europa nach dem rationalisierungs- und automatisierungsbedingten Abschmelzen der festangestellten Belegschaften von Banken, Versicherungen und Verwaltungen sowie im modernen Informations-, Kommunikations- und Technologiesektor fortsetzen – mehrheitlich Teilzeit- und Schichtarbeit, meist leistungsabhängig vergütet.

Schon jetzt sind 89 Prozent der Teilzeitarbeitenden in Deutschland Frauen, in der EU sind es 81,5 Prozent, in Japan 79 Prozent. In Holland sind 66 Prozent der

beschäftigten Frauen Teilzeitarbeitende, aber nur 16 Prozent der beschäftigten Männer (Europäische Kommission 1998). Billiglohnjobs, von den Unternehmen als notwendige »Flexibilisierungsreserve« gefordert, werden zunehmend auch von hochqualifizierten Frauen wahrgenommen. Zu den informalisierten Zuarbeiterinnen der Märkte gehört zudem eine wachsende Zahl von Freiberuflichen, Selbstbeschäftigten und Ein-Frau-Unternehmen, die sich mithilfe einer Mikro-Finanzierung in die »Selbständigkeit« wagen.

Die neuen informellen und flexibilisierten, niedrig dotierten und rechtlich ungesicherten Tätigkeiten stellen ein geschlechtsspezifisch organisiertes und frauendominiertes Terrain in der globalisierten Flexiökonomie dar. Geringes Einkommen und keine Sozialversicherung übersetzen sich lebensgeschichtlich für diese Frauen in niedrige Renten oder sogar Altersarmut. Nach dem Ende des Fordismus ist Erwerbsarbeit in diesen neuen Formen von sozialer und existentieller Sicherung entkoppelt und führt zur Entstehung der neuen sozialen Klasse der *Working Poor* (Kim 1999, Dinkeldey 1999).

Guy Standing von der ILO sah die globale Feminisierung der Beschäftigung sogar primär als Folge der Flexibilisierung von Arbeit (1989). Inzwischen zeichnet sich allerdings ab, dass Männer Frauen in diese Arbeitsformen folgen werden. Es bilden sich keineswegs nur »Enklaven der Informalität«. Vielmehr findet eine Flexibilisierung, Fragmentierung der Arbeitsprozesse und Vereinzeln der MarktakteurInnen statt. Erwerbsbiografische Abbrüche und Umbrüche, die für Frauen schon immer die Regel, für Männer aber die Ausnahme waren, werden jetzt zur gesellschaftlichen Norm, die »Flexploitation« (Bourdieu) zum Normalarbeitsverhältnis. Teilzeitige und flexible Beschäftigung kommen zwar dem Bedarf von Frauen nach einer Kombination von Reproduktions- und Erwerbsarbeit entgegen, schaffen jedoch weder Existenzsicherheit, in der Regel auch keine Zeitsouveränität und nur selten eine Optionalisierung, die sich an den Bedürfnissen der Frauen orientiert (Raasch 1998: 38 ff.).

### *Ethnisierte Unterschichtung*

Einige dieser informalisierten und abgewerteten Arbeitsfelder bilden nicht nur einen feminisierten, sondern auch einen ethnisierten Ökonomiesektor. Arbeitsmigration ist längst zu einem Strukturmerkmal der globalisierten Erwerbsarbeitsmärkte angewachsen. Anders als bei den überwiegend männlichen »Gastarbeitenden« der sechziger und siebziger Jahre, steht den MigrantInnen heute keine formelle Beschäftigung mehr offen, sondern lediglich informelle Jobs in einem beschränkten Spektrum von Marktsegmenten, das durch ihren Zustrom immer neu von unten aufgefüllt wird. Dies trifft vor allem für Sweatshop- und Heimarbeit, für Reinigungs-, Gastronomie- und Sexarbeit zu. Wirtschaftsniedergang und Krise wirken als Motor für Verschiebemechanismen, zuletzt die Asien- und die Russlandkrise. Gleichzeitig prekarisieren Krise bzw. die chronische Wachstumsschwäche und der Arbeitsplatzabbau jedoch Akzeptanz und

Arbeitsbedingungen in Aufnahmeländern und vergrößern das Risiko von Menschenrechtsverletzungen. Der illegale Status vieler Migrantinnen prädestiniert häufig gewaltförmige Arbeitsbeziehungen bzw. den Einbezug sexueller Gewalt in das Beschäftigungsverhältnis.

Dabei ist derzeit eine zunehmende Feminisierung der Migration feststellbar: Aus den Philippinen, Sri Lanka und Indonesien wandern bereits mehr Frauen als Männer ab (Lim/Oishi 1996). 36 Prozent der Philippina, die als Hausangestellte tätig werden, haben ein Hochschulstudium absolviert, sodass die Arbeitsmigration für sie mit einer schmerzlichen Dequalifizierung einhergeht (ebda.: 6 f.). Von dieser Bildungsentwertung sind auch in hohem Maße Frauen aus Osteuropa betroffen, die in Westeuropa oder Asien als Dienstleisterinnen, Unterhaltungs- oder Sexarbeiterinnen tätig werden.

Das Migrationskarussell trägt nicht nur zur hierarchischen Umstrukturierung der Erwerbsarbeit bei, sondern führt auch zu einer partiellen Umorganisation der Reproduktionsarbeit. Sassen (1998) hat gezeigt, dass in den *global cities* die Nachfrage nach gelegentlichem, niedrig-qualifizierten und gering bezahlten Service wächst, der meist von Migrantinnen befriedigt wird. Berufstätige Mittelschichtfrauen delegieren ihre Haus- und Sorgearbeit unter minimaler Entlohnung an (oft illegale) Migrantinnen. Dadurch kehrt das »Dienstmädchen« in die Industrienationen zurück. Die meisten dieser Hausangestellten sind selbst Mütter und überlassen die reproduktive Arbeit mit ihren Kindern und in ihrem Haushalt weiblichen Familienangehörigen im Heimatland. Durch Frauenvermittlung per Katalog und Video hat sich außerdem ein Export weiblicher Arbeitskräfte in die Ehe entwickelt, der in Westeuropa und Japan die Krisensituationen in den ländlichen Heiratsmärkten nutzte.

Truong analysiert, dass die Fragmentierung reproduktiver Arbeiten und die Integration sexueller Dienstleistungen in den Lohnarbeitsmarkt seit der Verkopplung von Tourismus und Prostitution in den siebziger und achtziger Jahren einen enormen Schub in internationalem Maßstab erfahren hat. Grundlage dafür ist nicht nur die Mobilität von Geschäftsmännern und sextouristischer Kundschaft, sondern auch die Mobilität der Sex- und Unterhaltungsarbeiterinnen (Truong 1996). Hier sind die Ränder des informellen Sektors fließend und höchst durchlässig hin zur Illegalität. Mafiös strukturierte transnationale Märkte sind entstanden, auf denen Frauen bis hin zu sklavenhalterischen Verhältnissen ausgebeutet werden. Es handelt sich nicht um kriminelle Nischen, sondern der Frauenhandel in die Prostitution, Ehe und illegale Beschäftigungen hat kommerzielle Dimensionen erreicht, die – mit geschätzten jährlichen Verdiensten von 7 Milliarden Dollar (UNDP 1999) – den Drogen- und Waffenhandel in den Schatten stellen und einen extremen Pol der Schutz- und Rechtlosigkeit von Arbeit auf dem globalisierten Markt bilden.

Überall sind Migrantinnen funktional für die Deregulierung: Sie unterschichten die Erwerbsarbeitshierarchie, weil sie eine niedrigere Bezahlung und schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptieren. Damit unterlaufen sie Tarifverträge, Mindestlöhne und Rechtsansprüche, die von den einheimischen Beschäftigten gewerkschaftlich ausgehandelt wurden. In Thailand z. B. lassen Unternehmer nun in Sweatshops

entlang der Grenze zu Burma zigtausende illegale burmesische Wanderarbeiterinnen die T-Shirts und Chips produzieren, die früher in Bangkoker Fabriken hergestellt wurden – zu einem Bruchteil der früheren Löhne (Newsweek, 12.7.1999).

### *Zur strategischen Bedeutung der Marktintegration von Frauen*

Die weltweite Umstrukturierung der Erwerbsarbeitsmärkte ist in doppelter Weise geschlechtsspezifisch organisiert: mehr Frauen in der Erwerbsarbeit und mehr »feminisierte« Formen der Arbeit. Diese doppelte Feminisierung der Beschäftigung markiert das Ende des fordistischen Gesellschaftsvertrags (Young 1998). Postfordistische Arbeitsverhältnisse werden mithilfe von Frauen durchgesetzt. Sie werden als ökonomie-strategisches Mittel – und dies zeigen die drei hier dargestellten Niedriglohnbereiche – zur Senkung bzw. Niedrighaltung der Lohnkosten und zur Durchsetzung ungeschützter, meist nicht existenzsichernder Arbeitsverhältnisse ohne gewerkschaftliche Organisation funktionalisiert. Ihre strategische Bedeutung im wirtschaftlichen und politischen Projekt neoliberaler Globalisierung liegt somit in ihrer instrumentellen Rolle für die Deregulierung der Arbeitsmärkte, indem Segmente neu vergeschlechtlicht und frauenspezifisch organisiert werden. Das heißt, dass die Umstrukturierung der Erwerbsarbeitsmärkte zu einem Teil entlang der sozialen Strukturkategorie Geschlecht verläuft. »Gender matters for capital« überschreibt Ursula Biemann ihr Video über die Arbeiterinnen in Ciudad Juarez, einer mexikanischen Exportproduktionszone an der US-amerikanischen Grenze.

Strukturmerkmale der ökonomisch niedrig bewerteten und marginalen Segmente, in die Frauen verwiesen werden, sind nicht nur die geringe Vergütung und die Verletzung sozialer und ökologischer Mindeststandards, sondern auch die häufige sexualisierte Gewalt, der die Frauen dort unterworfen werden: Sexuelle Belästigung und Erpressung nach dem *lie-down-or-lay-off*-Prinzip ist in den Weltmarktfabriken seit ihrem Bestehen eine inhärente Beschäftigungsstruktur, deren Abbau nur sehr langsam gelingt. Transnationale Kleinhändlerinnen müssen sich an Grenzen filzen lassen und die Halblegalität oder Illegalität ihrer Aktivitäten werden sexuell ausgebeutet. Auch bei gehandelten Frauen wird die durch illegale Einwanderung hergestellte Recht- und Schutzlosigkeit gewaltförmig und erbarmungslos ausgenutzt. Bei den Opfern von Frauenhandel wie auch bei Sexarbeiterinnen und Migrantinnen, die als Hausangestellte tätig sind, erhöhen die Vereinzelung und Isolation das Risiko gewalttätiger sexueller Übergriffe. Die sexuellen Serienmorde an jungen, armen Arbeiterinnen in Ciudad Juarez sind exemplarisch analysiert worden als Rache von Männern an Frauen, die ihnen Job und Identität wegnehmen, als pathologischer Abgrenzungsakt von Männern in Arbeits- und Lebenswelten, die zunehmend herkömmliche Geschlechterordnungen umstülpen, aber auch als Folge der »gegenseitigen Durchdringung von Arbeitsmarkt und Sexualmarkt innerhalb dieser Wirtschaftsordnung« (Biemann 1999). Ökonomische Marginalisierung von Frauen wie auch rechtliche und organisatorische Unge-

schütztheit inkorporieren Gewalt, und zwar sexistische Gewalt. Die ökonomische Akteurin Frau ist niemals von ihrer Körperlichkeit getrennt.

Frauen und Männer sind unterschiedlich in die neu strukturierten Arbeitsverhältnisse integriert. Die geschlechtsspezifische Inklusion verzerrt den Gewinn an Wohlstand und sozialer Sicherheit wie auch das Armut- und Gewaltisiko deutlich zuungunsten von Frauen. Die neue Vergeschlechtlichung von Arbeit aber wurzelt in der auf Ungleichheit basierenden Logik neoliberaler Globalisierung.

## **Strukturelle Veränderungsresistenzen**

### *Soziales Konstrukt: Marktsegmentierung*

In diesen Markttransformationen bleiben jedoch auch Strukturen konstant. So zum Beispiel die geschlechtsspezifische Segmentierung der Erwerbsarbeitsmärkte (Anker 1998). Es unterliegt gesellschaftlicher Definitionsmacht, welche zielgerichteten menschlichen Tätigkeiten als Arbeit betrachtet werden, ebenso wie es markt- und geldwirtschaftlicher Definitionsmacht unterliegt, welche Arbeiten als »ökonomisch produktiv« im Bruttosozialprodukt gezählt werden. Ebenso ist die Vergeschlechtlichung von Berufen soziale Setzung, z. B. dass unbezahlte Nahrungsmittelzubereitung im Haushalt Frauenarbeit, professionelles außerfamiliales Kochen jedoch Männerberuf ist. Was als »männliche« oder »weibliche« Tätigkeit gilt, ist jenseits biologischer Faktoren soziales Konstrukt und deshalb sozio-kulturell divergent. Entsprechend unterschiedlich ist die geschlechtsspezifische Zuweisung von Arbeitsmarktsegmenten. In Thailand ist die schwerste körperliche Arbeit im Baugewerbe »typische« Frauenarbeit, in Afrika war bislang Dienstleistung in der Gastronomie überwiegend Männerberuf und als Frauenarbeit negativ sanktioniert, weil automatisch Prostitution unterstellt wurde.

Wenn auch kulturell unterschiedlich geschlechtsspezifisch organisiert, so fungieren Berufe doch erstaunlich unverändert als Platzanweisungen für die Geschlechter: In Deutschland konzentrieren sich 80 Prozent der Berufseinsteigerinnen auf 25 von 376 Ausbildungsberufen, die meisten im Dienstleistungssektor (nach Angaben des DGB, Initiative »Frau geht vor«, 4/1996). Das Tätigkeitsspektrum von Männern ist viel breiter (UN 1995: 70 f.). In Europa und anderen OECD-Ländern sind mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen im Verkauf, im Büro oder mit personenbezogenen Dienstleistungen beschäftigt (The Economist, July 18<sup>th</sup> 1998). Von den Leitungspositionen an der Spitze der Wirtschaft bleiben Frauen dagegen nachhaltig und systematisch ausgeschlossen: Ihr Anteil blieb seit vier Jahrzehnten konstant bei 3 Prozent in den 500 führenden Unternehmen der Welt (ebda.).

Auf den Arbeitsmärkten setzt sich mit der Globalisierung der Marktwirtschaft eine Hegemonie westlicher Normierungen und Zuschreibungen durch. In den real-sozialistischen Ökonomien, wo geschlechtsuntypische Qualifizierung und Berufsausübung von Frauen häufig waren, findet derzeit eine Übernahme der beruflichen Geschlechts-

stereotypen der westlichen Marktökonomie und eine entsprechende Segregation statt (Vershinskaya 1996). Der Dienstleistungssektor wird auch in Afrika, Süd- und Südostasien zunehmend feminisiert, wo dies vor 20 Jahren noch nicht der Fall war. In der Landwirtschaft – vor allem in Afrika – hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine Feminisierung vollzogen, weil Männer in den modernen Sektor abwanderten. Dagegen wird die verarbeitende Fabrikindustrie infolge von Technologisierung und Automatisierung einerseits, der Sogwirkung des informellen Sektors andererseits tendenziell bereits wieder defeminisiert (Altwater/Mahnkopf 1997: 297 ff.).

### *Geschlechtshierarchische Vergütung*

Die Hoffnung, dass die Umstrukturierungsprozesse eine Angleichung der Entlohnung von Männern und Frauen herbeiführen würden, hat sich nur sehr bedingt erfüllt (UN 1995: 70 f.). In den achtziger Jahren fand in einigen Ländern eine Reduktion des Lohngefälles statt, mit den größten Fortschritten in den Wachstumsökonomien Asiens und Lateinamerikas. Auf den Philippinen stiegen z. B. zwischen 1978 und 1988 Frauenverdienste von 70 auf 80 Prozent der Männerverdienste (Tzannatos 1996: 11), in Südkorea von 35 auf 51 Prozent (Truong 1998: 13). Ein allgemeiner Annäherungstrend läßt sich jedoch nicht ausmachen, in Sri Lanka, Chile und Bangladesh ist der Trend nach der längerfristigen Etablierung des Exportsektors wieder rückläufig (Joekes 1995: 28 ff.). In den Industrienationen öffnet sich derzeit erneut die Schere zwischen den Geschlechtern (nach Angaben des Deutschen Verbands Berufstätiger Frauen, FR, 18.10.1997, und AFL-CIO). In den osteuropäischen Transformationsländern vergrößerte sich beim Übergang zur Marktwirtschaft der Lohnunterschied.

Neben dem Geschlecht wirken Alter und Ethnie als wichtige Lohndeterminanten. In den USA verdient die durchschnittliche Erwerbstätige in der Stunde 74 Prozent ihres männlichen Gegenstücks. Das bedeutet, sie muss 15 Monate für den Betrag arbeiten, den er bereits nach einem Jahr erwirtschaftet hat. Afro-Amerikanerinnen erhalten nur 65 Prozent der männlichen Durchschnittseinkünfte, Latinas lediglich 57 Prozent (nach Angaben von AFL-CIO, 22.4.1998). Als Folge der diskontinuierlichen Erwerbsverläufe und der geringen Aufstiegsmobilität verdient eine Beschäftigte in den USA im Alter zwischen 16 und 24 Jahren 90 Prozent ihres männlichen Gegenstücks, Frauen im mittleren Alter nur noch drei Viertel und Frauen über Fünfzig nur 65 Prozent.

Das Prinzip geschlechtsspezifischer Lohnbildung wird nicht aufgebrochen. 14jährige Schülerinnen, die für die Erfüllung ihrer Konsumbedürfnisse Stundenjobs übernehmen, bekommen häufig für die gleiche Arbeit weniger als ihre Schulkameraden (Badische Zeitung, 17.8.1999). Mit demselben Automatismus ist die Bezahlung in den Arbeitsmarktsektoren niedrig, wo viele Frauen, aber wenig Männer arbeiten (Anker 1998: 22 ff.). Das heißt Arbeit unterliegt einer geschlechtsspezifischen Bewertung, die Frauenarbeit niedriger einstuft als Männerarbeit. Ein Grund ist, dass Einkommen von Frauen immer noch als Zusatz- und nicht-existenzsichernder Verdienst gelten, ein



anderer, dass viele typisch weibliche Tätigkeitsfelder und Fertigkeiten haushalts- und sorgenah, damit nah an unbezahlter Reproduktionsarbeit sind. In Schweden und Deutschland sind Frauen vor Gericht gescheitert, die für ihre personenbezogene qualifizierte Arbeit Gleichwertigkeit und damit die gleiche Vergütung forderten wie für die technikgestützte Arbeit männlicher Kollegen (FR, 11.4.1996). In Kanada entschied dagegen ein Gericht, dass in Behörden Männer in »typischen Männerberufen« zu Unrecht besser bezahlt wurden als ihre Kolleginnen in »typischen Frauenberufen« (Gunhild Gutschild, in: FR, 7.11.1998).

Die Bewertungen und damit die monetäre Bemessung von Arbeit sind soziale Setzungen, denen es an objektiven Maßstäben fehlt. Der Markt nutzt für Lohndifferenzierung und Segmentierung der Erwerbsarbeitsmärkte vorgeordnete soziokulturelle und patriarchale Normierungen sowie Strukturen der hierarchisierten Sozial- und Geschlechterordnung. Dem Kapital ist es im Prinzip gleich, ob es Männer oder Frauen unterbezahlt, ob es auf ein zwei- oder mehrgeschlechtliches Regime zurückgreift. Es funktionalisiert Geschlechterdifferenzen wie auch ethnische und Altersunterschiede als soziale Ordnungsstrukturen für seine Gewinnstrategien, weil dies risikoarm ist. Männer in die Korridore zu den Chefetagen zu schleusen und Frauen die Niedriglohnsektoren zuzuweisen, stößt auf Akzeptanz in der patriarchalen Dominanzkultur und lässt keinen bedrohlichen Widerstand erwarten. Paradoxerweise ist der komparative Vorteil der Frauen auf den Erwerbsarbeitsmärkten die geschlechtsspezifische Entwertung und Unterbezahlung von Frauenarbeit und die fortgesetzte Unterstellung eines männlichen Ernährers hinter der erwerbstätigen Frau. Marktmechanismen vergeschlechtlichen Arbeit, Berufe und Arbeitsmarktsegmente zum Zweck der Hierarchisierung, Spaltung und Gewinnverbesserung. Sassen sieht »hier eine Verwertungsdynamik am Werk, die den Abstand zwischen entwerteten und aufgewerteten Sektoren der Ökonomie beständig vergrößert.« (1998: 203)

### *Geschlechtshierarchische Arbeitsteilung*

Enttäuscht wurde ebenso die Erwartung, dass weibliche Erwerbstätigkeit zu einer Neuverteilung von unbezahlter Versorgungsarbeit in Haushalt und Familie führen könnte. Die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung mit der Feminisierung der unbezahlten Versorgungsarbeit und der nachhaltigen Hausarbeitsabneigung und -abstinenz der Männer erweist sich als bedeutendste »patriarchale Dividende« (Connell), die strukturell wundersam intakt bleibt, auch wenn geringfügige Verschiebungen stattfinden. Das fordristische Familienmodell war ein genuin patriarchales Paradigma von Arbeitsteilung, mit dem männlichen Ernährer, der für den Erwerb eines existenzsichernden Familienlohns von unbezahlter Reproduktionsarbeit freigesetzt war. Diese verrichtete seine nicht-erwerbstätige Ehefrau als Gegenleistung für die materielle Versorgung. Entsprechend patriarchal koppelte der fordristische Wohlfahrtsstaat soziale Sicherung an Erwerbsarbeit und Ehe. Der Niedergang von fordisti-

scher Familie und fordistischem Staat hat deren Konstrukt geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung jedoch noch nicht aufgesprengt.

In europäischen und nordamerikanischen Haushalten, in denen beide Elternteile berufstätig sind, verbringen Mütter doppelt soviel Zeit wie Väter mit den Kindern und mit Hausarbeit. Veränderungen sind auch bei jungen Familien äußerst bedächtig. 79 Prozent aller deutschen Männer haben noch nie Wäsche gewaschen. In Doppelerwerbshaushalten in Japan wenden Frauen täglich 3 ½ Stunden für ihre zweite Schicht im Haushalt auf, Männer dagegen nur 11 Minuten (Truong 1996). Arbeiterinnen in der Bekleidungsindustrie in Bangladesh brauchen zusätzlich zu mindestens zehnstündiger täglicher Lohnarbeit noch 31 Stunden pro Woche für Kinderbetreuung, Energie- und Nahrungsmittelbeschaffung und Kochen. Ihre Männer leisten dagegen nur 14 Stunden unbezahlte Arbeit wöchentlich für Tätigkeiten wie etwa Reparaturarbeiten am Haus (UNDP 1999: 97).

Die Zuweisung unbezahlter Reproduktionsarbeit an Frauen und das Problem der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Versorgungsarbeit sind in den vergangenen Jahren noch einmal dadurch verstärkt worden, dass Staaten und Märkte ihr sozialen Kosten externalisieren. Infolge des weltweiten Sozialabbaus der Regierungen werden soziale Aufgaben an die Privathaushalte zurückverwiesen, in den westlichen Industrienationen mit der Demontage des sozialen Wohlfahrtsstaats, im Süden im Zuge von Struktur Anpassungen und im Osten mit dem Kollaps der real-sozialistisch autoritären Versorgungsregimes. Frauen sind als Stoßdämpfer der Sparmaßnahmen eingepplant, individuell in den privaten Haushalten oder kollektiv in ehrenamtlichen Gruppierungen (Bakker 1997; Notz 1998).

In den strukturangepassten Ländern des Südens übernehmen Frauen produktive Arbeiten und Versorgungsleistungen in ihre unbezahlte subsistenzorientierte Ökonomie und in kollektive Auffangsysteme in Frauengruppen. Sie tragen das Hauptgewicht der sozialen Anpassungskosten durch Verlängerung und Intensivierung ihrer Arbeitstage. Selbsthilfegruppen betreiben – eingebettet in eine alt-neue moralische Ökonomie – schon seit langem Armutsbewältigung und Sozialmanagement, federn soziale Härten ab und organisieren das Überleben unter höchster Risikobelastung (vgl. für Westafrika Zdunnek 1997: 160 f.).

Die staatsfeministischen Ansätze mit ihrer Anti-Diskriminierungspolitik, die die keynesianischen Sozialstaaten in Skandinavien entwickelten, um Frauen pro-aktiv vor Diskriminierung zu bewahren und ihre Erwerbschancen zu verbessern, sind durch soziale Kürzungen bedroht. Reprivatisierung vergesellschafteter und professionalisierter sozialer Dienste z. B. von Erziehungs- und Sorgetätigkeiten überantwortet das Vereinbarkeitsproblem wieder den einzelnen Frauen in ihrer Privatheit. In Schweden und Finnland, die trotz hoher Geburtenraten stets die höchste weibliche Erwerbsquote in Europa vorzuweisen hatten, ist die Frauenerwerbstätigkeit rückläufig, seit die Regierungen Schulmahlzeiten und Kindertagesstätten abbauen (Schunter-Kleemann 1997).

Werden soziale Aufgaben von der Kinderbetreuung bis zur Altenpflege nach dem Subsidiaritätsprinzip in die Privatsphäre delegiert, werden sie meist zur Frauensache.

80 Prozent ehrenamtlicher Sozialarbeit leisten in Deutschland Frauen (Notz 1998: 20 ff.), d. h. der staatliche Sozialabbau wird im wesentlichen durch eine Feminisierung sozialer Verantwortung aufgefangen.

Wie bei der Deregulierung der Arbeitsmärkte, so kommt Frauen auch beim Staatsumbau im Zuge der neoliberalen Globalisierung eine bedeutende systemische Rolle zu. Die Umstrukturierung gesellschaftlich notwendiger Arbeit vollzieht sich zu einem substantiellen Teil durch eine modernisierte Vergeschlechtlichung von Arbeit. Die sozial konstruierte Kategorie Geschlecht hat eine real-ökonomische Wirkkraft, weil entlang ihrer Achse die unterbezahlte Lohnarbeit und die unbezahlte Sozial- und Sorgearbeit organisiert wird. Neue geschlechtsspezifische Terrains werden in der globalisierten Marktökonomie geschaffen, alte verstärkt. Mithilfe der hierarchischen Geschlechterordnung werden die Arbeitsverhältnisse reorganisiert, und eben diese Geschlechterverhältnisse restrukturieren sich erneut selbst in diesem Prozess. Zweigeschlechtlichkeit und duale Geschlechterordnung sind dabei vor allem für das sozial konstruierte und immer wieder neu organisierte duale System von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit relevant.

## **Kollektive Geschlechtsidentitäten und politische Handlungsstrategien**

Zeitgleich mit dieser Vergeschlechtlichung von Arbeit, die Geschlechtsunterschiede neu strukturiert oder bestehende verstetigt und verstärkt, finden jedoch auch Differenzierungsprozesse zwischen Frauen und Angleichungen ihrer Arbeits- und Einkommensverhältnisse an die von Männern statt. Diese quer zu Geschlechterlinien verlaufenden Tendenzen sind ebenfalls durch die oben analysierten Markttransformationen erzeugt und bedingen eine Fragmentierung der Kategorie Frau-Sein und kollektiver Frauenidentitäten, neue Konstrukte von Geschlechterstereotypen, aber auch offenere, flexiblere und multiplere Geschlechterverhältnisse. Diese sind reale Anknüpfungspunkte für die eingangs erwähnten dekonstruktivistischen Ansätze.

Der Zerfall kollektiver Frauenidentitäten ist höchst bedeutsam für die Frage politischer Strategien von Frauen im ökonomischen Bereich. Was bedeutet die hier dargestellte neue Vergeschlechtlichung von Arbeit für die Organisation von Frauen? Kann das soziale Konstrukt Geschlecht, das als sozio-ökonomische Strukturkategorie in der neoliberalen Globalisierung höchst wirksam ist, auch noch Grundlage sein für Selbstorganisation und Handlungsstrategien von Frauen in den nationalen Volkswirtschaften und auf dem Weltmarkt? Gegen eine geschlechtsspezifische Organisation und Solidarisierung von Frauen im ökonomischen Bereich sprechen die im folgenden skizzierten Strukturen und Tendenzen.

Umstrukturierung und Neubewertung von Arbeiten im Kontext der neoliberalen Globalisierung mit der Pluralisierung von Arbeitsformen und -verhältnissen zwischen Formalisierung, Informalität und Subsistenz haben zur Folge, dass sich das Einkommensspektrum verbreitert und soziale Schichtungen sich ausdifferenzieren. Interessenunterschiede werden sich mit der wachsenden Konkurrenz auf den Erwerbsarbeitsmärkten verschärfen, da das Gesamtvolumen von Erwerbsarbeit infolge steigender Produktivität und Automatisierung schrumpft, während das Angebot an Arbeitskräften weltweit steigt. Interessensbrüche und soziale Ungleichheiten verlaufen entlang der Kategorien Geschlecht und Alter, Ethnie und Kultur, Klasse und Kaste innerhalb der Erwerbsarbeitsmärkte wie auch zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen (vgl. UNDP 1999: 43 ff.).

Ausdifferenzierungen wie auch die Polarisierung in der Bewertung und Bezahlung von Arbeit führen zu neuen intrageschlechtlichen wie innergeschlechtlichen Hierarchisierungen. Die Globalisierung zieht nicht nur Männer und Frauen ungleich in ihren Sog, sondern integriert auch Frauen unterschiedlicher Klassen, Ethnien, Altersgruppen und Länder äußerst unterschiedlich, so dass Wohlstandsgewinn und Armutsrisiko, aber auch Emanzipationschancen sehr ungleich verteilt sind. Der Qualifikationsgewinn mittelständischer Frauen, ihr Aufstieg in das untere und mittlere Management einerseits und andererseits die Marginalisierung vieler Frauen in schlechtbezahlte Zuarbeits- und Dienstleistungsjobs sowie ihre temporäre Exklusion aus dem Erwerbsmarkt sind prototypisch für neu entstandene Dominanzverhältnisse und Partikularinteressen zwischen Frauen (Sassen 1998). Eine Gruppe gut qualifizierter, junger Frauen hat in den vergangenen 40 Jahren den Sprung auf die mittleren Etagen in Handel und Banken, Verwaltung, Bildungssystem und Medien geschafft und besetzt dort in Europa 30, in den USA 40 Prozent der Positionen (The Economist, 18.7.1998). Diese karriereorientierten Frauen delegieren in allen Ländern und Kulturen ihre Reproduktionsarbeit an billige Dienstleisterinnen, die ihnen dann den Rücken von unbezahlter niedriggewerteter Sorgearbeit freihalten, so wie im fordistischen Modell der Arbeitsteilung die »Hausfrau« dem Mann den Rücken davon freihielt. Solche wachsenden ökonomischen Ungleichheiten und sozialen Spaltungen zwischen Frauen haben zur Folge, dass Klassen-, Kasten- und ethnische Zugehörigkeiten und Identitäten die Geschlechtsidentitäten einmal mehr überlagern oder die Herausbildung einer kollektiven Geschlechtsidentität behindern.

Parallel zu den geschlechtsdifferenzierenden und Polarisierungstendenzen in den Globalisierungs- und Modernisierungsprozessen finden Angleichungen zwischen den Arbeitsformen und -verhältnissen von Frauen und Männern in beide Richtungen statt. Die oben dargestellte Umstrukturierung von Arbeit bedingt neue Konstrukte von Geschlechterstereotypen und -identitäten und bringt Bewegung in die Geschlechterverhältnisse. Den Männern gleich erscheinen Frauen auf den globalisierten Märkten als wirtschaftliche Akteurinnen, als formal freie Individuen, die ihre Arbeitskraft

anbieten, als Humankapital, das im Qualifikationsniveau aufgrund ihres raschen Aufholens im Bildungssystem konkurrenzfähig ist.

Der Prozess der Verselbständigung als Marktakteurin bedeutet eine Individualisierung gegenüber den alten sozialen Bindungen und eine Herauslösung aus den herkömmlichen Haushaltsökonomien. Im Gegensatz zu den reproduktiven Mikro-Ökonomien, die auf Kooperation und Reziprozität basieren, agiert die erwerbstätige Frau – vereinzelt – in einem Wirtschaftssystem, dessen Antriebsfeder die Konkurrenz ist, und das sowohl aus ihrem sozio-kulturellen und moralischen Herkunftskontext entbettet als auch von der Reproduktionsarbeit abgetrennt ist.

Die Marktchancen von erwerbs- und aufstiegsorientierten Frauen sind dort am besten, wo sie männergleich frei von Reproduktionspflichten auftreten, nämlich als Single, oder vorgeben, sich davon freimachen zu können. Die Unternehmen scheuen Lohnnebenkosten durch Mutterschutz und eingeschränkte Arbeitsproduktivität infolge einer Überlastung durch die Reproduktionsarbeit. Dies ist eine der Ursachen dafür, dass sich das Heiratsalter z. B. von Exportarbeiterinnen nach hinten verschoben hat ebenso wie die Geburt des ersten Kindes (vgl. für Malaysia Ong 1987: 128 ff.). In der Wirtschaftskrise in Korea leugneten die sog »IWF-Jungfrauen« ihre Ehe, weil zuerst die verheirateten Frauen entlassen wurden (Bang-Soon Yoon 1998: 218). Viele der – insgesamt nicht so zahlreichen – Frauen, die die »Glasdecke« zu den Chefetagen der Wirtschaft durchstoßen konnten, leben alleinstehend.

Ein relativer Emanzipationseffekt von Erwerbsarbeit für Frauen ist vielfach belegt, von der Textilarbeiterin in Bangladesh, die materielle Unabhängigkeit von der Familie gewinnt: »Ich falle niemandem zur Last« (zit. in Kibria 1998: 12), bis zu den mittelamerikanischen Migrantinnen in New York, die mehr persönliche Autonomie und Entscheidungsmacht in der Familie erwerben (Sassen 1998: 208 f.). Allerdings tritt eine Gleichstellungswirkung als Gewinn von mehr Verhandlungsmacht im Geschlechterverhältnis keineswegs zwangsläufig ein. Maquiladora-Arbeiterinnen in Mittelamerika und Kleinhändlerinnen in Afrika berichten, dass Männer das Einkommen der Frau als Entlastung oder gar Entbindung von Versorgungspflichten nutzen und die Frauen nicht über die Einkünfte verfügen können.

In der Gruppe der qualifizierten Aufsteigerinnen haben sich Arbeitsrhythmus und Lebensstil stark an den von Männern angelegten: Hohe Arbeitsintensität bei gleichzeitiger Konsum- und Freizeitorientierung auf hohem Niveau, während sie die Reproduktionsarbeit gegen niedrige Vergütung an Haushaltshilfen und Kinderbetreuerinnen abtreten. Hochschild (1997) hat in ihrer Studie über mittelständische karriereorientierte Berufstätige gezeigt, dass diese – wie ihre Ehemänner – lieber Überstunden machen als Reproduktionsarbeit, weil sie mehr Anerkennung und Befriedigung aus der Erwerbsarbeit beziehen. Dies signalisiert noch einmal den Bedeutungsgewinn der Arbeitswelt für die Identitätsbildung von Frauen.

Gleichzeitig mit dieser Anpassung weiblicher Arbeitswelten an männliche setzt eine Angleichungsdynamik männlicher Erwerbsbiografien an weibliche ein. Massenentlassungen infolge von Deindustrialisierung, Automatisierung und Fusionen haben für

Männer nicht nur Einbrüche in ihr Erwerbskontinuum und das Konzept lebenslanger Vollzeitbeschäftigung gebracht, sondern auch ihre Geschlechteridentität, die sich wesentlich über Leistung auf dem Arbeitsmarkt und Ernährerfähigkeit definiert, nachhaltig beschädigt. Die Krise des fordistischen Gesellschaftsvertrags – weil zutiefst patriarchal – führte zwangsläufig zu einer »Krise der Hegemonie des kollektiven Subjektes (des weißen Mittelklassemannes)« (Ruddick 1992: 296). Informalisierung, Flexibilisierung und der Verlust sozialer Sicherheit greifen zunehmend in männliche Arbeitsmarktsegmente und Berufsbilder ein. Auch die Beschäftigung von Männern wird prekariert, Unsicherheit verallgemeinert, der Ernähreridentität wird der Boden entzogen (Sennet 1998).

Mit den neuen Arbeitsformen wird Erwerbsarbeit teilweise wieder verhäuslicht, als ortsunabhängige computergestützte Arbeit von der Telefonvermittlung bis zur hochdotierten Forschungs- und Entwicklungstätigkeit, als Heimarbeit, als freiberufliche oder kleinunternehmerische Tätigkeiten in der eigenen Wohnung. 20 Millionen US-AmerikanerInnen haben ihren Erwerbsarbeitsplatz heute zu Hause, vor zehn Jahren waren es nur sieben Millionen. Das »unprivate house«, wie es genannt wird, ist nicht mehr die alte Privatsphäre, aber auch nicht öffentlicher Raum. Gleichzeitig bringen gerade diese »feminisierten« flexibilisierten Teilzeitjobs zu Hause Reproduktion und Produktion einander wieder nah, zumindest räumlich und zeitlich, für Frauen, aber auch für eine wachsende Zahl von Männern.

### *Kollektive Handlungsstrategien und Interessenunterschiede*

Einer der komparativen Vorteile weiblicher Arbeitskräfte in der globalisierten Ökonomie war stets ihre Unorganisiertheit und eine unterstellte »weibliche« Gefügig- und Sanftmütigkeit. Die Herausbildung geschlechtsspezifischer Segmente in der neuen internationalen Arbeitsteilung hatte jedoch durchaus eine Mobilisierungswirkung. In Südkorea und Thailand, Indonesien und Mittelamerika traten Exportarbeiterinnen in bestehende Gewerkschaften ein und stellten bald treibende Kräfte dar beim Kampf um Verbesserung von Arbeitsbedingungen, ausgehend von einer Skandalisierung eklatanter Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen in den Betrieben. Dabei machten sie die Erfahrung, dass die von Männern dominierten und auf Lohnkampf fixierten Gewerkschaften für die Vergeschlechtlichung von Arbeit und spezifische Frauenbelange wie Zwangspensionierung nach der Heirat, Mutterschutz und Kinderkrippen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Gewalt am Arbeitsplatz weder Sensibilität noch Kampfbereitschaft zeigten.

Deshalb gründeten seit den achtziger Jahren Arbeiterinnen neben den gemischten Gewerkschaften autonome Betriebsgruppen und eigene Organisationen, in die sie manchmal auch Teilzeit- und Heimarbeiterinnen einbezogen (Hosmer Martens/Mitter 1994; Rhie Chol Soon 1997). Gewerkschaftliche Organisationen entstanden in Berufsfeldern und im informellen Sektor, wo Frauen lange als unorganisiert gegolten

hatten; z. B. Hausangestellte und Prostituierte, Heimarbeiterinnen und Straßenhändlerinnen schlossen sich zusammen. In diesen ökonomischen Kontexten ist offenbar eine kollektive Geschlechtsidentität entstanden, auf deren Grundlage Frauen als kollektives Handlungssubjekt agieren und nach neuen Strategien und Allianzen suchen. Häufig werden gewerkschaftliche mit kooperativen Ansätzen verknüpft; das Fundament der Kämpfe um Rechte und Ressourcen ist jedoch ein identitätspolitischer Kampf um Anerkennung als Lohnarbeiterin bzw. als weibliches Wirtschaftssubjekt (Wichterich 1999).

Ein Charakteristikum dieser neuen Organisationsansätze ist ein Mehr-Ebenen-Konzept: In lokaler und nationaler Auseinandersetzung mit Unternehmen, der Stadtverwaltung oder dem Staat wird Widerstand gegen die Aushöhlung von Arbeitsrechten und gegen das Lohndumping aufgebaut. Gleichzeitig versuchen die Organisationen sich in nationale und internationale Politik zur Reregulierung der Märkte einzumischen: In Südkorea haben mehrere Frauenorganisationen in der Krise IMF-Hotlines für Frauen eingerichtet, beraten sie (Motto: »I am fired, I am fighting«) und drängen die Regierung, entlassene Frauen in ihren Statistiken und Sozialprogrammen zu berücksichtigen; in Indien legte die Self Employed Women's Association (SEWA) eigene Formulierungsentwürfe einer Politik zum informellen Sektor vor und wirkte stark auf die Abfassung der ILO-Konvention zu Heimarbeit ein. Diese Aktivitäten einzelner Gruppierungen sind organisatorisch meist doppelt transnational eingebettet. Zum einen werden sie durch themenspezifische regionale oder kontinentale Vernetzung wie z. B. von Hausangestelltengewerkschaften in Lateinamerika und gewerkschaftlichen Frauenorganisationen in Südostasien abgedeckt und als Erfahrungsprozesse ausgewertet. Zum anderen entstanden neue Bündnisse in einzelnen Ländern, z. B. zwischen gewerkschaftlichen Gruppen und mittelständischen Feministinnen in den Städten und mit Nicht-Regierungs-Organisationen aus dem studentischen, kirchlichen und Menschen-/Frauenrechtsspektrum.

Zusätzlich zu den lokalen und nationalen Aktivitäten sind transnationale Allianzen zwischen Gewerkschaften, Menschen- und Frauenrechtsorganisationen, VerbraucherInnenverbänden und kirchlichen Gruppierungen entstanden, die den Dezentralisierungs- und Verflechtungsstrategien der Konzerne eine Vernetzung und Globalisierung der Gegenwehr mit Kampagnen wie die für ein »living wage«, gegen Sweatshops in der NAFTA oder die »Clean Clothes Campaign« in Europa entgegenzusetzen (Musiolek 1997, Mendez/Köpke 1999). Sie beziehen sich auf internationale Regularien wie soziale und ökologische Mindeststandards, auf UN-Konventionen sowie Verhaltenskodizes für transnationale Konzerne und wollen deren Aushandlung beeinflussen (Musiolek 1999). Als normativer Referenzrahmen dienen solch neuen Bündnissen häufig allgemeine Frauen- und Menschenrechte, weil deren Verletzung z. B. durch sexistische Gewalt zum kollektiven Erfahrungsbestand von Frauen in verschiedenen Ländern und Kulturen gehört. Aus solch universell geltenden Leitbildern und Prinzipien werden dann suprakulturelle und -nationale Anspruchsrechte abgeleitet. Über diese normativ abstrakte Ebene lassen sich Gemeinsamkeiten jenseits der

Interessengegensätze in der globalisierten Wettbewerbsökonomie konstituieren und zur kollektiven Grundlage politischer Handlungs- und Verhandlungsrationalitäten machen. Es geht um eine strategische Identitätsbildung – Bina Agarwal hat dies im Kontext der UN-Konferenzen »strategic sisterhood« genannt – jenseits kultur-, ethno- und ökonomie-spezifischer Konstrukte.

Mit dem Konzept der Politikintervention auf nationaler und internationaler Ebene betreiben Frauen eine Repolitisierung von ökonomischen, sozialen und Entwicklungsproblemen wie auch von Frauenrechten. Hier entstehen Bündnisse zwischen Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen, z. B. um ein Frauenbudget zu erarbeiten, die Weltbank einem Monitoring aus Frauensicht zu unterziehen oder Strukturanpassungsprogramme auf ihre negativen Auswirkungen für Frauen zu prüfen (Olympe 1998). SEWA gründete zusammen mit UNIFEM und der Harvard Universität Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing (WIEGO).

Frauenemanzipatorische Elemente dieser Strategien sind einerseits ein Abbau geschlechtsspezifischer Diskriminierungen und Zuschreibungen auf den Erwerbsarbeitsmärkten mit dem strategischen Ziel einer Entgeschlechtlichung (*degendering*) von Arbeit. Dies meint eine Überwindung der geschlechtshierarchischen Spaltung von Erwerbs- und unbezahlter Versorgungsarbeit, von unterschiedlichen Marktsegmenten und Beschäftigungsformen, von Hoch- und Niedrigbewertung und -bezahlung von Tätigkeiten. Andererseits geht es um eine Dekonstruktion und die Einführung der Kategorie Geschlecht (*engendering*) in eine Politik, die geschlechtsneutral daherkommt, Frauen jedoch höchst ungleich unter- und unbezahlte Arbeit zuweist und sie damit ungleich sozialer Unsicherheit und Armut aussetzt.

Eine solche Politik nimmt die (nicht neue) feministische Forderung nach einer Umverteilung von Arbeit auf. Diese hat stets mehrere Dimensionen: Sie integriert einerseits das Gesamt von Arbeit – sowohl bezahlte als auch unbezahlte Arbeit –, und verkoppelt andererseits eine quantitative Neuverteilung mit einer qualitativen Neubewertung (vgl. Möller 1991).

Der Kampf für eine Entgeschlechtlichung von Arbeit und Ressourcen und eine Vergeschlechtlichung von Politik schlägt den Bogen von frauenspezifischen praktischen, aus den konkreten Arbeitssituationen erwachsenden Bedürfnissen zu ihren strategischen geschlechtsspezifischen Interessen wie denen an Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit, Übernahme von Reproduktionsarbeit durch Männer, Chancen- und Ergebnisgleichheit auf den Erwerbsarbeitsmärkten und Gewaltfreiheit.

Die Umstrukturierung von Arbeit im Zuge globaler Liberalisierung behindert und erschwert Organisierung und sprengt die alten Grundlagen für Solidarisierung auf. Kollektive Identität als ArbeiterIn oder Angestellte war der Boden, auf dem Gewerkschaften gewachsen sind. Quer zu dieser liegen jetzt *corporate identities*, Identifikationen und Loyalitäten mit den Unternehmen. Außerdem verliert das klassische Gegenüber von Arbeitgeber und Arbeitnehmer seine klaren und dauerhaften Konturen. Der Betrieb als Arbeits- wie als Organisationseinheit bricht weg. Die Fragmentierung der Arbeitsprozesse und die neuen informellen, zunehmend verein-



zelnden Arbeitsformen isolieren, weichen Gemeinsamkeiten auf und schaffen divergente Interessenkonstellationen (ILO 1997: 19). Gewerkschaften leiden weltweit unter einem Bedeutungs- und Glaubwürdigkeitsverlust und einem Mitgliederschwund, nicht zuletzt weil ihre auf Tarifpolitik und Vollbeschäftigung orientierten Instrumentarien und Kampfformen der neuen Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse, der Mobilität der Unternehmen und den informellen Arbeitsformen nicht angemessen sind (ILO 1997: 5 ff., 22).

Bei Frauen überwiegen soziale Ungleichheiten und ökonomische Interessengegensätze die kollektive Geschlechteridentität oder verhindern ihre Ausbildung. Solidarisierung von Frauen, die über betriebliche und berufsständische Organisation hinausgeht, braucht strategische Schnittpunkte und gemeinsame Politikenner, die jenseits des Ungleichheits- und Konkurrenzverhältnisses in der liberalisierten Marktökonomie liegen. Denn was hat die polnische Migrantin mit der Brüsseler Bankangestellten gemeinsam, deren Kinder sie betreut? Warum soll sich eine neu eingestellte Näherin in der Freihandelszone von Guatemala mit einer entlassenen Textilarbeiterin in der Oberlausitz solidarisieren? Ihre strategischen Interessenschnittpunkte können nur auf einer abstrakteren normativen Ebene verortet sein.

Die anfänglich aufgeworfene Frage nach der praktischen Wirksamkeit der Kategorie Geschlecht muss deshalb ambivalent beantwortet werden. Sie ist einerseits real in den Transformationsprozessen von Arbeit strukturell wirksam. Gleichzeitig wird sie aber in eben diesen Prozessen durch eine wachsende Ungleichheit zwischen Frauen und ihre Vereinzelung immer weiter aufgebrochen und verflüssigt (Bakker 1997: 69), was Solidarisierung und politische Organisation erschwert.

Eine frauenemanzipatorische Perspektive muss praktisch politisch darüber hinausgehen, Zuschreibungen und Vergeschlechtlichungen von Arbeit wie auch scheinbar geschlechtsneutrale makroökonomische Strukturen und Politik zu dekonstruieren. Wo sich über gemeinsame Anliegen und gemeinsame Handlungsansätze ein *strategisches* kollektives Handlungssubjekt auf Basis der Kategorie Frau konstruiert, wird dies zwangsläufig multiple Identitäten einschließen. Denn es versteht sich aus der hier geleisteten Analyse, dass die politischen Akteurinnen hinter der kämpferischen Chiffre einer strategischen Schwesternschaft in ihren Identitäten und praktischen Interessen sehr heterogen sind. Gemeinsame strategische Interessen auf Basis der Strukturkategorie Geschlecht artikulieren sich in Ansätzen und Kämpfen, die sich dagegen wehren, dass Frauen in unterbezahlte, niedrigbewertete und unbezahlte Arbeit und damit in ein breites Risikospektrum in Bezug auf Armut, soziale Sicherung und Gewalt verwiesen werden. Solche Strategien würden gleichzeitig einen Angriff auf die derzeitige Umstrukturierung von Arbeit in der Logik der neoliberalen Globalisierung darstellen, die das soziale Ordnungsprinzip Geschlecht für die Herstellung von Ungleichheitsstrukturen und Spaltungen auf den Erwerbsarbeitsmärkten und zwischen Erwerbsarbeit und Sorgearbeit, zwischen einer sichtbaren, statistisch erfassten und einer unsichtbaren, ungezählten Ökonomie benutzt.

## Literatur

- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung. Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1997.
- Anker, Richard: Gender and Jobs. Sex Segregation of Occupations in the World, Geneva 1998.
- Bakker, Isabella (Hg.): The Strategic Silence. Gender and Economic Policy, London, New Jersey 1994.
- dies.: Geschlechterverhältnis im Prozess der globalen Umstrukturierung. In: Helga Braun/Dörthe Jung (Hg.): Globale Gerechtigkeit? Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats, Hamburg 1997, S. 66-74.
- Biemann, Ursula: Performing the border. Die Grenze als Metapher für Differenz und Gewalt. In: iz3w 241/1999, S. 37-41.
- Dingeldey, Irene: Zuckerbrot und Peitsche. Arbeitsmarktpolitik unter New Labour. In: FR, 10.8.1999.
- Elson, Diane/Pearson, Ruth: The Subordination of Women and the Internationalisation of Factory Production. In: K. Young/C. Wolkowitz/R. McCullagh (Hg.): Of Marriage and the Market, London 1981.
- Elson, Diane: Male Bias in the Development Process, Manchester, New York 1991.
- Europäische Kommission: Frauen in Europa, Bonn 1998.
- Heyzer, Noleen (Hg.): Daughters in Industry: Work, Skills and Consciousness of Women Workers in Asia, APDC, Kuala Lumpur 1988.
- Hochschild, Arlie Russell: The Time Bind. When Work Becomes Home and Home Becomes Work, New York 1997.
- hooks, bell: Feminist Theory. From Margin to Center. Boston 1984.
- Hosmer Martens, Margaret/Mitter, Swasti: Women in Trade Unions. Organizing the Unorganized, Geneva 1994.
- ILO: World Labour Report 1997-98, Geneva 1997.
- ILO: Labour and Social Issues Relating to Export Processing Zones, Geneva 1998.
- Joekes, Susan: Female-led Industrialisation: Women's Jobs in Third World Export Manufacturing – The Case of the Moroccan Clothing Industry, Research Report No. 15, IDS, Brighton 1982.
- dies.: Trade-related Employment for Women in Industry and Services in Developing Countries, UNRISD, Geneva 1995,
- Kibria, Mazli: Becoming a Garments Worker. The Mobilization of Women into the Garments Factories of Bangladesh, UNRISD, Geneva 1998.
- Kim, Marlene: Weibliche Beschäftigte im Niedriglohnsektor der USA. In: Sabine Lang/Margit Mayer/Christoph Scherrer (Hg.): Jobwunder USA – Modell für Deutschland, Münster 1999, S. 110-127.
- Lim, Linda: Women's Work in the Export Factories: the Politics of a Cause. In: Irene Tinker (Hg.): Persistent Inequalities, Oxford 1990.

- Lin, Lin Lean/Oishi, Nana: *International Migration of Asian Women: Distinctive Characteristics and Policy Concerns*, Geneva 1996.
- Maier, Friederike: *Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in der Europäischen Union*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 19.12.1997, S. 15-28.
- Mendez, Jennifer Bickham/Köpke, Ronald: *Gender und Transnationalismus: Zentral-amerikanische Frauenorganisationen zwischen transnationaler Konkurrenz und Kooperation*. In: *Peripherie 75/1999*, S. 83-104.
- Möller, Carola: *Über das Brot, das euch in der Küche fehlt, wird nicht in der Küche entschieden*. In: *beiträge zur feministischen theorie und praxis 29/1991*, S. 7-25.
- Mohanty, Chandra Talpade: *Aus westlicher Sicht: feministische Theorie und koloniale Diskurse*. In: *beiträge zur feministischen theorie und praxis 23/1988*, S. 149-163.
- Musiolek, Bettina (Hg.): *Ich bin chic, und Du musst schuften*, Frankfurt 1997.
- dies. (Hg.): *Gezähmte Modemultis. Verhaltenskodizes: ein Modell zur Durchsetzung von Arbeitsrechten? Eine kritische Bilanz*, Frankfurt 1999.
- Ng, Cecilia/Munro-Kua, Anne (Hg.): *Keying into the Future. The Impact of Computerization on Office Workers*, Kuala Lumpur 1994.
- Notz, Gisela: *Die neuen Freiwilligen*, Neu-Ulm 1998.
- Olympe 9/1998: *Einfluss nehmen auf Makroökonomie! Feministische Arbeitshefte zur Politik*.
- Ong, Aiwha: *Spirits of Resistance and Capitalist Discipline: Factory Women in Malaysia*, Albany 1987.
- Raasch, Sybille: *Feministischer Umbau von Arbeitsgesellschaft und Sozialstaat*. In: Harald Mattfeldt/Alfred Oppolzer/Udo Reifner (Hg.): *Ökonomie und Sozialstaat*, Opladen 1998, S. 25-45.
- Rhie Chol Soon, Maria: *Das Ende der Sanftmut*. In: *Frauensolidarität 1/1997*, S. 22 ff.
- Rowbotham, Sheila/Mitter, Swasti (Hg.): *Dignity and Daily Bread. New Forms of Economic Organizing among Poor Women in the Third World and the First*, New York 1994.
- Ruddick, Susan: *Das Geschlechtliche konstruieren. Armut, Geschlechterverhältnisse und Familie im Goldenen Zeitalter*. In: Alex Demirovic/Hans-Peter Krebs/Thomas Sablowski (Hg.): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, Münster 1992, S. 290-315.
- Sassen, Saskia: *Überlegungen zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft*. In: *Prokla 111/1998*, S. 199-217.
- Schunter-Kleemann, Susanne: *Die Freiheiten des Binnenmarktes und die Unfreiheiten der Frauen*. In: *Weibblich. Frauen im vereinten Europa*, Berlin 1997, S. 12-18.
- Sen, Gita: *Globalization in the 21<sup>st</sup> Century: Challenges for Civil Society*, UvA Development Lecture, Amsterdam 1997.
- Sennet, Richard: *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 1998.
- Standing, Guy: *Global Feminization Through Flexible Labour*. In: *World Development*, Vol. 17, No.7/1989

- Südwind: Kleiderproduktion mit Haken und Ösen, Siegburg 1997.
- Truong, Thanh-Dam: Gender, International Migration and Social Reproduction: Implications for Theory, Policy, Research and Networking. In: Asia-Pacific Migration Journal, Vol. 5, No. 1/1996.
- dies.: The Underbelly of the Tiger: Gender and the Demystification of the Asian Miracle, ISS, The Hague 1998.
- Tzannatos, Zafiris: Women and Labor Market Changes in the Global Economy: Growth Helps, Inequalities Hurt and Public Policy Matters, Vortragsmanuskript ICRW-Tagung Employment and Women, 18./19. September 1996, ISS, The Hague 1996.
- United Nations: Women in a Changing Global Economy. 1994 World Survey on the Role of Women in Development, New York 1995.
- UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung, Bonn 1999.
- Vershinskaya, Olga: Gender Aspects of Socio-economic Transformation in Russia, Vortragsmanuskript ICRW-Tagung Employment and Women, Sept 18-19, 1996, ISS, The Hague 1996.
- Wichterich, Christa: Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit, Reinbek 1998.
- dies.: Anerkennung, Rechte, Ressourcen, Frauenorganisationen im informellen Sektor des Südens. In: Prokla 117/1999, S. 535-555.
- Wick, Ingeborg: Frauenarbeit in Freien Exportzonen. Ein Überblick. In: Prokla 111/1998, S. 235-249.
- The World Bank: Export Processing Zones, Policy and Research Series No. 20, Washington 1992.
- Yoon, Bang-Soon: Koreanische Frauen in der globalen Ökonomie. Industrialisierung und Geschlechterpolitik in Südkorea. In: Prokla 111/1998, S. 217-235.
- Young, Brigitte: Genderregime und Staat in der globalen Netzwerkökonomie. In: Prokla 111/1998, S. 175-199.
- Zdunek, Gabriele: Strukturanpassung und geschlechtsspezifische Differenzierung am Beispiel Nigerias und Ghanas. In: M. Braig/U. Ferdinand/M. Zapata (Hg.): Begegnungen und Einmischungen, Stuttgart 1997, S. 147-165.

## Was heißt »globalisiertes Bewusstsein«?

Die Globalisierung mache uns zu gut gelaunten Zynikern, hieß es kürzlich in einem Millenniumskommentar, Ironie sei unser geistiger Normalzustand geworden: Jeder wisse, dass wir nicht so weitermachen können wie bisher, aber genau das würden wir tun. Globale Zwänge nennt man das. Doch es langweile uns schon, wenn wir das Wort hören. Alle Argumente und Gegenargumente seien bekannt. Alle langweilen uns ...



*Christina Thürmer-Rohr,  
Professorin an der TU Berlin.*

»Unverbindliche Verbindlichkeit. Anteil nehmende Anteilnahmslosigkeit. Wir haben uns diese Welt nicht ausgesucht. Wir haben also das Recht, ihr zu zeigen, dass wir sie durchschauen ... wir haben keine Angst mehr, nicht mal vor uns selbst ... Wir glauben nicht mehr, dass einer uns richtet. Wir sind unrichtbar geworden«<sup>1</sup>. In diesem Stil fortzufahren fällt natürlich leichter als mit ernsthafter Miene ernsthafte Fakten zu wiederholen, die alle interessierten ZeitungsleserInnen seit Jahren kennen. Oder sich ernsthaft Gedanken zu machen, die sofort überflüssig weil folgenlos erscheinen. Den globalen ZynikerInnen ist auf den ersten Blick wenig entgegenzusetzen. Und vielleicht nehmen sie Aussagen vorweg, zu denen man auf seriösem Wege auch käme, die Einschätzung nämlich, dass die Globalisierung nicht nur zum Kahlschlag der Sozialstaaten und in die globale Trümmerwüste führt, sondern uns auch schleichend in freundlichgleichgültige, a-soziale ZeitgenossInnen verwandelt. Vielleicht sind die Dinge aber auch widersprüchlicher. Neueste Umfragen über die Jugend 2000 zeigen, dass die Jungen zwar mit dem Wort »Soziale Gerechtigkeit« wenig, mit »Generationengerechtigkeit« viel anfangen können, aber auch mehr mit Greenpeace (24 %) und Amnesty

---

1 Kerstin Decker in einem Jahrtausendwendekommentar, in: taz, 15.12.1999.

International (17 %) als mit den Kirchen (9 %), dass außerdem die wirklichen Egoisten in unserer Gesellschaft mehrheitlich Männer sind<sup>2</sup>. Wie auch immer, wenn man sich mit der Seite des Globalisierungsproblems befassen will, die in den ökonomischen Analysen im Allgemeinen unbeachtet bleibt, der Frage nach seinem Pendant, dem gesellschaftlichen *Bewusstsein*, dann bekommt man gesagt, von Bewusstsein rede man immer dann, wenn alles nichts mehr helfe und einem zum Sein nichts mehr einfallt. Vor allem aber bekommt man es mit vielen Unbekannten zu tun.

## I

Zum gegenwärtigen Diskussionsstand: Globalisierung ist ein janusköpfiges Phänomen und kann deswegen auch nicht nur als wirtschaftliches Katastrophenprogramm beschrieben werden. Globalisierung, der neue Begriff für die Ausdehnung weltweiter Beziehungsnetze<sup>3</sup>, die Vermehrung und Beschleunigung großregionaler Verbindungen, geht weit über ökonomische Phänomene hinaus. Globalisierung ist längst zum Bestandteil des Alltags und der Biografien geworden und die alte Überzeugung, soziale Beziehungen seien notwendig ortsgebunden, verblasst. Nicht nur das Kapital hat sich globalisiert. Auch das Bewusstsein von Menschen befindet sich in einem Prozess, in dem die sog. »Welt« zum Beziehungsfeld und potentiellen Handlungsraum wird, der offener, öffentlicher und verbundener ist als er je war<sup>4</sup>. Diese Tatsache führt zu der Einschätzung, dass als Folge der Globalisierung nicht zufällig »die Forderungen nach der Verwirklichung realer Demokratie und der Gewährleistung substantieller Men-

---

2 taz, 4.1.2000, S. 7.

3 Die Kritik an einer Terminologie die Hierarchien nicht benennt und scheinbar überwunden hat – »Netz« bedeutet Verbindung vieler verschiedener, aber immer gleichberechtigter Elemente, im »globalen Netz« und in der »globalen Vernetzung« sind Macht, Herrschaft, Dominanz keineswegs verschwunden –, betrifft grundsätzlich auch die Fragen des globalen Bewusstseins.

4 Auf die Bedeutung der neuen Informationstechnologien und Kommunikationsnetze und deren Ambivalenz wird im Folgenden nicht im Einzelnen eingegangen. Konsens ist mittlerweile, dass die globalen Informationsnetze wie das Internet z. B. auch die Funktion bekommen, der Opposition in einem Land zu zeigen, dass und wie Diktatoren in einem anderen Land erfolgreich beseitigt werden konnten. Die Machthaber besitzen keine Handhaben zu verhindern, dass mit den globalen Informationssystemen Oppositionelle ihre nationale Isolation überwinden können und internationale Unterstützung finden (z. B. Bosnien). Auch wenn die Ambivalenz von Chancen und Gefahren bestehen bleibt und die Informationssysteme sowohl die öffentlichen Einsprüche verbreitern und beschleunigen als auch neue Formen der Hegemonie und der ideologischen Macht hervorbringen können, bleibt das Faktum bestehen, dass autoritäre Regierungen es zunehmend schwerer haben, die Informationen der Bürger ihrer Länder zu kontrollieren.

schenrechte weltweit nachdrücklicher und bestimmender geworden sind«<sup>5</sup>. Politische Gruppen, Bürgerinitiativen und NGOs – die sog. globale Zivilgesellschaft – agieren zunehmend überregional und international, um gegen Schäden zu protestieren, auf Schäden aufmerksam zu machen und Schäden für Menschen und Regionen abzuwenden.

Rund 10 000 Nichtregierungsorganisationen und andere unorganisierte, oft spontane Bürgerinitiativen setzen sich heute ein für alternative Formen der Ökonomie und Technologie, für den Dialog zwischen den Kulturen und Religionen, für den Schutz von Flüchtlingen und MigrantInnen, für die übernationale Zusammenarbeit von Minderheiten, gegen Rassismus und Sexismus, gegen Gewalt an Frauen, gegen Frauenhandel, gegen Tierexperimente etc.<sup>6</sup> Unmittelbar vor der Weltmensenrechtskonferenz in Wien 1993 versammelten sich z. B. mehr als 1 000 nichtstaatliche Menschenrechtsorganisationen aus aller Welt, um Empfehlungen für die Staatenkonferenz auszuarbeiten. Frauenorganisationen erzwangen die Definition von Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung. Auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wurden Frauenrechte erstmals offiziell als Menschenrechte erklärt. Ohne das Engagement der Nichtregierungsorganisationen wären solche Forderungen nie in die Staatenkonferenz eingebracht worden. Unter dem Motto »Weltbürger gegen den Welthandel« agierte Ende 1999 eine Bürgerbewegung, in der Zehntausende von WTO-Gegnern zu Wirtschafts-Experten wurden, die die WTO-Ministerkonferenz November/Dezember 1999 in Seattle vereitelten und zeigen konnten, dass auch die Macht der USA innerhalb der Welthandelskonferenz nicht unbegrenzt ist.

Die Gegner der wirtschaftlichen Globalisierung brauchen selbst ein »globales Bewusstsein«, um ihre Einsprüche zu begründen: das Interesse an übernationalen Zusammenhängen, an einem Demokratieverständnis, das die weltweiten Abhängigkeiten und klaffenden Ungerechtigkeiten in die eigenen Verantwortungen einbezieht und als Ergebnis ungerechten Handelns versteht<sup>7</sup>, ein Interesse, das auf »globale Kooperation« setzt statt auf den Sozialdarwinismus der Sieger<sup>8</sup>, eine Bereitschaft zum öffentlichen Handeln, das sich in einen neuen Dschungel von Widersprüchen begibt. Der globalen Zivilgesellschaft wird eine Vorreiterfunktion für eine weltweite Demokratie zugesprochen. »Eine internationale Weltöffentlichkeit ist im Entstehen begriffen. Die nationalen und internationalen Volksvertreter sind aufgerufen, diesem Bewusstwerdungsprozess zum Ausdruck zu verhelfen«<sup>9</sup>.

---

5 Joachim Hirsch: Kapitalistische Globalisierung und die Perspektiven internationaler Solidarität. In: Andreas Foitzik/Athanasios Marvakis (Hg.): Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche. Taruan – was nun? Hamburg 1997, S. 181.6 Bekannteste Beispiele sind Amnesty International, Pro Asyl, BUND, Greenpeace, Ärzte ohne Grenzen.

7 Die Gruppe von Lissabon, Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, München 1995, S. 17 ff.

8 Ebd., S. 149 ff.

9 Le Monde diplomatique, Januar 2000, S. 4.

Diesem Bewusstsein wird seit Anfang der neunziger Jahre eine unschätzbare politische und moralische Bedeutung zugesprochen<sup>10</sup>: Die globale Zivilgesellschaft übernehme heute die Funktion eines *globalen Gewissens*, eines *Weltgewissens*, eines moralischen Bewusstseins, eines Unrechtsbewusstseins, auch Züge eines kritischen *Weltgedächtnisses*<sup>11</sup>, das die großen Gewalttaten der Geschichte – Versklavungen, Kolonialisierungen, Eroberungen, Kriege, Völkermorde – wach hält, um Konsequenzen zu ziehen und zu fordern. Die inter- oder transnational agierenden Gruppen werden zu öffentlichen Stimmen, die ohne sie nicht hörbar würden. Die globalen Märkte bringen sie jedenfalls nicht hervor und die Staatsregierungen meist wenig glaubwürdig. Die zivilen Organisationen werden zu den wichtigsten Verfechtern politisch-moralischer Prinzipien, zu »Sprechern der Weltbevölkerung«, die die großen abgegriffenen Begriffe wie soziale Gerechtigkeit, Menschenwürde, Demokratie, Freiheit, Solidarität etc. wörtlich nehmen und damit von ihrem Phrasencharakter befreien.

Die heterogenen Gruppierungen organisieren sich um praktische Probleme: Hunger und Unterernährung, Diskriminierung, Gewalt gegen Frauen, Erhalt des ökologischen Gleichgewichts, Kampf gegen die Zerstörung der Ozonschicht, Abbau von Armut, sozialer Ausgrenzung und Intoleranz<sup>12</sup>. Sie üben Druck auf nationale Regierungen aus (z. B. Rio 1992), setzten z. B. eine Konferenz durch, an der die Großmächte kein besonderes Interesse hatten und an der die USA zunächst nicht teilnehmen wollten, erzwangen zum ersten Mal eine Debatte über den Reichtum der Welt und in der Agenda 21 eine Verpflichtungserklärung von mehr als 120 Ländern.

Trotz aller Skepsis, Enttäuschungen und Folgenlosigkeiten werden solche Initiativen als außerordentlich vielversprechend eingeschätzt: weil sie sich um gemeinsame weltweite Probleme bemühen, weil ihr Gegenstand ein *globaler Raum* ist, weil sie eine Grundlage für *globale Gesellschaftsverträge* liefern können, die Ziele und Regeln für ein Zusammenleben nach dem Kalten Krieg und jenseits der gegenwärtigen wirtschaftlichen Wettbewerbskriege festlegen, weil sie die Widersprüche zwischen nationalen Interessen und globalen Gerechtigkeitsansprüchen sichtbar machen. Nationale Regierungen jedenfalls müssen sich heute mit Gruppierungen auseinandersetzen, die die Interessen der nationalen Regierungen begrenzen. Auch wenn man an sie keine Ansprüche stellen kann und sie niemandem unmittelbar zu seinem Recht verhelfen können, sie also in diesem Sinne nicht »demokratisch legitimiert« sind,

---

10 Die Gruppe von Lissabon: Grenzen des Wettbewerbs. Der Gruppe gehörten Ökonomen, Mediziner, Historiker, Juristen, SozialwissenschaftlerInnen aus Portugal, Belgien, Italien, Kanada, Spanien, Frankreich, USA, Japan, Schweiz (später auch Deutschland) an.

11 Otfried Höffe: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, München 1999, S. 16.

12 Die Gruppe von Lissabon: Grenzen des Wettbewerbs, S. 39.

13 Nichtstaatliche Akteure haben zu weltweiten Demokratisierungsprozessen beigetragen, die in den siebziger Jahren einsetzten. Diese begannen in Südeuropa, setzten sich fort in Portugal, Spanien und Griechenland, in Südamerika, schließlich in den ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion. In Afrika wurden die Apartheidsregime abgeschafft.



wirken die nichtstaatlichen Akteure demokratisierend<sup>13</sup>, sie übernehmen derzeit eine Transmissionsrolle, in der sie zwischen sog. Basis und den Regierungen vermitteln, sie können Regierungen zu Stellungnahmen zwingen, sie können Öffentlichkeit herstellen und zu völkerrechtlichen Konkurrenten der Einzelstaaten werden<sup>14</sup>.

Wie auch immer man diese Positionen einschätzt, die kulturellen, politischen und politisch-psychologischen Seiten der Globalisierung werfen Fragen auf und führen zu Veränderungen, die mit den vorliegenden Theorien und den weitgehend auf die Nationalstaaten festgelegten politischen Vorstellungen nicht mehr verstanden werden können. Neu ist das Entstehen eines globalen ökologischen Gefahrenbewusstseins, neu ist die unausgrenzbare Präsenz transkultureller Anderer im eigenen Leben und die zwangsläufige Auseinandersetzung mit anderen kulturellen Grundauffassungen, neu ist die Zahl und Macht transnationaler Akteure, Institutionen und Verträge<sup>15</sup>. Neu ist auch das Ausmaß der Polarisierung zwischen Reich und Arm<sup>16</sup>, und daran ist neu, dass es keine Abhängigkeit mehr zwischen Reichen und Armen gibt: Die Armen der Welt stellen nicht mehr die »Reservearmee«, die für die Rückkehr in die Wertproduktion bereit stehen muss. Die Armen der Welt sind nicht mehr die Ausgebeuteten, die den Warenüberschuss produzieren, der später in Kapital verwandelt wird, sondern sie haben keinen Nutzen mehr, sie werden ganz und gar überflüssig. »Das ist das wirklich Neue in einer Welt, deren tiefgreifende Transformation ...»Globalisierung« genannt wird«<sup>17</sup>.

## II

Was kann Globalisierung des Bewusstseins heißen? Was heißt »Welt«? Zunächst ist das Wort »Welt« zu einer immer konkreter werdenden Bezeichnung für unseren irdischen Aufenthaltsort geworden. »Welt« nennen wir heute erfahrbare Zusammenhänge und nicht mehr einen Gefühlszustand in den Seelen von Mystikern oder eine spekulative Idee in den Köpfen von Philosophen. Weltwirtschaft, Weltgesellschaft, Weltpolitik, Weltordnung, Weltnachrichten, Weltkonferenzen, Welt-Staatsvolk, Weltöffentlichkeit etc.: Diese Worte verbinden sich mit Sachverhalten, in die wir uns involviert sehen können. Dabei wird jedem/r deutlich, dass die territorialen Zuordnungen ihre Selbstverständlichkeit verlieren und dass die »natürliche« Zusammen-

---

14 Otfried Höffe: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, S. 171.

15 Ulrich Beck (im Gespräch mit Pierre Bourdieu und Joschka Fischer): Heraus aus dem nationalen Biotop. In: taz, 13.6.1997, S. 12 f.

16 1960 war das oberste Fünftel der Weltbevölkerung 30-mal so reich wie das unterste Fünftel, 1991 bereits 61-mal so reich. 1991 verfügte das oberste Fünftel über 87,7 % des weltweiten Bruttosozialproduktes.

17 Zygmunt Bauman: Schwache Staaten – Globalisierung und die Schwächung der Weltgesellschaft. In: Ulrich Beck (Hg.): Kinder der Freiheit, Frankfurt/M. 1997, S. 331.

hangsblindheit, die der lokal begrenzten Erfahrung entspricht, kein Schutz und keine Rechtfertigung eigener Borniertheiten mehr darstellt. Niemand kann mehr sagen, er/sie haben nichts gewusst von dem, was woanders in der Welt passiert und – was wichtiger ist – niemand kann mehr leugnen, dass es reale Ursache-Wirkungs- und Handlungszusammenhänge zwischen hier und dort gibt. Die Konsequenzen dieser Tatsache bewegen sich zwischen der Möglichkeit, einerseits über die eigenen Grenzen hinauszusehen und um Konsequenzen eigenen Handelns zu wissen, andererseits die Orientierung und die Beurteilungskompetenz für die Zusammenhänge zu verlieren. Sorge um die Welt und Sorge um sich selbst: Mit diesem Spektrum des Bewusstseinsproblems haben wir es zu tun. *Das* Bewusstsein im Singular gibt es nicht, sondern unterschiedlichste Menschen, Männer und Frauen, die sich krass unterscheiden in ihrer Teilhabe an den Ressourcen, an Macht, Reichtum oder Glück, die sich in einem irritierenden Prozess der Veränderung ihres Verhältnisses zur Welt mit derzeit offensichtlich sehr unterschiedlichen Ausgängen befinden.

## **Zugänge/Fragen/Thesen:**

### *1. Satellitenblick*

Die »Welt« ist sichtbar geworden aus einer neuen Perspektive, einer Satellitenoptik<sup>18</sup>, mit der wir – z. B. anlässlich der täglichen Wetternachrichten – über das Weltraum-Kameraauge von außen und oben auf unseren Aufenthaltsort blicken können, auf diesen sich selber fotografierenden Stern. Die Satellitenoptik wurde zur Metapher für einen Außenblick, der mehr sieht als den eigenen kleinen Lebensort, diesen zugleich nicht mehr genau identifizieren kann. Der eigene Ort mit seiner einmaligen subjektiven Bedeutung und seinen ortsgebundenen Eigeninteressen verschwimmt. Diese Satellitenoptik – so eine These – werde die menschliche Selbstwahrnehmung und das politische Bewusstsein notwendig verändern. »Ist das Bewusstsein erst einmal, und wäre es nur für kurze Zeit, satellitengleich geworden ist, so ist das schlichte Sich-Zurechnen zu einem politischen Grundstück auf der Erde dort unten für immer gestört«<sup>19</sup>, zumindest kein zwangsläufiger Bezugspunkt der eigenen Orientierung mehr. Ein Bewusstsein, das sich in »der Welt« im Sinne der »ganzen Erde« verortet und nicht im eigenen Kiez, im eigenen Land, könnte einen sinnlichen Eindruck von der Tatsache der einen Welt als einem Verantwortungsraum gewinnen. Der Plausibilität dieser Metapher, mit der die »Welt« zum globalen Objekt wird, steht allerdings entgegen, dass wir in Wirklichkeit eben nicht auf einem Satelliten leben. Wir partizipieren

---

18 Peter Sloterdijk: Versprechen auf Deutsch. Rede über das eigene Land, Frankfurt/M. 1990, S. 57.

19 Ebd., S. 58.

allenfalls an einer künstlichen Optik. Wir können uns zwar vorstellen, von einem Satelliten auf die Erde zu sehen, aber diese Perspektive entspricht unserer Erfahrung gerade nicht. Sie zeigt zwar die Erde als wunderbaren oder verletzlichen Teil des Universums, verliert aber gerade das Spezifische des »menschlichen« Blicks, der im Unterschied zum Satellitenblick ungebrochen anthropozentrisch ist, auf Menschen zentriert, nicht beliebig, nicht neutral, von Menschen berührt, beeindruckt, abgestoßen oder verletzt: different und differenzierend statt indifferent. Die menschenleere, menschenferne Satellitenoptik erkennt weder Wirkung noch Ursache menschlichen Handelns und Fehlhandelns, weder Not noch Macht.

## 2. *Welt-Bürgertugenden*

Es heißt, mit der Globalisierung würden die idealen Vorstellungen vom idealen Staatsbürger mit seinen alten, oft genug ohnmächtigen Tugenden – Rechtssinn, Gerechtigkeits-sinn, Bürgersinn, Gemeinsinn, Zivilcourage, Toleranz – schleichend abdanken. Die globalisierte Welt erfordere neue Eigenschaften der Personen: Welt-Bürgertugenden, Weltgerechtigkeitssinn, Weltzugehörigkeitsgefühle, eine welt-bürgerliche Motivation<sup>20</sup>, also neue Dimensionen der politischen Moral, die das eigene Wohl zu Gunsten einer globalen Beheimatung zurückstellen und auf das kurzfristige Selbstinteresse verzichten kann. Manche Kritiker halten solche Forderungen für eine riesige Überforderung, für ein Hirngespinnst. Menschen sind zu klein für die »ganze Welt« und die Welt zu groß für die Menschen. Es gäbe nicht die Welt, sondern immer nur die mir zugängliche Welt, subjektive Bedeutungsräume, meine Welt, unsere Welt, subjektive Welten also, die allein ein Mensch mit Sinn und Interesse füllen könne. Die schwächliche, nahraumge-wohnte Moralität des Ichs könne die Ungerechtigkeit des Ganzen nicht tragen. Das menschliche Moralempfinden habe mit dieser Größenordnung nicht umzugehen gelernt. Das so genannte globale Bewusstsein mache Menschen somit auch nicht solidarischer, sondern verwandle die Bürger/innen lediglich in Beobachter/innen oder Tourist/innen, die die Welt wie einen gewaltigen Supermarkt oder ein endloses Museum durchmessen. Die Probleme der Menschen und die Realität der Machtverhält-nisse würden dabei gerade nicht näher, sondern in die Ferne rücken oder sich neu-tralisieren.

Die altväterische, in der Rechtsphilosophie geläufige Rede vom Gemeinsinn, Ge-rechtigkeits-sinn, bzw. Weltgerechtigkeits-sinn hilft jedenfalls kaum weiter, wenn man wissen will, was an der Beobachtung oder Behauptung dran ist, dass die transnationa-len Bewegungen statt für individuelle und nationale Vorteile für globale Gerechtigkeit eintreten.<sup>21</sup>

---

20 Otfried Höffe: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, S. 335 ff.

21 Helga Braun/Dörthe Jung (Hg.): Globale Gerechtigkeit? Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats, Hamburg 1997.

Gibt es einen spezifischen »Sinn« – erst fürs Kleine, jetzt fürs Große – einen Weltgerechtigkeits Sinn, der ja alles in den Schatten stellen würde, was bisher nicht einmal Götter vollbracht haben? Ist dieser »Sinn« eine Eigenschaft, eine Disposition, ein mitgebrachter Kompass, der die, die ihn besitzen, einfach gerecht handeln lässt? Das Wort »globale Gerechtigkeit« suggeriert, dass ein Ganzes gemeint sein könne, Gerechtigkeit überall und für alle – ein hybrider Anspruch, der seine eigene Unglaubwürdigkeit vor sich herträgt, solange Gerechtigkeit nicht mal im Kleinen existiert.

### 3. Weltoffenheit

Etwas bescheidener ging die Aufklärung vor mehr als 200 Jahren ans Werk. Die politischen Grundfragen, die die Globalisierung für das Bewusstsein aufwirft, sind wesentlich älter als die Globalisierung der heutigen Ökonomie. Eine dieser Grundfragen steckt in dem Wort Weltoffenheit. Weltoffenheit wurde von Kant als *erweitertes Denken* definiert, als Fähigkeit sich gedanklich in andere Perspektiven hineinzusetzen, den eigenen – egozentrischen und ethnozentrischen – Standpunkt zu relativieren und so zu gerechteren Urteilen zu kommen. Im Weltbegriff des ausgehenden 18. Jahrhunderts tauchte der Gedanke des *Anderen* auf, zum einen in Form der Zusammenhänge menschlichen Handelns, des Bewusstseins, dass »Ich« und »Ander« voneinander abhängig sind – Kant: »Rechtsverletzungen an einem Platz der Erde werden an allen anderen gefühlt«<sup>22</sup> –, zum anderen in Form der moralischen Forderung, Fremdes als gleichwertig anzuerkennen, Weltoffenheit also als gleichberechtigte Haltung gegenüber den sog. Anderen zu praktizieren. Entsprechend der Idee, Menschen diese Offenheit zuzumuten und zuzutrauen, begriff man die Bürger eben nicht als regionale Tiere, die nur erfassen können, was sie mit ihren eigenen Wahrnehmungswerkzeugen erkunden, sondern hielt sie für »natürlich« fähig, kraft Vernunft und Vorstellungsfähigkeit den Radius der eigenen Erfahrung und die Grenzen des eigenen Verantwortungshorizonts zu erweitern. Es handelt sich um die ständig neu geforderte Fähigkeit zu lernen, was in der jeweiligen Zeit zum Menschenmöglichen gehört.

In der heutigen globalisierten Welt hat sich der politische Gedanke der Weltoffenheit mit höchst konkreten Inhalten gefüllt, und in seine frühere philosophische Pauschalität führt kein Weg zurück, in jene Abstraktheit, die nicht fragte, wer die zu respektierenden Anderen eigentlich sind: Auch Nicht-Europäer? Auch Fremde? Auch Frauen? Auch Schwarze? – Alle.

Heute kommt niemand um die konkreten Anderen innerhalb und außerhalb des eigenen Territoriums herum. Vor allem aber: Die Vorstellung, dass es sich um »An-

---

22 Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, VIII, S. 360.

dere« im Unterschied zu »uns« handele, wird selbst als Konstrukt durchschaubar und die Kategorisierung in »Menschen wie wir« und »keine Menschen wie wir«<sup>23</sup> als eine Voraussetzung des Rassismus. Eurozentrische Perspektiven erhalten Widerspruch durch diejenigen, die durch sie vereinnahmt oder ausgeschlossen werden. Das wiegt heute schwerer. Es gibt keine Rechtfertigung mehr für die freie Wahl, die sog. Anderen mitzudenken oder nicht mitzudenken, sondern sie sind da, Menschen »wie wir«. »Die Welt« als Raum selbstverständlichster Bedeutungsverleihung durch die Dominanzkulturen, diese reduzierte Weltsicht kann sich angesichts der Gewaltgeschichten durch nichts mehr legitimieren. Eine ernst gemeinte Kritik an dieser Geschichte macht zur Ausschließung unfähig<sup>24</sup>.

#### 4. Mündigkeit

Was sich damit auch verändert, ist der Inhalt des Wortes *Mündigkeit*, ein weiterer Grundbegriff der Aufklärung. Mündigkeit hieß ja zunächst soviel wie: Für sich selbst sprechen können, statt von anderen besprochen, also beherrscht zu werden. Wer aber dieses »selbst« ist und für wen er spricht, wenn es mündig ist, hängt davon ab, wo und wie und mit wem es sich verortet, wie eng und monologisch oder wie ausgedehnt und heterogen also der Horizont des Bewusstseinsraums ist. Sprechen wir also, wenn wir mündig sind, für »uns« aus den vertrauten vier Wänden heraus, oder sprechen wir aus der Perspektive jenes Zusammenhangs, in dem die sog. Anderen präsent bleiben? Wie kann dieses Selbst weltfähig werden und die Mündigkeit sich globalisieren in dem Sinne, dass sie sich nicht nur auf die Regieleistung gegenüber dem eigenen Leben und den der jeweiligen Wirs bezieht?

Der Prozess des Mündigwerdens ist ja keine bloße Leistung des Intellekts, sondern ist die unbequeme Entscheidung zur Selbstständigkeit, zum Selbstdenken und -handeln. Dieser Prozess verlangt nicht nur das Bewusstsein, da zu sein, sondern darüber hinaus auch die Bejahung der Tatsache, da zu sein<sup>25</sup>, d. h. da sein zu wollen, denn ohne diese Bejahung würde es ja keinen Sinn machen, überhaupt selber zu sprechen und sich damit in den Lauf der Dinge, der menschlichen Angelegenheiten einzuschalten. Das Bewusstsein, in der Welt der Verschiedenen und Gleichberechtigten zu leben und diese Tatsache zu bejahen, damit auch die eigene Mündigkeit zu bejahen, bedeutet, die Verantwortung für alles, was daraus folgt, dass ich in dieser Welt der Verschiedenen bin, zu übernehmen. Mündigkeit heißt damit nicht mehr, ich spreche

---

23 Richard Rorty: Menschenrechte, Rationalität und Gefühl. In: Stephen Shute/Susan Hurley (Hg.): Die Idee der Menschenrechte, Frankfurt/M. 1993, S. 144 ff.

24 Zygmunt Bauman: Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg 1992, S. 311.

25 Peter Sloterdijk: Weltfremdheit, Frankfurt/M. 1993, S. 281.

für mich, wir sprechen für uns, sondern heißt, die Tatsache der Anwesenheit Anderer zu bejahen und für diese Anwesenheit zu sprechen.

### 5. Ende der Reinheitsutopien

Diese Position steht in krasser Opposition zu den Visionen der gesellschaftlichen Reinheit, die die Moderne angetrieben und schließlich das 20. Jahrhundert in Atem gehalten haben und die den Kern ihrer politischen und moralischen Katastrophen ausmachen<sup>26</sup>. Für das Erreichen der utopischen Zielorte sollten andere Menschen als die vorhandenen geschaffen werden. Das schlecht Bestehende einschließlich seiner unzulänglichen Menschen musste somit umgestaltet, weggeschafft werden. Es war der alte Traum, dass das Leben und dass die Menschen anders sein sollten als sie sind. Der militante Optimismus, den die utopischen Antworten auf die Übel der Gegenwart brauchten, wurde zum Machbarkeitsoptimismus, der die Ausschaltung der Unpassenden und die Eliminierung der Überflüssigen in die Tat umsetzte. Die Visionen von einer Welt ohne Widersacher und ohne ›Fremde‹, eine Welt ohne Schmutz<sup>27</sup>, setzten sich um als Utopien der Säuberung, mit denen eine rassenreine oder klassenreine Welt hergestellt und die Nichtzugehörigen zum zu entsorgenden Abfall wurden.

Wie erwähnt findet diese Entsorgung heute auf anderem Wege statt. Die Frage ist, inwieweit ein Bewusstsein, das die lokalen und ideologiegeleiteten Grundannahmen und den verfügbaren Wissensvorrat von den sog. Anderen – auch von denjenigen, die aus der globalisierten Welt herausfallen – in Frage stellt, Konsequenzen aus den Schreck-Erfahrungen des 20. Jahrhunderts ziehen kann, die Konsequenz nämlich, dass die Welt nicht menschlich wird, wenn sie von den Unpassenden gesäubert werden soll. Globalisiertes Bewusstsein könnte sich dann in der Überzeugung zeigen, dass wir *Wege mit den vorhandenen Menschen* finden müssen. Das bedeutet Abschied von den heilen Projekten, die viele weiterhin wie einen Phantomschmerz mit sich herumtragen. Gerechtigkeit ist kein Endzustand, sondern manifestiert sich in Akten des Aufdeckens und Bekämpfens von Ungerechtigkeiten. Die Wege sind nur in einem ständigen Prozess der Ungewissheit, der Selbstkritik und Unzufriedenheit mit bereits Erreichtem, der öffentlichen Urteils- und Meinungsproduktion zu finden. Der Ausgang ist offen, den Endpunkt kennen wir nicht. Das zu akzeptieren verlangt ein Minimum an Vertrauen in die Fähigkeiten von Menschen in der gegenwärtigen heruntergewirtschafteten und gefährdeten Welt. »Sobald die Idee der Gerechtigkeit und die der Selbstbestimmung einmal erfunden sind, ist es unmöglich, sie zu vergessen. Sie werden uns bis zum Ende der Welt verfolgen und bedrängen«<sup>28</sup>.

---

26 Christina Thürmer-Rohr: Alptraum Utopie. In: FAMA, 15. Jg., 4/1999, S. ff.

27 Zygmunt Bauman: Unbehagen in der Postmoderne, Hamburg 1999, S. 14 ff.

28 Zygmunt Bauman: Ansichten der Postmoderne, Berlin 1995, S. 262.

## 6. Handlungsraum und Öffentlichkeit

Der Begriff »Welt« ist in der politischen Theorie nicht eindeutig definiert. Ein Vorschlag lautet, »Welt« als öffentlichen Raum zu verstehen, in dem die verschiedenen Menschen zusammen sprechen und zusammen handeln können. Die Welt ist nicht schon da, kein konkretes Ding, sondern entsteht in der Öffentlichkeit des Sprechens über sie. Welt ist das, was zwischen den Menschen liegt, das Dritte, das ihnen gemeinsam ist oder werden kann und das sie von den verschiedenen Standorten aus zu ihrer Sache, zum Gegenstand ihres Interesses und Veränderungswillens machen. Welt ist also nicht um mich oder um uns herum wie ein Zelt, sondern zwischen uns, sie kann überhaupt erst mit dem Zusammenkommen verschiedener Sichten entstehen<sup>29</sup>. »Eine gemeinsame Welt verschwindet, wenn sie nur noch unter einem Aspekt gesehen wird«<sup>30</sup>. Welt ist hier ein Handlungsraum, der Gemeinsamkeit erzeugt, ohne Gemeinschaft zu sein<sup>31</sup>.

Die heutige Ortlosigkeit der Gemeinschaft könnte diese Gemeinsamkeit des Dritten, der Welt stärken. Die Tatsache, dass es abschließbare Regionen und Räume kaum noch gibt und schon die bloße Vorstellung von der Möglichkeit solcher Abschließungen verschwindet, schafft nicht Gemeinschaft im Sinne der Übereinstimmung, Einigkeit und Einheit, viel mehr wird die Differenz sichtbarer denn je und prallen Gegensätze der Kulturen, Religionen, Ethnien, der Macht und Ohnmacht direkt aufeinander. Damit verliert auch das westliche Lebensmodell seine scheinbare Unwidersprechbarkeit und werden westliche Werte zur Floskel, wenn sie sich als Werte zu Gunsten des Westens entlarven. Das bedeutet, dass die monologische Grundhaltung der Moderne den Rest ihrer Überzeugungskraft verliert und der Dialog zwischen den verschiedenen, kontroversen, abweichenden Perspektiven eine neue Qualität, neue Notwendigkeit, Zwangsläufigkeit und Veränderungskraft bekommen kann. Die Verschiedenheiten der Menschen können sich zu einer multiperspektivischen *Welt* zusammensetzen, wenn die Verschiedenen ihre Angelegenheiten zum gemeinsamen Gegenstand machen und ein Gespräch in Gang bringen, welches die Grenzen des jeweiligen unmittelbaren Umfelds überschreitet, zum Nachdenken anregt und das Denken selbst verändert. Die »lebendige Menschlichkeit eines Menschen nimmt in dem Maße ab, in dem er auf das Denken verzichtet und sich den Resultaten, den bekannten und unbekanntenen Wahrheiten anvertraut und sie ausspielt als seien sie Münzen, mit denen man alle Erfahrungen begleichen kann«<sup>32</sup>.

---

29 Hannah Arendt: Was ist Politik, München 1993; dies.: Gedanken zu Lessing. Von der Menschlichkeit in finsternen Zeiten. In: Menschen in finsternen Zeiten, München 1989, S. 17-48.

30 Hannah Arendt: Vita Activa oder: Vom tätigen Leben. München 1981, S. 57.

31 Rahel Jaeggi: Welt und Person. Zum anthropologischen Hintergrund der Gesellschaftskritik von Hannah Arendt, Berlin 1997, S. 49 ff.

32 Hannah Arendt: Gedanken zu Lessing, S. 25.

## 7. Die innere Bevölkerung

Mit Denken ist hier kein intellektueller Akt und kein Privileg bestimmter Berufsgruppen gemeint, sondern der Niederschlag der Dialog-Erfahrung auch in den Personen, im Bewusstseinsraum. Denken ist ein stummer Dialog, der andere Perspektiven in Betracht ziehen kann, in dem also das Ich sich selbst als plurales Gebilde erfährt<sup>33</sup>, das auch im Denken seine Gegenüber nicht verliert. Es ist somit also auch nicht im Einklang mit sich selbst. Denken ist das Gespräch mit inneren Gefährten, die Auseinandersetzung mit einer inneren Bevölkerung oder einem anderen Parlament. Es sind relevante Andere, konkrete Andere oder generalisierte Andere, die wir in uns selbst versammeln und damit unseren Aufenthalt in der Welt sichern. Diese internen Anderen werden zu dauernden Fragestellern, zu kritischen Begleitern, Zweiflern, Zeugen, Fluchtverhinderern, zu Bremsern der bedenkenlosen Vorurteile und des ständigen Weiter-so. Sie können damit die Kriterien des eigenen Urteilens verändern. Auch die Anderen der inneren Bevölkerung, diese Verschiedenen müssen sich verständigen, aber nicht einigen. Sie bilden keine Einheit, keinen Singular, sofern es gelingt, sie nicht einem Selektionsprozess zu unterwerfen, der die wieder nach eigenen eindimensionalen Maßstäben egalisiert. Gedankenlosigkeit und Nicht-Denken ist gleichbedeutend mit der Abwesenheit Anderer, anderer Realitäten, anderer Erfahrungen im eigenen Bewusstsein. Diese innere Bevölkerung wird damit zum anderen Wort für die Stimme des Gewissens. Gedankenlosigkeit ist nicht Dummheit, sondern Gewissenlosigkeit.

## 8. Anfreundung mit der Welt

In den Fragen nach dem »globalen Bewusstsein« geht es letztlich immer wieder um eine Kernfrage, ein virulentes Thema: die Anfreundung mit der Welt. Sie drückt sich nicht in dem immer misslingenden Anspruch aus, alle Menschen zu lieben, »die Welt« zu umarmen und in allen Brüder oder Schwestern zu sehen, sondern sie erweist sich zunächst in dem Versuch zu verstehen, dieser nicht endenden Tätigkeit, »durch die wir versuchen, in der Welt zu Hause zu sein«<sup>34</sup>. Das bedeutet bereit zu sein, die Welt mit den anderen Menschen zu teilen<sup>35</sup> und weder das Recht zu beanspruchen noch anderen zuzugestehen, jemals entscheiden zu können, wer die Erde bewohnen soll und wer nicht<sup>36</sup>. Freundschaft zur Welt als Sorge um die von verschiedenen

---

33 Dies.: *Vom Leben des Geistes 1: Das Denken*, München 1989, S. 179 ff.

34 Dies.: *Verstehen und Politik*. In: *Zwischen Vergangenheit und Zukunft*, München 1994, S. 110.

35 Dies.: *Gedanken zu Lessing*, S. 41.

36 Dies.: *Eichmann in Jerusalem – Ein Bericht von der Banalität des Bösen*. München 1986, S. 329.



Menschen bewohnte Welt bedarf eines Interesses, das die Welt zum Gegenstand des dauernden Gesprächs macht, durch das die Welt erst menschlich wird<sup>37</sup>. Sie wird zum Trümmerfeld, wenn dieses Interesse verschwindet. Das mag für manche enttäuschend klingen, weil es so aussieht als sei das wenig. Die Anfreundung erfolgt ohne schwärmerische, besserwisserische oder siegesgewisse Geste. Sie ist nüchtern und geht davon aus, dass es die eine Wahrheit nicht geben kann, sie empfindet sogar Freude, dass es sie nicht gibt und dass unendliche Gespräche das einzige ist, was verbinden, trennen, konfrontieren, klären, verstehen und Realität begreifen kann. Was sich hier zeigt ist ein gesteigertes Realitätsbewusstsein<sup>38</sup>, das einer »Freundschaft« entstammt, die sich nicht beirren lässt, nicht einmal dadurch, dass der Mensch an der Welt zu Grunde gehen kann<sup>39</sup>. Aber nicht um diese mögliche Ausweglosigkeit geht es, sondern darum, so etwas wie Heimat zu schaffen, und die Voraussetzungen für das Wohnrecht aller – durch das Recht, Rechte zu haben.

Die Frage bleibt unbeantwortet, was die Kehrseite der Globalisierung hervorbringen kann, inwieweit sie dazu beiträgt, dass sich Toleranz in Solidarität verwandelt<sup>40</sup>. Die Politik der Kampagnen und wechselnden Bündnisse ist es, die bewiesen wird, inwieweit und bei wem es zutrifft, dass »wir unvermeidlich moralisch sensibler« werden, dass außerdem die bestehenden Institutionen kaum als Vehikel dieser Sensibilisierung dienen, sondern sie eher blockieren<sup>41</sup>.

---

37 Dies.: Gedanken zu Lessing, S. 41.

38 Ebd., S. 20.

39 Ebd.

40 Zygmunt Bauman: Unbehagen in der Postmoderne, S. 113.

41 Ebd., S. 118.

## Krieg heißt immer: Gewalt gegen Frauen

Die schwarze deutsche Sängerin Fasia Jansen und ich waren und sind seit über 40 Jahren an internationalen Aktionen der Friedensbewegung beteiligt, darunter an sehr vielen Frauenfriedensaktionen. Wir stellten fest, dass die Aktivitäten der Frauen so gut wie gar nicht dokumentiert sind. In der etablierten Friedensforschung kommen Belange von Frauen wenig vor. Aus Zorn darüber haben Fasia Jansen und ich 1990 das Internationale Frauenfriedensarchiv gegründet. Wir sammeln Fotos und Filme, Dokumente, Bücher, Gegenstände, Kunst, Musik, Plakate usw. Nach dem Tod von Fasia Jansen 1997 als Spätfolge der von den Nazis an ihr verübten medizinischen Experimente ist das Archiv in Ehrung ihres lebenslangen Einsatzes für Frieden nach ihr benannt worden. Wir versuchen, die Traditionen unserer Schwestern von gestern und heute aufzuspüren, das Vergessene und Verschwiegene ans Tageslicht zu holen, zu dokumentieren.



Frauen leisten laut UNO über 60 Prozent der Friedensarbeit in der Welt. Sie stehen in einer langen Tradition des Widerstandes gegen den Krieg und darin, seine Logik zu durchbrechen und den Frieden vorzubereiten.

Wir leben in Zeiten, in denen jeder Teil unseres Lebens durch Gewalt bestimmt ist. Es gibt keinen sicheren Ort. Gewalt gibt es zu Hause, bei der Arbeit, in unseren Vorstellungen. Gewalt wird propagiert über die Medien, Computerspiele, Gewaltpornografie. Alle Form von Gewalt stehen in einem Zusammenhang. Die Absichten, die Vergewaltigung hervorbringen, sind dieselben, die Kriege erzeugen und uns an den Rand der globalen Vernichtung gebracht haben.

Die Gewalt, die sich durch die ökonomischen Interessen der reichen Länder im Zusammenhang mit der Globalisierung entwickelt, ist wie eine Krake, die immer mehr Menschen, Länder und die Natur erfasst. Allein im letzten Jahr sind wieder 200 Millionen Menschen mehr unter das absolute Existenzminimum gefallen. Zur Durchsetzung der ökonomischen Interessen eines kleinen Teils der Menschheit kommt es zu immer grauenvolleren Kriegen. Etwa 80 Prozent der Opfer in Kriegen sind Frauen und Kinder. Das ist so von Nordirland über Palästina, Afghanistan, dem Kosovo, in Tschetschenien bis in den Sudan und Kolumbien.

Wir sind Opfer und Täterinnen. Wir werden als Begründung für die Rechtfertigung von Kriegen benutzt. Scharping sagt im Stern: Er habe ein gutes Gewissen mit der Bombardierung, seine Töchter seien auch dafür. Michael Steiner, außenpolitischer Berater von Schröder sagt uns bei einem Gespräch in Bonn: Er habe im Bosnienkrieg mit vielen vergewaltigten Frauen gesprochen. Im Kosovo müssen Vergewaltigungen verhindert werden. Darum müsse die NATO bomben.

## **Vier Formen des Krieges und der Gewalt**

*Die erste Form des Krieges und der Gewalt, der täglich die meisten Menschen zum Opfer fallen, ist die mit der Waffe Hunger:* Es ist der Krieg der reichen Länder gegen zwei Drittel der Welt, gegen fremde Völker.

Hiermit sind vor allem Frauen in der Dritten Welt, zunehmend auch in den früheren sozialistischen Ländern konfrontiert. Die Frauen in Afrika bezeichnen den Hunger als Waffe. Sie haben uns bei den Weltfrauenkonferenzen gesagt: Ja, die Waffen, von Atomwaffen bis zu den Landminen, töten. Oft schnell. Aber die Waffe, die gegen uns eingesetzt wird, tötet langsam, aber permanent: Der Hunger. Sie verursacht, dass wir trotz harter Arbeit nicht ausreichend Nahrung und Wohnungen für unsere Kinder und Familien heranschaffen zu können. Die Folge: 40 000 tote Kinder täglich durch Hunger und den Mangel an Medizin.

Bei dem Erdbeben, das 1999 in der Türkei 40 000 Tote gefordert hat, war der Zustand offensichtlich, weil es die Menschen in einer Region betraf. Würden die 40 000 Kinder, die pro Tag sterben, an einem Ort sichtbar werden, würden wir vielleicht realisieren, welches Verbrechen wir täglich begehen oder zulassen.

*Die zweite Form des Krieges und der Gewalt ist gegen die Natur gerichtet.* Um alle Formen aufzuzählen, die zur Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts, zur Ausrottung von Pflanzen- und Tierarten, zur Verseuchung durch Atomkraft, Atombomben und Chemiegifte, zur Vernichtung der Wälder, zur Verseuchung von Luft, Wasser, Erde sowie von Pflanzen, Tieren und Menschen, allem Lebendigen also, führen, würden wir Tage brauchen.

Bei allen Aktionen, die Frauen weltweit gegen Krieg gemacht haben, sind wir unvermeidlich auf den Krieg gegen die Natur gestoßen. Ein Beispiel: Brustkrebs. Der weibliche Körper ist an bestimmten Stellen besonders empfänglich für Umweltgifte. Die Brust und die Muttermilch sind sehr schnell angegriffen. Frauen sind besonders von einer Krankheit betroffen, die weltweit zur Epidemie geworden ist, Brustkrebs. Jede achte Frau weltweit bekommt Brustkrebs. Bei der Erforschung der genauen Ursachen werden unserer Meinung nach noch nicht genügend die Zusammenhänge zwischen Umwelteinflüssen und dieser Krankheit berücksichtigt. Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen radioaktiver Niedrigstrahlung und der Krankheit sind noch am Anfang. Beim Internationalen Hearing über Brustkrebs in den USA sind jedoch die ersten erschreckenden Ergebnisse präsentiert worden.

Was das Problem der Atomtechnologie und der Umweltgifte in Kriegs- und Friedenszeiten angeht, sind vor allem Mütter zu Expertinnen geworden. Die Mütter aus Harrisburg, aus Tschernobyl, Gorleben, die Mütter der Kinder, die Leukämie dadurch haben, dass sie im Umkreis von Atomkraftwerken leben, die indianischen Mütter, die der Aboriginies, die aus Namibia, Kasachstan, China. Die Mütter, die im Umkreis der Uranminen oder in den Reservaten, wohin der giftige Industriemüll verschoben wird, leben. Die in den Ländern der Dritten Welt, wohin unser Giftmüll exportiert wird. Die Mütter im Umkreis von Militärbasen, die aufgelöst wurden und ihren Dreck hinterlassen haben. Frauen sind konfrontiert mit den Auswirkungen der Hinterlassenschaften einer ausschließlich am Profit orientierten Wirtschaft. Sie sind fast immer diejenigen, die die verletzten und kranken Angehörigen, vor allem Kinder, versorgen.

*Die dritte Form des Krieges gegen die Frauen ist die Alltagsgewalt.* Die weltweite Frauenbewegung hat das Phänomen der Gewalt gegen Frauen offen gelegt. Seit Mitte der siebziger Jahre gibt es Frauenhäuser. Häuser, in denen Frauen vor Gewalt Schutz suchen und finden. Der Charakter der Häuser ist unterschiedlich, in manchen Ländern geht es um Gewalt von prügelnden Männern an Frauen, in anderen Ländern sind die Häuser gleichzeitig Anlaufstelle für gefolterte Frauen. Es gibt Mädchenzentren für Mädchen, denen zu Hause Gewalt angetan wurde. Es gibt Beratungsstellen für Frauen, die vergewaltigt wurden. Ausbildungsprogramme sind für ÄrztInnen und Polizei entwickelt worden, die mit vergewaltigten Frauen umgehen. Vergewaltigung kann heute nicht mehr so einfach als durch die Frau selber provoziert abgetan werden. Dennoch sind die Dunkelziffern bei diesem Verbrechen enorm hoch.

In vielen Ländern gibt es noch keine Frauenhäuser, so z.B. in Russland: »In Russland sind 1998 nach Angaben des russischen Innenministeriums etwa 14 500 Frauen nach Misshandlungen durch ihren Lebenspartner gestorben. Das sind in einem Jahr

mehr tote Frauen als tote sowjetischen Soldaten in zehn Jahren Afghanistankrieg. Die häusliche Gewalt hat laut Innenministerium wegen der wirtschaftlichen Krise und der hohen Arbeitslosigkeit stark zugenommen. Galina Sillaste, Mitglied des Präsidentenrates für Frauen, Familie und Demografie kritisiert, dass der Staat keine Stellen für Opfer familiärer Gewalt unterstützt und dass Russland bis jetzt kein Gesetz hat, das Frauen vor der Gewalt schützt.« (Wir Frauen 3/99, S. 5)

Prostitution, Prostitutionstourismus, Pornografie, der Verkauf von Frauen und Kindern in die Bordelle der asiatischen, afrikanischen, europäischen und US-amerikanischen Staaten sind zu einem Riesengeschäft geworden.

*Die vierte Form des Krieges und der Gewalt ist der eigentliche Krieg, also ein Zustand, in dem es um die gewaltsame Durchsetzung von Interessen einer Gruppe über die der anderen mit Waffen geht.* Kriege werden um Ressourcen, aus ökonomischen und machtpolitischen Interessen geführt. Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es über 200 Kriege. Die Kriege der Gegenwart sind weniger Kriege zwischen Staaten als Kriege innerhalb der Länder. Die Kriege heutzutage sind vor allem langlebig. In den neunziger Jahren dauerte die Hälfte der Kriege länger als fünf Jahre, zwei Fünftel länger als zehn und ein Viertel länger als 20 Jahre. Offizielle Kriegserklärungen sind selten. In den meisten Kriegen heute werden vor allem »einfache« Waffen eingesetzt. Die meisten Toten sind Opfer von Bodenkämpfen. Seit dem Vietnamkrieg sind etwa 90 Prozent der Todesopfer Zivilbevölkerung, vor allem Frauen und Kinder.

Angebliche Gründe, aus denen die Kriege geführt werden, sind die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen und Vergewaltigungen, sind Befreiungen. Diese sind nicht identisch mit den wirkliche Kriegsursachen, sondern werden als Vorwand zur Kaschierung der ökonomischen und machtpolitischen Interessen benutzt.

Die High-tech Waffen sind vor allem im Golfkrieg und im Krieg gegen Jugoslawien sowie gegen den Irak eingesetzt worden. Sie sind als permanente Bedrohung und als permanentes Verschleudern von Bodenschätzen, Arbeitskraft und Intelligenz gegenwärtig. Das gilt sowohl für die ABC-Waffen aber auch für High-tech Flugzeuge, Laserwaffen usw. Die Waffen für Kriege werden in den Industrieländern produziert und von dort aus exportiert. In den Jahren 1993 bis 1997 sind Waffen für insgesamt 103 Milliarden US-Dollar exportiert worden: Die US-amerikanische Rüstungsindustrie hat ihren Anteil seit dem Fall der Berliner Mauer weltweit von 45 auf 62 Prozent gesteigert. Die NATO ist das reichste Militärbündnis der Menschheitsgeschichte. Das Jahresbudget der NATO betrug 1998 US-Dollar 378 700 000 000. Das entspricht DM 691 660 000 000 (1 \$ = 1,80 DM). Dieser Betrag würde dem Internationalen Frauenfriedensarchiv Fasia Jansen bei einem Budget wie 1998 von DM 221 000 für 2 551 632 Jahre reichen.

Die Strategie hat sich verändert, von der Verteidigung hin zu der Strategie, sich jederzeit den freien Zugang zu »unseren Ressourcen« zu garantieren. Wenn man das Treffen in Washington D.C. vom 23.-25. April 1999 genau beobachtete, so konnte man feststellen: Es war ein Treffen der alten und neuen Kolonialmächte: England, Frankreich, Spanien, Portugal, die Niederlande, Belgien, Italien, Deutschland, Kanada

und die USA. Die Länder, die die größten Völkermorde der Geschichte zu verantworten haben: die Vernichtung der UreinwohnerInnen Afrikas, Amerikas, Asiens, Australiens durch deren Versklavung und Ermordung und durch die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen dieser Länder.

Auffallend auch das Bild in Washington D.C.: Weiße, reiche Männer zwischen 50 und 80 Jahren alt. Kein Mensch mit dunkler Hautfarbe, keine Frau außer Frau Albright, die wir inzwischen umbenannt haben in Ms. Everdark. Gruppenbild mit Dame sozusagen. Mit ihrem Gipfel in Washington D.C. im April letzten Jahres hat die NATO sich die »demokratische Lizenz zum Töten« erteilt. Gleichzeitig wird die NATO, werden die Armeen hochstilisiert zu den jeweils größten humanitären Hilfsorganisationen. Es findet eine Ramboisierung statt. Der Begriff Ramboisierung stammt von Cynthia Enloe, einer amerikanischen Feministin, die ihn während des Golfkrieges prägte. Sie stellte nämlich fest, dass der Film Rambo für die amerikanische Nation, speziell für die Männer, eine wesentliche Rolle spielte, sie vom so genannten Vietnam-Trauma zu heilen, von der Einsicht nämlich, dass sie den Krieg gegen eine viel schwächere Nation verloren hatten. Außerdem kam dieser Film gerade rechtzeitig, um die jungen Männer und Frauen der US-Armee psychisch auf den Golfkrieg vorzubereiten.

Maria Mies ergänzt die Überlegungen: »Diese direkte Aufrüstung der jungen Männer bedeutet die Konstruktion der neuen männlichen Identität. Sie richtet sich nach dem Modell des Rambo, der sich selbst das Recht zum Töten nimmt, weil er die überlegene Waffe hat. Da Männer in den meisten der verarmten Länder nichts gesellschaftlich Nützliches mehr tun können, drückt man ihnen eine Kalaschnikow in die Hand. Dann sind sie wieder ›Männer‹. Bei den NATO-Soldaten in Jugoslawien ist es im Grunde nicht anders. In der globalisierten High-Tech-Wirtschaft gibt es auch für sie kaum noch was Nützliches zu tun. Die mikroelektronische ‚Revolution‘ macht sie mehr und mehr überflüssig. Was aber bleibt, ist der Krieg. Krieg schafft Arbeitsplätze und macht aus ›Knaben‹ ›Männer‹. Während der Bombardierungen war immer wieder die Rede davon, dass Deutschland nun durch die Teilnahme am NATO-Krieg ›erwachsen‹ geworden sei.«

Die Medien haben während des Krieges mit Jugoslawien die Köpfe der Jugendlichen erreicht. Bei vielen Diskussionen in diesem Jahr, die ich mit Jugendlichen geführt habe, ist mir Angst und bange geworden. Tarnanzüge sind modisch für Kinder geworden. Die blonde Barbiepuppe gibt es inzwischen auch als Soldatin der Bodentruppen im Tarnanzug, die Schwarze Barbie in der Uniform der Marines.

Und selbst LEGO. Die Dänen mit dem lieben Image und den bunten Noppensteinen. Schlagartig wird einem beim Blättern im LEGO-Katalog klar, die haben lange genug unter ihrem guten Ruf gelitten und wollen so schnell wie möglich weg von der pädagogischen Unbedenklichkeit. Im Katalog geht's zur Sache. Der tapfere Shogun jagt die schwarzen Ninja-Ritter mit echten Steinschleudern in die Flucht. Im Competition-Action-Park dürfen sich Siebenjährige Mann gegen Mann mit Kampfmaschinchchen beballern. Da haut es bei präzisen Treffern das gegnerische Lego-

Männchen glatt aus dem Cockpit. Wer mehr Horror mag, greift zum Bausatz 6969 mit dem Titel Hornet Protector, da ist alles drin für den Bau eines Monster-Insekts, das wie ein Kampfbomber aussieht. Und wo wir schon beim Bomben sind. LEGO macht jetzt Schluss mit den Verklemmtheiten einer verzopften Friedenserziehung. Die neue LEGO-Kampfparole lautet vermutlich: Aggressionen müssen raus aus einem Kind. Deshalb: Lasergeschütze rein ins Kinderzimmer. LEGO hat sich übrigens auch die Star-Wars-Rechte gekauft.

Ein wenig werden wir LEGO-KäuferInnen der alten Schule uns an neue Vokabeln gewöhnen müssen: Ein Sohn könnte etwa folgende Worte an seinen Vater richten: »Du hast gesagt, wenn ich eine Eins in Mathe schaffe, bekomme ich den Tie-Fighter mit Darth Vader. Ich will aber lieber den X-Wing Fighter mit Truppentransporter und Hangarpersonal. Und wenn Opa mir das Snow-Speeder-Lasergeschütz kauft, trage ich ihm die Einkaufstüten hoch ...«

So wird es klingen im Alltag der neuen Lego-Welt. Pädagogische Vorbehalte sind da ganz sinnlos und auch unzeitgemäß. Krieg bleibt ja immer ein Spiel – und solange die kleinen Nachwuchs-Scharpings und -Fischers auf der Seite der Guten und Gerechten stehen, sind Kampfhandlungen im Kinderzimmer absolut unbedenklich. Und lehrreich bleibt das Spielen allemal. Zum Beispiel: »Was ist ein Kollateralschaden? – Wenn ich mit der mobilen Steinschleuder des LEGO-Ninja-Kämpfers meinen arglos um die Ecke biegenden Hamster erwische.« (WDR 5, Morgenmagazin, 25.5.1999)

### **Die »unheilige Dreifaltigkeit«**

Die Grundlage der Gewaltentwicklung und -rechtfertigung bildet nach wie vor der militärisch industrielle Komplex. »Ich töte, also bin ich!« *Die »unheilige Dreifaltigkeit«; die drei »Säulen« des militärisch industriellen Komplex:*

- die Waffenkonstrukteure
- die Rüstungsindustrie (einschließlich der gesponserten FreundInnen in der Politik)
- die Armeen, die die Waffen anwenden (einschließlich des reichsten Militärbündnisses der Menschheitsgeschichte, der NATO)

»Unheilige Dreifaltigkeit« war schon länger unser Name für diese »Säulen«. Dann fanden wir eine Studie von Carol Cohn, einer US-Amerikanerin. Sie verbrachte einen Sommer mit männlichen Experten der Nuklearstrategie. Sie analysierte ihre Sprache und kam zu frappierenden Ergebnissen, die sich mit unseren Annahmen decken: »Die Erfinder der Atombombe nannten tatsächlich den ersten Versuch: Dreifaltigkeit, nach der Heiligen Dreifaltigkeit von Vater, Sohn und Heiligem Geist, »den männlichen Kräften der Schöpfung«. Die Männer, die heute die strategische Doktrinen ersinnen, nennen sich selbst »die nukleare Priesterschaft« ... Die gesamte Geschichte des

Bombenprojektes ist durchdrungen von Bildern, in denen die überwältigende Macht der Naturzerstörung mit der Macht des Erschaffens verwechselt wird.«

»Cohn fand, dass die Werbeanzeigen für neue Waffen im Air Force Magazine es in puncto Männerängste und -phantasien mit dem Playboy aufnehmen konnten. Waffen werden in der Werbung als ›große Prügel‹ oder ›penetrators‹ angepriesen oder wegen ihrer ›Macht‹ ›einen Krater zu reißen‹, gerühmt.« (Carol Cohn: In the rational World of Defense Intellectuals, zitiert nach Marilyn French: Der Krieg gegen die Frauen, Hamburg 1992, S. 203 ff.) Im Vietnamkrieg entstand der Slogan: »This is my rifle, this is my gun, one is for killing and one is for fun.« – »Dieses ist meine Waffe, dieses mein Schieß Eisen, das eine macht Kinder, das andere Waisen.« (freie Übersetzung)

### *Waffenkonstrukteure*

Zum Beispiel Sam Cohen – Beruf: Erfinder von Atomwaffen, u.a. der Neutronenbombe: »Ich bin ein Mensch, der ein einigermaßen alltägliches Leben geführt hat, zumindest äußerlich. Durch reinen Zufall bin ich während des Kriegs in Los Alamos (Atomforschungszentrum) gelandet. Es hat mich fasziniert, ich bin dabei geblieben und mache es jetzt schon vierzig Jahre. (»Es« sind Atomwaffen). Das ist all die Jahre mein Beruf gewesen. (Ich habe) die Idee mit der Neutronenbombe ausgeheckt und noch allerhand weitere Konzepte, ... ich hatte großen Spaß damit. Noch einmal, wenn ich mich als Mensch einschätzen soll, ich hatte nie irgendwelche Bedenken. Rein verstandesmäßig rechtfertige ich die Faszination, die Atomwaffen auf mich ausüben, indem ich mir sage, sie sind wichtig für die Sicherheit meines Landes, und deshalb muss man keine Bedenken haben. Wenn ich in mich hineinschaue, wüsste ich nicht, was ich sagen sollte – ich habe es getan, weil ich es wollte.« (Zitiert nach: Robert del Tredici, Unsere Bombe Frankfurt/Main 1988, S. 160)

### *Waffenproduzenten*

Und wie sieht der Menschenfresser eigentlich aus?

Auf einem Foto aus dem Hause Rheinmetall  
zähle ich fünf Lebewesen und fünf Geschosse  
Die Lebewesen sind mit Anzug, weißem Hemd und Schlips bekleidet  
daraus entnehme ich, dass es Männer sind  
Ihr Haarwuchs rangiert zwischen noch voll, gelichtet und dünn  
daraus entnehme ich, dass sie zwischen Ende Dreißig und Mitte Fünfzig sind



Alle bis auf einen haben die oberen Schneidezähne entblößt  
daraus entnehme ich dass sie ein gutes Geschäft abgeschlossen haben  
Alle halten mit der Rechten oder mit beiden Händen  
die von ihnen produzierten Waffen innig stolz oder kumpelhaft fest  
daraus entnehme ich, dass sie Waffen lieben  
Der innigen stolzen oder kumpelhaften Bewegung entnehme ich außerdem

dass sie gern einen bombenhaften Penis hätten  
Alle hier sichtbaren Repräsentanten des Rüstungskonzerns  
(mit Ausnahme des nicht Lächelnden der den Mund dümmlich offen hält)  
wirken dynamisch, genau und entschlossen auf mich  
Daraus entnehme ich dass sie mein deutsches Schicksal lenken werden  
wie bereits zweimal in diesem Jahrhundert  
sofern wir sie nicht entmachten.

*Dorothee Sölle*

### *Waffenanwender*

»Dann, gerade als es so aussah, als hätte sich das Ding in einem Dauerzustand eingerichtet, schoss aus der Spitze ein gigantischer Pilz hervor, der die Säule auf insgesamt 15 000 Meter anwachsen ließ. Die Spitze des Pilzes war noch lebendiger als die Säule selbst, sie kochte und brodelte in einer weißen Raserei aus cremigem Schaum, stieg zischend nach oben, um schließlich zur Erde zu stürzen, wie tausend Geysire, die sich in einen einzigen ergießen.« (William L. Laurence, Die Geschichte der Atombombe. Dämmerung über Punkt Null, München 1952, zit. nach French, a.a.O. 208)

### **Krieg bedeutet immer: Vergewaltigung, Gewaltausübung am Körper der Frauen**

Über Vergewaltigung in Kriegen haben Frauen seit Mitte der siebziger Jahre weltweit Veröffentlichungen gemacht. Hervorzuheben ist die Analyse von Susan Brownmiller: »Gegen unseren Willen, Vergewaltigung und Männerherrschaft«, in der sie die Systematik von Vergewaltigungen in Kriegen beschreibt. Helke Sander hat in ihrem dreistündigen Film »Befreier und Befreite« filmisch und dokumentarisch die Analyse äußerst sensibel vervollständigt. Während des Krieges in Bosnien war es zum ersten Mal in der Geschichte möglich, dass innerhalb von kurzer Zeit Massenvergewaltigungen öffentlich gemacht werden, internationaler Protest und Hilfe für die traumatisierten Frauen organisiert werden konnten.

Vergewaltigung durch die Sieger hat kaum etwas mit dem Ausleben aufgestauter Lust zu tun, das wäre eine Verharmlosung dieses Kriegsverbrechens. Vergewaltigung

ist kein aggressiver Ausdruck von Sexualität, sondern ein sexueller Ausdruck von Aggression. Frauen sollen mit Gewalt gedemütigt und unterworfen werden. Der Krieg liefert den Männern den Rahmen, um ihrer Verachtung für Frauen Luft zu machen. Mit der Gewaltausübung am Körper der Frau wird der besiegte »Feind« noch einmal besiegt. Die Vergewaltigung und Inbesitznahme von Land hat identische Wurzeln mit der Vergewaltigung und Inbesitznahme des Körpers der Frau.

Vergewaltigungen gab es in allen Kriegen. Aber nicht nur in Kriegen. Es gibt eine Untersuchung, dass in der US-Armee 80 der dort dienenden Frauen von ihren männlichen Soldatenkollegen, häufig den Vorgesetzten, sexuell belästigt oder vergewaltigt wurden. Bis heute sind Prozesse gegen Vorgesetzte in der Armee äußerst schwierig. Eine Offizierin ist aus der Armee ausgeschieden, um einen Musterprozess führen zu können. Die Frauen, die gegen die sexuelle Gewalt im US-amerikanischen Militär vorgehen, haben sich jetzt mit den Frauen aus den Philippinen und Japan zusammengesetzt, die Prozesse wegen Vergewaltigung durch US-Soldaten im Umkreis der Militärbasen führen.

Im Frauenfriedensarchiv haben wir immer wieder Gäste, Frauen aus Kriegszone. Im Herbst letzten Jahres hatten wir u. a. Gäste aus Russland und Tschetschenien, die russischen und tschetschenischen Soldatenmütter, die versucht haben, ihre Söhne aus dem Krieg zurückzuholen. Es ist nahezu unvorstellbar, was diese Frauen auf sich genommen haben. Die russischen Frauen sind mit Bussen gefahren, gelaufen, in die Frontlinie gekommen. Das Land der tschetschenischen Frauen ist zerstört worden. Gerade jetzt zum zweiten Mal, endgültig. Als sie, in Kellern und Bunkern sitzend, in den Nachrichten hörten, dass russische Frauen auf dem Weg nach Tschetschenien waren, um ihre Söhne, die – 18-jährig – Kriegsdienst leisten mussten, zurückzuholen, trauten sie sich vorsichtig aus den Kellern heraus; sie wollten die russischen Frauen sehen. Und das eigentlich Unvorstellbare geschah: Die Frauen aus den sogenannten »Feindesländern« sprachen miteinander, stellten fest, dass Mütter aus beiden Ländern ihre Söhne zurück haben wollten. Sie arbeiten seitdem zusammen. »Wir sind aus einem Bergvolk«, sagen die Frauen, »wir weinen nicht. Sollen die Berge weinen.«

Wir trafen uns mit der weltweiten Initiative der Frauen in Schwarz im Herbst in Montenegro. Die Frauen in Schwarz sind eine Gruppe von Frauen in verschiedenen Ländern, die sich zur Aufgabe gemacht haben, kontinuierlich in ihrem Land gegen jede Form von Gewalt und Krieg zu protestieren. Dunja Hadziomerspahic, eine Frau aus Belgrad sagte uns: »Meine Großmutter hat in der Zeit des ersten Weltkrieges dafür gekämpft, dass Frauen Zugang zu Schulen und Ausbildung haben können. Meine Mutter kämpfte in der Zeit des Zweiten Weltkrieges dafür, dass Frauen wählen und politisch arbeiten durften. Mit diesem Krieg verlieren wir alles.«

## Frauen ins Militär

Und nun sollen wir Frauen das letzte »Berufsverbot« für Frauen durchbrechen und auch in die Armee gehen, uns die Institutionen der Gewalt erobern, wie die Militärsoziologin Ruth Seifert sagt, und sie versteht das positiv. Auf dem Wege zur Gleichberechtigung sind wir einen großen Schritt vorangekommen! Endlich sollen wir, wie Alice Schwarzer das schon lange fordert: »Das Recht bekommen, zu töten und zu sterben«. Herzlichen Glückwunsch! Als seien nicht genug Frauen in Kriegen gestorben.

Die ganze Debatte um Frauen ins Militär wird auf der Ebene formaler Gleichheitsvorstellung geführt. Sie wird unter totaler Abstraktion der Inhalte, womit wir denn gleich werden sollen, geführt. Der Inhalt dieser Gleichheit heißt: Krieg und nicht Karriere von einigen Frauen und Männern in den reichen Ländern.

Bei den Kriegen heute sind 80 bis 90 Prozent der Ermordeten Frauen und Kinder. Sind die Frauen irrsinnig geworden, sich jetzt auch dazu ausbilden zu lassen, dem Vaterland zu dienen und Frauen und Kinder anderer Länder abzuschlachten? – Damit ganz klar ist: Ich bin genau so gegen Männer im Militär! Ich bin Pazifistin und für die Abschaffung des Militärs.

Wir sollen der Ramboisierung einen weiblichen Touch geben, dem großen Bruder USA folgen. Wie glücklich können doch die Frauen in den USA sein, wo sie nahezu uneingeschränkt Zugang zum Militär haben! Dass sie beteiligt sein durften in Korea, Vietnam, in El Salvador, in Grenada, auf den Philippinen, im Golfkrieg, im Krieg gegen Jugoslawien. Überall dort, wo die US-Armee ihre großen Heldentaten im Namen von Freiheit und Demokratie vollbracht hat. Vielleicht dürfen wir dann auch als Militärärztinnen in den Foltergefängnissen anderer Länder sitzen und testen, wie lange die Folteropfer aushalten können oder die Ausbildungslager von Antiguerrillaeinheiten leiten, von der US-Armee als School of the Americans in Georgia eingerichtet. Weibliche Soldaten dürfen sicherlich auch die Atombombentests in Nevada begleiten.

Fordern wir bei dieser Vorstellung von gleichen Rechten auch Bordelle, in denen weibliche Soldaten sich mit Männern, Frauen und Kindern als Zwangsprostituierten vergnügen, rund um die Militärbasen in aller Welt? Was für eine perverse Vorstellung von Gleichheit. Wenn schon Gleichheit, dann sollen sich die Männer an uns orientieren, keine Frau, kein Mann in die Armeen! *Emanzipation heißt nicht die Nachahmung männlicher Dummheit.*

Die Zapatistas in Chiapas haben einen Satz geprägt: Ya basta! Es reicht! Wir möchten im Jahr 2000, das von der UNESCO zum Jahr der Kultur des Friedens erklärt worden ist, eine große internationale Frauenveranstaltung, ein Tribunal zu den verschiedenen Formen von Kriegen, die zur Zeit toben, machen. Wir wollen das Treffen Peking plus 5 nutzen für einen Weltmarsch der Frauen gegen Armut. Von da aus werden wir weitere Strategien entwickeln, um gegen diesen Kriegswahnsinn zu mobilisieren.

Wir haben beschlossen: Wir lassen uns als Frauen

- nicht mehr für Krieg instrumentalisieren, nicht in Kriegsstrategien einplanen,
- nicht als Mütter, nicht als Opfer, nicht als diejenigen, die die Wunden heilen sollen, für die wir nicht verantwortlich sind,
- nicht als humanitäre Helferinnen missbrauchen.
- Unsere Mit-Leidensfähigkeit, unser Mit-Gefühl stehen nicht mehr zur Verfügung.
- Wir werden auch die Trümmer nicht mehr wegräumen.
- Wir brauchen eine Gleichberechtigung, die den Männern den Zugang zum Militär versperrt.
- Wir brauchen kontrollierte Abrüstung.
- Wir brauchen Frauen als Aufsicht über die Einhaltung von Waffenembargos.
- Wir fordern die Umwandlung von Rüstungs- in zivile Produktion.
- Wir wollen mehr Männer, die bis jetzt Rüstung produziert haben, sagen hören: Wir brauchen Frauen, ausgebildet als Ingenieurinnen, damit sie Rüstungskonversion betreiben, alternative Produktionsverfahren und Energien entwickeln können. So wie sich in Russland die Initiative Ingenieurinnen für Konversion gebildet hat, Frauen die in der Rüstungsproduktion arbeiteten und nun mit ihrem Wissen versuchen, Alternativen zu entwickeln.
- Wir brauchen ein Verbot aller Rüstungsexporte.
- Wir brauchen Friedenserziehung als Schulfach. Programme für gewaltfreie Konfliktlösungen müssen entwickelt werden.
- Wir brauchen Lehrstühle für Frieden an den Universitäten.
- Wir brauchen Frauen als Richterinnen in Kriegsverbrecherprozessen.
- Wenn uns Abgeordnete der rot-grünen Regierung jetzt erzählen, dass die Zahl von 80 Menschen, die nunmehr als Friedens- und KonfliktarbeiterInnen durch das Auswärtige Amt ausgebildet werden, ein großer Erfolg sei, so muss unser Lachen darüber bis in Berlin zu hören sein.
- Wir fordern für Deutschland, dem Land, von dem in diesem Jahrhundert zwei Weltkriege ausgegangen sind, an Stelle der Ausbildung von 350 000 Soldaten die Ausbildung einer ebenso großen Anzahl von Menschen zu FriedensarbeiterInnen.
- Wir fordern die Umwandlung von Kasernen in Universitäten, wie es bereits in Schwäbisch Gmünd mit den ehemaligen Kasernen der US-Armee geschehen ist.
- Wir brauchen statt einer Globalisierung der Wirtschaft eine Globalisierung der Sicherheit für Menschen und Natur, eine Globalisierung der Solidarität.

Wenn die Männer das Haus verlassen, um Krieg zu machen, müssen die Frauen das Haus verlassen, um Frieden zu machen!

## Thesenpapier: Internationalisierung von Gewalt gegen Frauen

### Thesen

#### *1. Frauen leben international/global in Gewaltverhältnissen*

Jede dritte Frau in der Welt erfährt mindestens einmal in ihrem Leben Gewalt, sei es in Form von sexualisiertem Missbrauch, Vergewaltigung, Schlägen oder sonstigen Misshandlungen. Dies bestätigt eine Studie der US-amerikanischen John-Hopkins-Universität in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Gesundheit und Gleichberechtigung der USA, die am 20. Januar 2000 bekannt wurde. Diese Erkenntnis deckt sich u. a. mit Studien in der Bundesrepublik. Auch hier ist davon auszugehen, dass unter Einberechnung der Dunkelziffern mindestens jede dritte Frau einmal in ihrem Leben Gewalt erfährt. Gewalt gegen Frauen ist damit die häufigste Verletzung der Menschenrechte.



*Petra Bläss, Frauenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages.*

## *2. Diese Gewaltverhältnisse sind vorwiegend im persönliche Umfeld der Frauen zu finden*

Gewalt vollzieht sich in erster Linie in der Familie, in Bekant- und Verwandtschaft, im KollegInnenkreis. Weitaus seltener sind Fremde die Täter. Gewalt im persönlichen Umfeld ist nach Ergebnissen der neuen US-Studie (die sich ebenfalls mit anderen Studien deckt) international weitaus verbreiteter als Vergewaltigung von Frauen im Krieg, Frauenhandel und Genitalverstümmelung zusammen. Diese Tatsache relativiert selbstverständlich die letztgenannten Probleme nicht (s.u.).

Es gibt für die Bundesrepublik keine gesicherten Zahlen. Eine Opferbefragung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen 1992 hat ergeben, dass in den Jahren 1987 bis 1991 etwa 690 000 Frauen zwischen 20 und 59 Jahren mindestens einmal Opfer einer sexualisierten Gewalttat im familiären Bereich wurden. Davon wurden rund 350 000 Frauen vom Ehemann vergewaltigt. Andere Misshandlungsformen wie Prügel sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Die bundesdeutsche Gesellschaft kostet die Gewalt von Männern rund 29 Milliarden (!) D-Mark. Das schätzt die Arbeitsgemeinschaft »Männer und Geschlechterforschung« in Berlin. Die Bundesregierung operiert mangels eigener Erhebungen selbst mit diesen Zahlen. In den Landeshaushalten fanden sich 1998 für 389 Frauenhäuser und 46 Frauenschutzwohnungen 66 Millionen Mark. Schätzungen der Bundesregierung zufolge suchen rund 45 000 Frauen alljährlich Schutz in Frauenhäusern.

Da Gewalt an Frauen vorwiegend im häuslichen Bereich stattfindet, ist es notwendig, die Gewalt aus der privaten Sphäre herauszuziehen und als Problem öffentlich zu machen. Sie muss zum gesellschaftlichen Problem erhoben werden, ohne die Täter dadurch zu entlasten. Gewalt gegen Frauen muss gesellschaftlich geächtet sein. Dazu gibt es jetzt auch Initiativen der Bundesregierung wie den Nationalen Aktionsplan gegen Gewalt oder das Vorhaben, gewalttätige Männer per Gesetz aus der gemeinsamen ehelichen bzw. partnerschaftlichen Wohnung zu verweisen.

## *3. Gewalt an Frauen vollzieht sich weitgehend unabhängig von Staatsform, Entwicklungsstand des Staates und Kultur*

Ob in Entwicklungsländern oder hochindustrialisierten Ländern: Frauen gelten als dem Mann unterlegen. Der Mann hat das Recht, seine Macht auch durch Gewalt auszuüben. Und dies gilt immernoch überwiegend als Privatsache: »In Ländern so unterschiedlich wie Bangladesch, Indien, Kambodscha, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Papua-Neuguinea, Simbabwe oder Tansania wird Gewalt gegen Frauen als gerechtfertigte körperliche Züchtigung betrachtet, als das gute Recht eines Ehemannes, seine Frau zu schlagen«, heißt es in der jüngsten US-Studie. Die meisten Frauen trauen sich nicht, darüber zu sprechen. In einigen Ländern akzeptieren Frauen gar ihre eigene Misshandlung als Recht des Mannes. In verschiedenen Ländern der Erde kommen spezifische Formen der

Gewaltanwendung hinzu wie etwa Genitalverstümmelung, Witwenverbrennung, Tötung weiblicher Föten und Babys.

*4. Je stärker Frauen sozioökonomisch von Männern abhängig sind, desto eher erfahren sie Gewalt durch Männer.*

Die eigenständige Sicherung der Existenz ist keine Garantie gegen Gewalt, aber ein entscheidender Weg, sich aus eigener Kraft aus Gewaltverhältnissen lösen zu können, ohne in (noch größeres) materielles Elend zu verfallen. Insofern ist der Globalisierungsprozess auch unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, inwiefern er Frauen den Weg in die eigenständige Existenzsicherung öffnet – wenn auch auf niedrigstem Niveau.

*5. Gewalt gegen Frauen ist ein politisches Mittel der Unterdrückung*

Gewalt gegen Frauen wird von politischen Machthabern, also Männern, gezielt eingesetzt, um Frauen zu erniedrigen und an politischer und gesellschaftlicher Partizipation zu hindern.

Praktische Beispiele:

- Gezielte Vergewaltigungen und sexualisierter Missbrauch von Frauen durch Sicherheitsorgane in autoritären Staaten (Türkei, ...)
- Berufsverbote, Bewegungsverbote, Äußerungsverbote (Afghanistan, ...)

Rund 50 Millionen Menschen sind derzeit auf der Flucht, mehr als zwei Drittel sind Frauen und Kinder. Viele dieser Frauen fliehen vor geschlechtsspezifischer Verfolgung. In der Bundesrepublik haben sie keine großen Chancen erfolgreich Asyl zu beantragen, da geschlechtsspezifische Verfolgung allein nicht als Asylgrund gilt. Erst wenn die betroffene Frau nachweisen kann, dass sie ganz persönlich durch staatliche Institutionen verfolgt wird, hat sie eine Chance auf Asyl oder Abschiebeschutz. Wenn jedoch ganze Bevölkerungsgruppen z. B. von sexualisierter Gewalt bedroht sind, haben wiederum einzelne, denen die Flucht hierher gelungen ist, kaum Aussicht auf ein Bleiberecht.

Ein Beispiel aus dem Jahr 1998: Ein 16jähriges Mädchen aus Sierra Leone war sieben Monate lang in einem Vergewaltigungslager und wurde dort von Rebellen massiv sexuell missbraucht. Sie war in einem schlimmen körperlichen und seelischen Zustand. Sie wurde zunächst als asylberechtigt anerkannt, doch der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten erhob Klage gegen die Anerkennung. Schließlich sei die ganze Bevölkerung von Rebellen bedroht.

Ein anderes Beispiel: Eine chinesische Frau floh in die Bundesrepublik und beantragte Asyl, weil ihr in China die Zwangssterilisation drohte. Sie hatte gegen die chinesischen Familienplanungsrichtlinien verstoßen, denen zufolge Frau nur ein Kind

haben darf. Das Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen entschied, dass die drohende Zwangssterilisation den chinesischen Familienplanungsrichtlinien entspreche. Deshalb sei dies keine Menschenrechtsverletzung, denn die Betreffende hätte sich ja drauf einstellen können.

Ähnlich erging es Frauen, die in Ländern wie Afghanistan gegen Bekleidungs Vorschriften verstoßen hatten und zur Strafe vergewaltigt wurden. Sie hätten ja um den geltenden Bekleidungskodex gewusst.

#### *6. Gewalt gegen Frauen, Vergewaltigungen sind gezielt Teil von Kriegsführungsstrategien*

Vgl. dazu die Ausführungen von Ellen Diederich in diesem Buch.

#### *7. Das weltweit fast ungebrochen gültige Bild von der Frau als dem Mann untergeordnetes Wesen ermöglicht es, Frauen zur Handelsware zu machen*

Konkrete Tatfelder:

- Frauenhandel
- Kinderpornografie
- Sextourismus

#### *8. Frauenhandel ist eine moderne Form der Sklaverei*

Frauenhandel, juristisch korrekt: Menschenhandel, ist derzeit nur juristisch verfolgbar, wenn Frauen in die Prostitution gehandelt werden. Illegale Arbeit zu Niedrigstlöhnen, Heiratshandel und Zwangsehen mit Zuhältern gelten nicht als Menschenhandelsdelikte. Tatsächlich aber werden Frauen in verschiedene informelle, in der Regel illegale Beschäftigungsverhältnisse sowie an heiratswillige Männer verkauft und in etlichen Fällen als Sklavinnen ohne eigene Rechte und ohne eigenes Einkommen gehalten. Offiziell aber ist Sklaverei abgeschafft und damit auch nicht mehr justitiabel.

Die kaufenden Männer machen sich in der Regel nicht strafbar. Das strafrechtliche Risiko, bedingt durch illegale Einreise und/oder Beschäftigung, haben die Frauen alleine zu tragen.

Die Definition von »agisra« (Aktionsgemeinschaft gegen internationale sexistische und rassistische Ausbeutung) für Frauenhandel trifft den Sachverhalt sehr genau: »Frauenhandel liegt unseres Erachtens vor, wenn Frauen mittels Täuschung, Drohungen, Gewaltanwendung angeworben werden und im Zielland zur Aufnahme und Fortsetzung von Dienstleistungen und Tätigkeiten gebracht oder gezwungen werden, die



ausbeuterisch oder sklavenähnlich sind, d.h. ihre fundamentalen Menschenrechte verletzen.«

Die Kernelemente von Frauenhandel sind demnach Nötigung, Zwang und Täuschung. Seine Ausprägungen können sehr unterschiedlich sein: direkte physische Gewalt oder Androhung derselben, Erpressung, unrechtmäßiges Einbehalten von Dokumenten und verdientem Geld, Raub, Isolation, Betrug, Ausnutzen einer hilflosen Lage, Autoritätsmissbrauch, Schuldknechtschaft.

In der Bundesrepublik wurden 1998 laut polizeilicher Kriminalstatistik 1 265 Frauen Opfer von Menschenhandel, 1997 waren es 1 402 Frauen. Die Frauen kamen v. a. aus den Ländern Polen, Ukraine, Tschechische Republik, Russland, Lettland, Litauen, Rumänien, Ungarn. Damit hat eindeutig eine Verschiebung von den südostasiatischen zu den mittelost- und osteuropäischen Staaten stattgefunden.

Wir dürfen auch nicht gering schätzen, dass etliche Frauen gerade aus den mittel- und osteuropäischen Staaten freiwillig hier her kommen, in dem Wissen, dass sie in die Prostitution gehen. Nicht alle Frauen sind Opfer. Denn sie sehen in dieser Form der Migration die einzige Möglichkeit, sich und in der Regel ihre Familien zu ernähren. Den meisten ist allerdings nicht klar, dass sie sich hier in die völlige Illegalität begeben. Dagegen hilft nur, Prostitution als Beruf anzuerkennen mit allen arbeitsrechtlichen- und sozialversicherungsrechtlichen Konsequenzen. Dann könnten sich die Frauen in der Bundesrepublik um eine Arbeitserlaubnis und einen legalen Aufenthalt bemühen.

### *9. Das Internet – fast schon Sinnbild der Globalisierung – beschleunigt Prozesse, Frauen zu Objekten, zu Handelsware zu machen*

Bilder von missbrauchten Frauen und Kindern werden durch das Internet in rasend kurzer Zeit verbreitet und weltweit angeboten, getauscht, gehandelt. Es ist schwierig, die Täter zu identifizieren und zu stellen. Und noch komplizierter ist es, die Bilder aus dem Verkehr zu ziehen. Für die Opfer des Missbrauchs verewigen sich die Zeugnisse ihrer Erfahrungen im Internet, in einer unübersehbar großen Zahl von Computern und Speichermedien.

## **Handlungsstrategien**

### *1. Bekämpfung häuslicher Gewalt*

- a) Männergewalt gegen Frauen und Kinder muss als ein Problem der Öffentlichen Sicherheit anerkannt werden.
- b) Die Gesetzestexte müssen klar und eindeutig aussagen, dass Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen unter Strafe stehen, unabhängig von

weiteren Faktoren wie Behinderung oder dem Status der Frau als Ausländerin oder Asylsuchende. Das bedeutet u. a. die Änderung von § 179 StGB zur Ahndung von sog. Sexualstraftaten an »widerstandsunfähigen« Personen.

- c) Wir brauchen ein Aufenthaltsrecht für Migrantinnen, das Frauen unabhängig davon betrachtet und beurteilt, ob und wie lange sie verheiratet sind und ob sie ihre Existenz eigenständig bestreiten können.
- d) Wir müssen die Rechte der Opfer in Prozessen als Nebenklägerinnen und Zeuginnen stärken.
- e) Polizei, StaatsanwältInnen und RichterInnen müssen, wenn sie mit Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen befasst sind, speziell dafür ausgebildet werden. Nur dann sind sie in der Lage, mit der notwendigen Sensibilität mit den Opfern von Gewalt umzugehen.
- f) ArbeitgeberInnen müssen ihre Fürsorgepflicht wahrnehmen, wenn ihnen bekannt wird, dass Frauen im Betrieb Gewalt oder sexueller Belästigung ausgesetzt sind.
- g) Antisexistische Präventionsarbeit an Schulen mit Jungen und Mädchen muss erheblich ausgebaut und zum festen Bestandteil des Unterrichts werden.
- h) Ein Netz unabhängiger Beratungsstellen für die Opfer muß auf- bzw. ausgebaut werden.
- i) Die Medien sollten sachlich über Hintergründe von Gewalt berichten. Wir brauchen den Verzicht der Medien auf sexistische, rassistische, pornografische und frauen- und kinderverachtende Werbung oder Berichterstattung. Auch gewaltverherrlichende Filme dürfen nicht mehr frei verfügbar sein.

## *2. Bekämpfung von Gewalt als Form geschlechtsspezifische Verfolgung*

- a) Als Gründe für die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung müssen gelten:
  - sexualisierter Missbrauch und Vergewaltigung als politische Strategie bzw. als Teil einer Kriegsführungsstrategie
  - Genitalverstümmelung
  - Zwangsabtreibung
  - Zwangssterilisation
  - Zwangsverheiratung
  - Tötung weiblicher Föten und Babies
  - gezielt gegen Frauen verhängte Arbeits- und Berufsverbote
  - drohende Verfolgung bis hin zur Tötung wegen Verletzung der »Familienehre« oder Verstößen gegen rigide Bekleidungs- und Verhaltensregeln.
- b) Geschlechtsspezifische Verfolgung muss in der BRD und in der EU als Asylgrund anerkannt werden.

### 3. *Bekämpfung von Frauenhandel*

- a) Die juristische Definition von Handel in die Prostitution ist auf Handel in informelle und sklavenartige Beschäftigungsverhältnisse auszuweiten.
- b) Die Position von Frauen in Frauenhandelsprozessen ist durch verbesserten Zeuginnen- und Abschiebeschutz zu stärken.
- c) Prostitution muss als Beruf mit allen arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Konsequenzen anerkannt werden. Das hat zur Folge, dass ausländische Frauen, die sich freiwillig zur Migration in die Prostitution entschieden haben, die Chance haben, hier jenseits des kriminellen Milieus zu arbeiten.
- d) Der Ausbau und die Förderung eines dichten Netzes von Beratungsstellen für Migrantinnen, insbesondere für Opfer von Frauenhandel ist nötig. Die Beraterinnen und Berater müssen dringend ein Zeugnisverweigerungsrecht erhalten, um ein Vertrauensverhältnis zu ihren Klientinnen aufbauen zu können.

### 4. *Bekämpfung von Kinderpornografie*

- a) Die strafrechtliche Seite ist relativ eindeutig geregelt. Der Besitz und die Verbreitung von Kinderpornografie sind verboten. Problematisch ist die Grauzone, in der mit Bildern von Kindern gearbeitet wird, die dann in pädophilen Kreisen kursieren.
- b) An alle gesellschaftlichen Institutionen sollte appelliert werden, sehr vorsichtig mit Bildern von Kindern zu werben oder sonstwie zu arbeiten.
- c) Schwierig ist der Umgang mit dem Internet: Will man das Verbot von Kinderpornos auch im grenzenlosen Raum der elektronischen Kommunikation durchsetzen, muss es Zensur und Strafverfolgung im Internet geben können.

## Globale Umbrüche und Geschlechterverhältnisse

*Vorweg:* Ich setze voraus, dass alle Anwesenden ein gemeinsames Interesse an Frauenpolitik und Kritik an der neoliberalen Globalisierung haben. Daher komme ich gleich zum Thema. Mein Vorhaben ist, die neoliberalen Umbrüche so zu studieren, dass sie auch als Herausforderungen an eine aktuelle Frauenpolitik gelesen werden können.

*Theoretischer Rahmen:* Ich setze ebenso einige Begriffe und Theoreme voraus, die ich hier nur kurz nennen werde: Wenn wir annehmen, dass die Produktionsweise und ihre Regulierung, also die Produktionsverhältnisse, von bestimmten Geschlechterverhältnissen begleitet und gestützt werden, so können wir davon ausgehen, dass auch die Art der Unterdrückung von Frauen sich ändert – vielleicht sogar ganz überflüssig wird



*Evelin Wittich, Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Ursula Bulling-Schröter, Mitglied des Deutschen Bundestages für die PDS.*

– wenn die Produktionsweise eine andere wird. Dies ist in den letzten Jahrzehnten der Fall gewesen: zum einen auf der Ebene des Produzierens durch die Entwicklung der Technologie, also das, was wir die mikroelektronische Produktionsweise nennen, zum anderen als Folge davon das Arbeiten, das Verschwinden von Formen der Arbeit, die sie selbst von ihrer Durchführung her zu einer männlichen gemacht haben. Man kann diese Veränderungen studieren z. B. an der Art, wie Geschlechterkämpfe um die Bedeutung bestimmter Arbeiten geführt werden. So wurde bei der Einführung der Computer die Frage diskutiert, ob dies eine Tipparbeit sei und daher gerade richtig für Frauen oder eine technische Arbeit und daher Männern vorbehalten bleiben sollte. Die Kämpfe spielten und spielen sich auf der Ebene des Symbolischen ab, sie sind gleichwohl höchst materielle Kämpfe um die Besetzung von Arbeitsplätzen. In ihnen zu kämpfen verlangt eine neue Art von Kulturarbeit, die der Arbeit den besonderen Geschlechtscharakter streitig macht. (Vgl. u. a. Game u. a. 1983, Haug 1982, Cockburn 1988, 1993) Die Einführung der Mikroelektronik hatte aber auch ein sprunghaftes Wachstum in der Produktivität der Arbeit zur Folge, die sich keineswegs als zunehmender Reichtum der Arbeitenden geltend machte, sondern eine Entwicklung einleitete, die wir als strukturelle Arbeitslosigkeit oder als »Krise der Arbeitsgesellschaft« kennen gelernt haben. Zu den Umbrüchen bei den Produktivkräften der Arbeit kommt ebenso eine dramatische Veränderung in Bezug auf die Regulierung dieser Produktionsweise, ein Umbruch, den wir unter dem Titel »neoliberale Globalisierung« zu studieren versuchen.

*Das Vorhaben:* Es wäre sehr unwahrscheinlich gewesen, wenn solche Umbrüche die Geschlechterverhältnisse nicht berührt hätten. Sie haben es getan. Deshalb ist höchste Besorgnis angesagt, wenn wir nicht auch einen Strategiewechsel in der Frauenpolitik vornehmen. Ich kann solche zeitgemäßen Politiken hier keineswegs aus der Tasche ziehen und zur Diskussion stellen. Vielmehr möchte ich in drei Bereichen zeigen, wie neoliberale Politik und Wirtschaft die bisherigen Forderungen von Frauenbewegungen aufgenommen und integriert haben, um thesenartig zu beraten, was wir in dieser Situation tun können. Die Bereiche sind

- die geschlechtstypische Veränderung in der Beschäftigung, bedingt durch die Produktivkraftentwicklung, staatliche Politik und insbesondere die Austragungsformen in der Dritten Welt (vgl. hierzu auch den Beitrag von Christa Wichterich in diesem Band),
- die damit einhergehende Diskussion um Arbeit überhaupt, insbesondere in den westlichen Industrieländern und
- die Rolle der Familie, bzw. die Frage von Politik um Familie.

Ich möchte darstellen, wie in diesen Bereichen eine Terrainverschiebung stattfand, die man mit Gramsci eine »passive Revolution« nennen könnte, eine Art feindlicher Übernahme feministischer Vorstellungen und Forderungen, die unser frauenpolitisches Handeln zugleich unterstützt – wir haben gewissermaßen Rückenwind – und zur Veränderung zwingt, da wir ja nicht glauben können und wollen, dass der neoliberale

Kapitalismus sich tatsächlich eine befreite Menschheit und damit auch die Befreiung der Frauen zum Ziel gesetzt hat.

## **Feminisierung der Beschäftigung**

Ich skizziere jeweils an den drei Punkten, was bisherige Frauenforderungen waren und wie sie sich begründeten, weil ich annehme, dass sie nicht allen TeilnehmerInnen geläufig sind, da die Forderungen aus dem kapitalistischen Westen kommen und die Politik in der ehemaligen DDR in allen diesen Punkten eine andere war. So hatten wir es in den »alten Bundesländern« mit einer relativ geringen Erwerbsquote von Frauen zu tun; d.h. sehr viele waren »Nur-Hausfrauen«, ein Status, der durch das kulturelle Umfeld, Familie und Erziehung gefördert wurde und im Ergebnis die Berufstätigkeit von Frauen zu einer Art Anomalie machte, nicht zu einem selbstverständlichen Recht. Links-feministisches Selbstverständnis in Bezug auf Frauenarbeitspolitik beruhte auf der Einsicht, dass Frauen, zumindest in den westlichen kapitalistischen Ländern, als eine Art Puffer in der Erwerbsarbeit fungierten, als industrielle Reservearmee, eingestellt bei Arbeitskräftemangel und wieder entlassen in jeder Konjunkturschwankung und vor allem bei Produktivkrafteerhöhung. Gesichert schien, dass Kapitalismus und Frauenarbeits-, bzw. besser -erwerbslosigkeit miteinander verbunden waren, dass es also kein Recht auf Lohnarbeit für Frauen gab. Das Einverständnis damit wurde u. a. abgestützt durch eine Arbeitsteilung, in der Frauen so gut wie ausschließlich für alle reproduktive Arbeit zuständig waren, und entsprechende Mutter-und-Kind-Ideologien etwaige Empörung, die sich auf einen Gleichheitsgrundsatz berufen wollte, in Schuld und Versagensgefühlen erstickte. Diese den kapitalistischen Ländern innewohnende Dynamik konnten die Frauen aus den ehemaligen sozialistischen Ländern, insbesondere die Frauen, die aus der DDR in ein vereinigtes Deutschland eintraten, lehrstückhaft erfahren. Die hohe weibliche Erwerbsarbeitsquote sank in wenigen Jahren fast auf »westliches« Niveau. In diesem Prozess wurden einige der Schaltungen offensichtlich, die die »Nur-Hausfrau« in den westlichen Ländern zur verbreiteten Praxis gemacht hatte: die Abwesenheit staatlicher Kinderversorgung, das Fehlen einer kinderförderlichen Wohnraum- und Subventionspolitik, die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt, die Existenz des männlichen Ernährers mit der dazugehörigen Ideologie.

Es ist wohl als allgemein bekannt vorauszusetzen, dass der Prozess, den wir als neoliberale Globalisierung bezeichnen, die Lage der Frauen in diesen Punkten zum einen verschärft, zum anderen auch verschoben hat. Der staatliche Sozialabbau bedeutet in der Frage der Kinderversorgung nicht nur die Zerstörung der in der ehemaligen DDR gewohnten Sicherheit; der Abbau verschlechtert auch die Lage der Frauen im Westen. Aber anders als noch vor nur zwei Jahrzehnten behauptet, schwindet der männliche Ernährer als Fundament eines möglichen Lebensentwurfs für Frauen mit Kindern. Wie man etwa in dem viel diskutierten Manifest, das unter dem Namen Schröder-Blair-Papier in Umlauf kam, lesen kann, gehört es zum neuen Selbstverständ-

nis sozialdemokratischer Regierungen, dass niemand mehr einen lebenslänglichen Arbeitsplatz und eine entsprechende Erwerbsbiografie haben wird. Die immer weiter zunehmende Arbeitslosigkeitsrate kennzeichnet eine Struktur, in deren Ausdehnung die Möglichkeiten weiblicher Berufstätigkeit in kaum verhandelbare Fernen rücken.

In dieser allgemein schwierigen und widersprüchlichen Lage vollzieht sich im Weltmaßstab eine Entwicklung, die unseren bisherigen Annahmen Hohn zu sprechen scheint: eine Überbeschäftigung von Frauen. Mit dem Begriff Feminisierung der Beschäftigung wird der mit der neoliberalen Globalisierung einhergehende Prozess angeklagt, bei dem größere Teile der gesellschaftlichen Gesamtarbeit profitbringend auf Frauen verschoben werden. In den Ländern der Ersten Welt leisten Frauen Tele-Heimarbeit, andere Heimarbeit und sind in ungeschützten Arbeitsverhältnissen tätig, aber vor allem in den Ländern der Zwei-Drittel-Welt wird niedrig bezahlte Arbeit unter extremen Bedingungen in großem Umfang auf rechtlose Frauen übertragen.

Mit der neoliberalen Globalisierung findet weltweit eine Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse statt, in die auch Frauen auf eine bisher unbekannt Weise geschleudert werden. Ohne Rücksicht auf die in den industrialisierten Ländern aus Kämpfen von mehr als 100 Jahren durchgesetzten Kompromisse zwischen kapitalistischer Ausbeutung und Schutz der Arbeiterklasse (vgl. Fabrikgesetzgebung, Arbeitszeitbegrenzung, Gesundheits- und Arbeitsschutz generell) geschieht insbesondere in den Zwei-Drittel-Welten ein neuerlicher Kapitalisierungsschub, der in seinen Durchsetzungsformen durchaus der ursprünglichen Akkumulation (vgl. Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, Kap. 23) einerseits und den frühen Phasen der Industrialisierung andererseits entspricht (vgl. ebd., Kap. 13). Und wie in der Mitte des 19. Jahrhunderts sind es wieder die Frauen, deren Einbeziehung in den Produktionsprozess in »Sweatshops« oder »Maquiladoras« unerhörte Extraprofite erlaubt, während alle Schranken, die ihrer Vernutzung entgegenstehen könnten, niedergerissen werden. Ich nehme an, es ist bereits ausführlich über die Lage dieser Frauen gesprochen worden, über Ausbeutung, geringen Lohn, langfristige körperliche Schädigungen z. B. durch Überforderung der Sehkraft bei Feinarbeiten ohne notwendiges Mikroskop oder durch ungeschützte Arbeit mit Chemikalien – und als einzige Alternative zunehmende Prostitution in den verschiedenen Ländern Asiens und Lateinamerikas (vgl. Wichterich 1998; Hennessy 2000, in: Das Argument, Nr. 234). Auf der IV. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wird als Feminisierung der Beschäftigung eine Umstrukturierung der Erwerbsarbeit umschrieben, welche die Ausweitung von Frauenerwerbsarbeit mit der Verbreitung flexibler Arbeitsstrukturen verknüpft. Die enge Verbindung zwischen Veränderungen von Geschlechterverhältnissen und neuen Entwicklungen von Ausbeutung und Beschäftigung macht es zwingend notwendig, eine in die Globalisierung eingreifende Frauenpolitik auf die Analyse der »Neuzusammensetzung der globalen Arbeiterklasse im Neoliberalismus« zu gründen. Und in Bezug auf unsere bisherigen Annahmen können wir zunächst ganz allgemein schlussfolgern, dass den Frauen im Kapitalismus zwar nicht das Recht auf (Lohn-)Arbeit strukturell abgesprochen wird, dafür aber, dass ihnen die Menschenrechte nicht gleichermaßen zuerkannt werden.

## Die Diskussion um Arbeit

Neben bzw. unterhalb dieser Umbrüche im Weltmaßstab verschiebt sich das Politikfeld für Frauen in den kapitalistischen »Mutterländern« auf eine Weise, die uns wiederum anders unter Handlungsdruck setzt, die neue strategische Überlegungen verlangt. Ich meine hier vor allem die Tendenz, die dahin geht, ursprünglich linke Forderungen oder solche der neuen sozialen Bewegungen für die neoliberale Strategie zu vereinnahmen. Eine Art passive Revolution von oben. Noch ist die Frage ungeklärt, ob die Vereinnahmenden sich durch eine solche Inbesitznahme verändern, und erst recht, was die so Eingenommenen tun.

Seit den siebziger Jahren wurde im westlichen Feminismus die Diskussion um die Hausarbeit geführt. Sie begann 1973 mit Maria Rosa dalla Costas Manifest zur Bedeutung der Hausarbeit und der mit ihr verbundenen Akteurinnen für den politischen Kampf. Um die Hausarbeit wurde international weit über ein Jahrzehnt heftig gestritten. Die wesentlichen Kampfpunkte waren und sind: die Veränderung und Erweiterung des Arbeitsbegriffs auf eine Weise, dass auch die von Frauen außerhalb der Lohnarbeit »zu Hause« verrichteten Tätigkeiten als gesellschaftliche Arbeit erkennbar werden; damit einhergehend die Aufwertung der Hausarbeit bis hin zu ihrer tatsächlichen Entlohnung. Der Streit wurde auch als einer um marxistische Theoriebildung und Begrifflichkeit geführt. Praktisch politisch wurden die Diskussionen in den neunziger Jahren vor allem fortgesetzt und erweitert um Fragen von Umsonst-Arbeiten überhaupt. Dabei ging es um deren Doppelbestimmung, einerseits auf die skandalös vielen unbezahlten Arbeiten zu verweisen, die sich kapitalistischer Profit gewissermaßen unsichtbar einverleibt, andererseits aber auch Hoffnung zu setzen auf alternatives Arbeiten, das dem Leistungs- und Tauschkalkül kapitalistischen Wirtschaftens nicht direkt unterworfen ist.

Anfang der achtziger Jahre begann die Diskussion um die »Krise der Arbeitsgesellschaft« als ein Streit um Begriffe und Theorien, gleichzeitig natürlich auch als praktisches Problem durch die zunehmende strukturelle Arbeitslosigkeit. Eine Eigentümlichkeit der Diskussion war, dass sie durchgängig darauf verzichtete, die jahrelange feministische Debatte auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Dies traf auch auf die Gewerkschaften zu, die versuchten, eine Verschärfung der allgemeinen Lage zu verhindern, damit aber zur nachhaltigen Schwächung der Gewerkschaften beitrugen. Zusammenfassend lässt sich sagen: Es ist durch die feministischen Diskussionen gelungen, die Bedeutung von Haus- und Familienarbeit ins allgemeine gesellschaftliche Bewusstsein zu bringen; diese Einmischung hat jedoch nicht dazu geführt, in die vielfältigen Überlegungen zur Krise der Arbeitsgesellschaft feministisches Denken nennenswert einzubringen.

Ein bemerkenswerter Bruch zeichnet sich durch die im Zuge des Neoliberalismus artikulierten neueren Vorschläge aus dem *mainstream* ab. Ich verweise exemplarisch auf die Arbeit des Club of Rome von 1998. Dieser ist so etwas wie der Rat der Weisen, der die offizielle Politik in Fragen von Wachstum, Ökologie und Arbeit mit Gutachten unterstützt. Zu nennen ist auch die bayerisch-sächsische Zukunftskommission. Ich stelle



an einigen wenigen Punkten vor, was in diesen Gutachten ausgesagt wird (vgl. ausführlich dazu Haug 1999a). Beim Club of Rome geht es etwa darum, dass eine Gesellschaft, die rein nach Tauschgesetzen organisiert ist, nicht überlebensfähig ist, weil es sehr viele Arbeiten gibt, die nicht nach dem Ware-gegen-Geld-Schema erledigt werden können. Das trifft zum Beispiel auf Kindererziehung, Naturschutz und Ähnliches zu. Dafür gibt es Hausfrauen und ehrenamtlich Tätige, die das bisher unterhalb der herrschenden Tauschgesetze gemacht haben.

Die neuen neoliberalen Berater schlagen vor, das Verborgene ins Offene zu ziehen. Und zwar deswegen, weil die Krise der Arbeitsgesellschaft außerordentlich bedrohlich ist und wir keine Zeit mehr haben. Sie gehen davon aus, dass mindestens ein Drittel der Gesellschaft in Zukunft arbeitslos sein wird, wenn nicht radikal gegengesteuert wird. Das aber wird soziale Unruhen geben. »Wir« müssen also etwas tun.

Der erste Vorschlag ist: Wir ändern den Arbeitsbegriff – zur Erinnerung: dies war eine zentrale Forderung der Frauenbewegung – und nennen das, was bislang Arbeit hieß, Beschäftigung. Wir anerkennen die Hausarbeit und die ehrenamtlichen Tätigkeiten und wie kreativ überhaupt außerhalb der Erwerbsarbeit gehandelt wird. Das hört sich ein wenig zynisch an, wenn man das so einfach sagt. Ich bin mir dieser Wirkung bewusst, ich möchte, dass es sich zynisch und bedrohlich und fortschrittlich zugleich anhört, dass wir in der Lage sind, in solchen Aussagen die Chancen und den Zynismus zugleich wahrzunehmen, wenn plötzlich der Club of Rome alle Tätigkeiten, die die Menschen unternehmen, als kreative produktive Tätigkeiten auffasst, in denen sich die Menschen als Menschen entfalten. Dazu gehört auch das Lernen. Und infolge dessen, so der Club, brauchen wir ein Mischkonzept, in dem ein jeder sich eine Biografie zusammenstellt, die aus Beschäftigung besteht, sprich ehemaliger Lohnarbeit, und kreativer Tätigkeit in ehrenamtlichen und Reproduktionsbereichen, in solchen Bereichen also, die wir bisher als unbezahlte Arbeit kannten. Und dann schließen sie noch einen dritten Sektor ein, den sie auch Arbeit nennen wollen, den wir bisher selten als Arbeit betrachtet haben, nämlich vieles, was man für sich selbst tut. Wenn man zum Beispiel ins Theater geht, sich bildet, etwas Gutes liest oder Cello spielen lernt, soll auch das als Arbeit gelten und gehört damit ebenfalls in die Patchwork-Biografie, die man sich für seinen Arbeitshaushalt anlegt. Das also ist der Vorschlag. Abgesichert werden soll die Durchführung durch Überwachung und Sanktionen, so dass ein jeder in jedem Bereich tätig wird. Auch dies war eine Forderung der Frauenbewegung, dass Männer in die reproduktive Arbeit eingeschlossen werden müssten. Vorgeschlagen wird auch ein Grundeinkommen, mit dem die Existenzkosten abgedeckt werden sollen – ein weiterer Vorschlag, den man zuvor eher aus dem linken Spektrum erwartet hätte. Die Vorschläge sind insofern ein wenig vage, als dass nicht ausgesprochen wird, ob auch alle Menschen gleichermaßen in den sogenannten Niedriglohnbereichen tätig sein sollen. Der Bericht schlägt auf jeden Fall vor, dass das Gewicht, das man einer Tätigkeit für die Identitätsbildung beimisst, von der Bezahlung unabhängig sein sollte. So wird es möglich sein, dass man etwa unbezahlt Bildhauer ist oder Theater spielt, und dies die Selbstwerteinschätzung bestimmt, die Bezahlung aber über Taxifahren oder Ähnliches erhält. Die Dominanz,

die die Berufstätigkeit bisher für das Leben hatte, soll gebrochen werden. Sie stellen sich das als kulturelles Abenteuer vor, bei dem alle gebraucht werden, die jetzt diese Verschiebungen im Arbeitsgefüge vorantreiben.

Ich habe diese Herausforderungen im Sommer auf einer Konferenz zur Diskussion gestellt, auch schon mit der hier gestellten Frage, wie solche Vorschläge aus neoliberaler Ecke unsere Politik verändern. Eine Reihe von linken Frauen aus dem PDS-Spektrum waren ziemlich zornig, weil sie mich sagen hörten, dass die Neoliberalen unsere Frauenbefreiungssache in guten Händen hätten und schon vorantreiben würden. Um Missverständnissen vorzubeugen sage ich hier ganz explizit: Das ist nicht meine Ansicht. Ich möchte lediglich darauf aufmerksam machen, dass das Terrain, auf dem wir Politik machen, von Neoliberalen ebenfalls besetzt ist. Dabei gleichen deren Forderungen denen aus der Frauenbewegung bis in den Wortlaut. Daher stellt sich die Frage, wie wir unsere bisherigen Forderungen abgesicherter in die Öffentlichkeit bringen können. Wie müssen wir sie verknüpfen mit anderen Forderungen nach kollektiver Selbstbestimmung, damit das, was ich eine feindliche Übernahme nenne, nicht so ungestraft geschehen kann?

## **Familie**

Ich weiß nicht, wie Familie in der DDR diskutiert wurde. In der westdeutschen und auch in den westinternationalen Frauenbewegungen war und ist die Familie ein außerordentlich heftig umkämpftes Feld. Familie, so haben wir gedacht, ist nicht nur wie die Bundesregierung uns glauben lässt die Keimzelle der Gesellschaft, sondern auch der Ort, an dem Mädchen dazu gebracht werden, ihrem Hausfrauendasein zuzustimmen, der freiwilligen Übernahme aller möglichen Umsonst-Arbeiten, bei denen sie zusätzlich oftmals Gewalt ausgesetzt sind und im Endeffekt sich selbst aufgeben. Ein Ort, an dem sie verdummen, einen Ausweg bloß noch im Konsum sehen usw. Kurz: Familie war für uns eine so sehr abgelehnte Institution, dass ich etwa Anfang der siebziger Jahre die Losung (in einer Umformulierung eines Marxschen Satzes in Bezug auf die Arbeiter und den Staat) prägte: Die Frauen müssen die Familie stürzen um ihre Persönlichkeit durchzusetzen. Sehr militant und irgendwie auch richtig.

Auch mit dieser Politik stoßen wir auf ein doppeltes Problem. Inzwischen hat sich längst herumgesprochen, dass der Neoliberalismus die Familien zerstört. Damit hat er eine weitere Forderung der Frauenbewegung aufgenommen und sich tatkräftig – und zwar sehr viel stärker als wir das jemals gekonnt hätten – an deren Umsetzung, die Zersetzung der Familienverhältnisse, gemacht. Infolgedessen müssen wir zum einen darüber nachdenken, ob nicht Familie in diesen schrecklichen Verhältnissen des Staatsabbaus auch ein Widerstandsposten gegen den Neoliberalismus sein könnte oder müsste, ein Rückzugsgebiet, das die schlimmsten Auswirkungen erträglicher werden lassen könnte, und wie wir uns eigentlich darin bewegen wollen.

Und was sagen Neoliberale selbst zur Familie? Dass sie sie tatsächlich zersetzen, bedeutet ja nicht, dass sie dies auch theoretisch propagieren, zumal die Kirche als ein Posten der Ideologieproduktion »natürlich« auf Familie setzt. Treten wir also näher heran: Da ist zunächst der männliche Ernährer, eine Gestalt, die natürlich auf der Abschlussliste der Frauenbewegungen stand, nicht zuletzt wegen der Einsicht, dass seine ökonomische Position ihm das vermeintliche Recht gab, Gewalt gegen seine Frau auszuüben, wenn diese ihm nicht alles recht machte (vgl. dazu Smith 1999). Bei Schröder/Blair kann man nachlesen, sozialdemokratisch denken heiße anzuerkennen, dass es den männlichen Ernährer, sprich den männlich besetzten lebenslangen Vollzeitbeschäftigten Arbeitsplatz nicht mehr geben wird. Dieser wurde ebenso eliminiert wie die Gestalt der ihm zugehörigen Hausfrau.

Zur Familie insgesamt möchte ich die recht intelligenten Vorstellungen von Anthony Giddens, dem Berater von Blair, vorstellen (das Schröder-Blair-Papier bringt dazu wenig), der neoliberale Politik für die neue Mitte begründet, also für die Sozialdemokraten, die ebenfalls Neoliberale geworden sind. Er stellt zunächst fest, dass der Neoliberalismus durch die Konservativen gar nicht richtig realisierbar ist, weil sie in ihren Werten konservativ sind und an den alten Institutionen hängen. Im Gegensatz dazu sind die Sozialdemokraten unbedenklicher in Bezug auf Werte; sie stellen Institutionen zur Verfügung und können Neues an ihre Stelle setzen. Sozialdemokraten sind umstürzlerisch. Giddens lässt keinen Zweifel, dass er (und mit ihm, was er »neue Mitte« nennt) die Familie für die elementare Grundeinheit der Gesellschaft hält und formuliert sogleich um: »Die Familie ist die grundlegende Einheit der Zivilgesellschaft.« (Giddens 1999: 106) Die Umformulierung macht es möglich, Familie nicht einfach als Versorgungseinheit zu sehen, sondern als Teil von Demokratie. Das schichtet die zu behandelnden Themen um: Familie ist die Form, in der sich generationen-übergreifend Gesellschaft als Zivilgesellschaft reproduziert. Die Phänomene sprechen eine deutliche Sprache: Die Familie in der uns am ehesten gegenwärtigen Form – als Elternpaar mit Kind(ern) – ist vom Zerfall bedroht. Die Belege: hohe Scheidungsraten, wachsende Zahlen Alleinerziehender, meist Mütter, viele von ihnen in großer Armut, bereits 50 % der Kinder wachsen nicht mit beiden leiblichen Elternteilen auf; immer weniger Paare heiraten. Die zunehmende Gleichheit zwischen den Geschlechtern, das »Vordringen von Frauen auf den Arbeitsmarkt« (107), andere sexuelle Erwartungen und Verhaltensweisen und ein neues Verhältnis von Arbeit und Zuhause bestimmen das Szenario. Die Bande zur vorangegangenen Generation wie zur heranwachsenden sind gestört. Gegen solche Phänomene versuchen die Konservativen mobil zu machen durch Krisengerede. Sie propagieren die große Bedeutung des Familienerhalts, wo die reale Zersetzung längst eine andere Sprache spricht; Vaterlosigkeit halten sie für die Ursache von Kriminalität, Teenagerschwangerschaften, Kindesmissbrauch und Gewalt gegen Frauen; sie plädieren für eine Verschärfung der Scheidungsgesetze, obwohl die Frage nach dem Schicksal der in solchen Beziehungen Lebenden voraussehbar prekär ist. Sie propagieren monogame Heterosexualität und verdammen homosexuelle Lösungen, obwohl immer mehr Menschen eine andere Praxis leben. Sie sind gegen die soziale Unterstützung von Alleinerziehenden.

Giddens weist übrigens auch nach, dass der ganze Kampf gegen die Familie, den wir in den siebziger Jahren geführt haben, eigentlich bloß einer gegen die Familienideologie war, weil die Realität der Kleinfamilie bereits zu unseren Zeiten schon zersetzt war. Auch die Adenauergeneration, aus der ich komme, lebte schon nicht mehr in heilen Familien. Ich auch nicht, es war mir nur nicht wirklich aufgefallen.

Der amoralische Neoliberalismus jagt die Familienmitglieder schonungslos über den Globus. Äußerste Flexibilität verlangt eigentlich, dass man Single ist, niemanden hat, der von einem abhängig ist, und selbst von niemanden abhängt, dass man jederzeit den Ort wechseln kann und dem Kapital folgt, um irgendwo Karriere zu machen. Es bleibt also gar kein Raum für die Pflege des bürgerlichen Familienlebens.

Hier macht Giddens Vorschläge: Die konservative Familienideologie ist angesichts der realen Entwicklung schnell als haltlos abgetan. Die alte Familie beruhte auf der Ungleichheit der Geschlechter – sie muss bei zunehmender Gleichheit ihre Grundlage verlieren. Kinder sind kein ökonomischer Nutzen mehr, sondern bedeuten erhebliche Kosten. In den traditionellen Familien gab es Missbrauch und Gewalt. Giddens beginnt seinen Entwurf mit einer Terrainverschiebung. Auf der als elementar und bedeutsam verkündeten Leerstelle Familie gilt es nicht etwa alte Bestände zu retten und zu bewahren, sondern aus dem Gegenwärtigen die Zukunft neu zu gestalten und zwar mit selbstbestimmter Initiative von unten. Aber wozu überhaupt die Familie retten, wenn sie sich selbst schon weitgehend abgebaut hat? Giddens prüft, was eigentlich Familienaufgabe ist und kommt zu der nüchternen Feststellung, dass es ausschließlich und von daher ebenso elementar wichtig um die Frage des Generationenvertrags geht. Wie soll die kommende Generation groß werden und wie die Elterngeneration altern? Ein nochmaliger Blick auf die vorhandenen Praxen zeigt: Es ist derzeit nicht zum Besten geregelt, Kinder sind arm und mit ihnen die in der Regel sie versorgenden Mütter; sie wachsen nicht geschützt und gehütet auf. Es muss etwas geschehen. Giddens entscheidet sich an allen gegenwärtigen Streitpunkten für die progressivste Lösung. Scheidungsgesetze sollten nicht verschärft, sondern erleichtert werden, homosexuelle Paare sollten als Paare leben dürfen und selbstverständlich Kinder großziehen können. Müttern sollte die Berufstätigkeit erleichtert und Vätern der Zugang zu Kindern nicht verwehrt werden, im Gegenteil sollten beide hälftig zur Verantwortung gezogen werden. Unterm Strich: Jeder sollte ohne Einmischung des Staates leben wie er oder sie will; aber in der Kinderfrage braucht es Verpflichtung und Verantwortung. Sein Vorschlag ist ein Elternschaftsvertrag, der bei jeder sexuellen Vereinigung klar sein sollte, ohne dass deswegen eine Ehe oder Familiengründung geplant sein muss. »Eine vertragliche Verpflichtung gegenüber einem Kind könnte also von der Ehe getrennt und von beiden Eltern rechtsverbindlich eingegangen werden, wobei unverheiratete und verheiratete Väter die gleichen Rechte und Pflichten hätten.« (113) Die Idee des Alleinerziehenden gehört untergraben durch die des Elternschaftsvertrags. Die neu zu lancierenden Begriffe sind Elternarbeit, Kinderfürsorge. Die Loslösung des Paares aus konventionellen Vorstellungen und Bindungen soll die Festigung einer unbedingten Verpflichtung für mögliche Kinder erlauben. Elternschaftsverträge sollen im einzelnen

in der Praxis ausgehandelt werden und sich auf Fragen des Wohnens, der Pflege, der Schularbeiten, kurz der Gesamtverantwortung in der zeitlichen Beanspruchung erstrecken. Diese Inszenierung begreift Giddens als Leben der Zivilgesellschaft. Ziel ist, die Familie zu demokratisieren wie die Gesellschaft. Das schließt das Mitspracherecht der Kinder ein. Wichtig werden Konsensregelungen. Familie erweist sich als Praxis, die gelernt werden muss. »Individuelle Wahl und gesellschaftliche Solidarität« kann ein Familienleben verknüpfen. Kriterien für die Familie sind: Gleichberechtigung bei Emotionen und in der Sexualität, wechselseitige Rechte und Verpflichtungen in Beziehungen, Erziehung als gemeinsame Aufgabe, lebenslange Elternschaftsverträge, erworbene Autorität gegenüber Kindern, Pflichten der Kinder gegenüber den Eltern, die in das soziale Umfeld eingebettete Familie (114). Er vergleicht Demokratie in der Gesellschaft mit der innerhalb der Familie und zieht Parallelen. Merkmale wie formale Gleichheit, individuelle Rechte, gewaltfreie öffentliche Diskussion der Probleme und Entscheidungsbefugnisse gelten auch für Giddens' Modell der Eltern-Kind-Beziehung (111). Der Staat soll dieses Modell stützen, indem er das Gleichgewicht von Verantwortung und Selbstbestimmung propagiert und »positive Anreize« gibt. Flexibilität und Anpassungsbereitschaft gelten so nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in Familien- und Eheverhältnissen.

Was bleibt von der feministischen Kritik an der Familie? Sie verband gesellschaftliche Reproduktion mit Fragen des individuellen Leben besonders von Frauen – ihre Umsonstarbeit dachten wir als elementar für die kapitalistische Reproduktion und das Einverständnis in solche Unterwerfung erkaufte und erpresst durch familiäre Erziehung und gestützt durch die Privilegien und Rechte des Alleinernährers. Kapitalismus, so war zumindest meine Annahme, kann nicht überleben, wenn er nicht einen großen Teil der gesellschaftlich notwendigen Gesamtarbeit außerhalb von Profitproduktion, also Erwerbsarbeit, von dazu abgerichteten Personen erledigen lässt – das gilt für die Sorge um die Nachkommen, vor allem aber auch für die Reproduktion der Arbeitskraft und sonstige psychische Reparaturarbeiten. Die Bindemittel sind für Frauen die Notwendigkeit versorgt zu werden, zumal wenn sie Kinder haben, und die Liebe, unterfüttert durch die Einstimmung in die Familienideologie.

Wenn der »dritte Weg« ein Familienprogramm aufstellt, das im Grunde auf die Unterdrückung und Zurichtung von Frauen für Familienaufgaben verzichtet und zugleich Familienideologie nicht mehr nötig zu haben scheint – was geschieht dann mit den vielen Aufgaben, für die Frauen bislang unbezahlt notwendig tätig waren? Diese Problematik ist bei Giddons seltsam entlastet und ins Verborgene gerückt – die Familie scheint ein Raum, der vorbildlich sein sollte für gesellschaftliche Demokratie, aber diese Vorstellung lebt auch von der Fiktion einer Gesellschaft, die die notwendigen Aufgaben schon gelöst hat.

Wie kann man gerade im neoliberalen Projekt das zunehmende Elend auf der einen, die mächtigen Profite auf der anderen Seite mit einer solchen demokratischen Idylle verbinden? Giddons »dritter Weg« verteilt sie auf die Eltern, womöglich sogar gleichmäßig – wer keine Kinder hat, muss nicht zur Verantwortung gebeten werden, we-

nigstens nicht für diese Gesellschaft. Diese hat insgesamt wenig Verantwortung, da sie heruntergerechnet ist auf die verantwortlichen Einzelnen. Das macht den Vorschlag konkreter, aber gleichzeitig ungeheuer abstrakt, weil die großen gesellschaftlichen Taten in Ökonomie und Politik abwesend sind; und zugleich erweist sich das Modell als eines der Sozialisierung der Verluste und Gewinne. Dafür steht: Nicht nur Mütter, auch Väter sollen die emotionalen Gratifikationen zusammen mit den Pflichten haben. Es ist klar, dass diese Doppelschicht Eltern irgendwie in Teilzeitarbeit versetzen muss. Die Beschneidung von Karriere, Beruf, Freiheit, den die solcherart zur Zeitkasse gebetenen Väter erdulden müssten, soll ausgeglichen werden, indem wir uns die zukünftige Zivilgesellschaft als ein Netz von Eltern»familien« denken sollen, die Demokratie zu Hause üben, die Vernetzung in der Kommune betreiben, sich nicht abschließen usw. In dieser Weise ist die Unterdrückung von Frauen über die Familie nicht mehr nötig. Aber ist Gesellschaft so möglich? Was von der feministischen Kritik an der Familie nach diesem Konzept bleibt, ist unerheblich. Was bei Giddens jedoch fehlt, ist die Frage, wie in dieser sozialdemokratischen Idylle Profite der transnationalen Konzerne realisiert werden können.

## **Was tun?**

Ein besonderer Anreiz für mich, erneut über Politik in Geschlechterverhältnissen nachzudenken, war auch die Lektüre der »Gysi-Thesen« und derjenigen der »Programmkommission« (1999). Es ist zwar allgemein modern geworden, die Gleichberechtigung der Geschlechter wenigstens nebenbei als programmatisch zu erwähnen, bei der PDS aber ist gar die Emanzipation der Frauen und die Abschaffung der herrschaftlichen Geschlechterverhältnisse eine von zwei tragenden Säulen. Es ist also eine radikal veränderte Partei, die solches von sich behauptet. Zudem wird noch versprochen, auf den Forderungen und Ergebnissen von 30 Jahren Frauenbewegung aufzubauen.

Inzwischen aber wissen wir, dass gerade dies problematisch ist, weil die Forderungen im neoliberalen Feld integriert und übernommen sind, sie sich also nicht umstandslos als neue Grundlage für Politik eignen. Einige Umbauarbeiten vorweg wären nötig. Daher verwundert auch nicht, dass die PDS-Papiere im weiteren Verlauf in Bezug auf Geschlechterverhältnisse und Frauenemanzipation merkwürdig inhaltsleer sind, dass es also bei einer bloßen Absichtserklärung bleibt. Ohne Zweifel ist die Tatsache, dass sowohl die Gysi-Thesen als auch das Programmpapier derartig energisch auf der Frage der Geschlechterverhältnisse beharren und auch immer weibliche und männliche Anredeformen wählen, auch positiv, eine Grundlage, auf der man besser Politik machen könnte als wenn das nicht der Fall wäre. Aber wie?

## Fünf abschließende Thesen

1. Ganz offensichtlich hat sich die zu Grunde liegende Konstellation für die über lange Jahre zentralen politischen Forderungen auf eine Weise geändert, dass aus Befreiungsforderungen jetzt solche der Systemsicherung und der Beförderung und Reproduktion neoliberaler Politik wurden, ohne dass darum die Forderungen selbst – etwa die nach einer Neufassung des Arbeitsbegriffs – falsch geworden wären. Aus der Analyse dieser Lage ergeben sich eine Reihe von Forschungsfragen und -aufgaben, die gemeinsam zu erarbeiten sind.

2. Ist die umstandslose Einbeziehung einer Reihe ehemals linker feministischer Forderungen in *mainstream*-Politik für den herrschenden Block überhaupt tragbar? Können Kirche und Konservative die oben diskutierten Vorhaben so einfach gutheißen ohne ihr Klientel zu verlieren? Wenn nein, wären gerade die Teile zu unterstützen und voranzutreiben, die die herrschende Hegemonie verunsichern.

3. Vielleicht gelingt neoliberale »Progressivität« durch das Beschränken und Zerreißen bislang zusammengehöriger Dimensionen. Und vielleicht hätte auch ein radikaler feministischer Entwurf Chancen, der aus der Auflösung der Grenzen bisheriger konservativer Politik durch die Neoliberalen Nutzen ziehen würde; durch das Zusammenfügen der Fragmente, durch das Streiten für eine Zivilgesellschaft, die alle zentralen Fragen der Gesellschaft – die sozialen, die politischen und die Arbeitsfragen – zugleich auf die Tagesordnung setzt.

4. Diese noch sehr allgemein gehaltene Orientierung bedeutet konkret, zunächst weder alle Vorschläge aus neoliberaler Ecke einfach abzulehnen noch umstandslos zu kooptieren, sondern bei der Frage der Familie und des Elternschaftsvertrags gegebenenfalls trotz der Zustimmung zu der vorgeschlagenen Lösung auf persönlicher Ebene die Grenze ins Gesellschaftliche zu überschreiten. Verantwortung für die nächste Generation kann sich ja nicht darin erschöpfen, die Arbeitszeiten und die Ausgaben für Kinder gerecht zwischen den Eltern zu verteilen. Verantwortung übernehmen bedeutet ja auch, ein Mitspracherecht zu fordern bei allen Fragen von Kindertagesstätten, Schule und Ausbildung bis hin zu Fragen der Gesundheit und der Umwelt, in der die Kinder leben sollen. Dies aber kann ja nicht individuelles Recht oder Pflicht sein, sondern betrifft alle. So wendet sich der Elternschaftsvertrag in einen neuen Geschlechtervertrag, weil die gesellschaftliche Mitbestimmung zugunsten der nächsten Generation eine andere Prioritätensetzung in der Gesellschaftspolitik verlangt, welche die Grenzen der bisherigen geschlechtlichen Arbeitsteilung und der entsprechenden Wertsetzungen überschreitet<sup>1</sup>.

5. Zu studieren ist auch die Seite der realen Umbrüche und Veränderungen, auf die die neoliberale Politik reagiert. Sie betreffen u. a. auch die Teilung der Arbeit, dabei die Entwicklung der Produktivkräfte und die dadurch bedingten Kämpfe um die Ge-

---

1 Vgl. dazu meinen Beitrag: Es ist Zeit für einen neuen Geschlechtervertrag. In: Haug 1997, Frauenpolitiken.

schlechtstypik von Arbeit. Die Besetzung von Erwerbsarbeit durch Frauen auf allen Ebenen verlangt eine Neubesichtigung sämtlicher gesellschaftlicher Arbeiten und ihre Verteilung auf alle Gesellschaftsmitglieder. Die neoliberalen Vorschläge – etwa des Club of Rome oder der bayrisch-sächsischen Zukunftskommission – entwerfen Lösungen für die Krise der Arbeitsgesellschaft, die sich für Frauen ebenso wie für die Menschlichkeit der Gesellschaft positiv auswirken können, wenn sie verbunden werden mit den Fragen sozialer Gerechtigkeit und umfassender Gleichheit. Damit solches geschieht, genügt es nicht, Frauenforderungen in Parteiprogrammen wiederzufinden. Vielmehr ist darüber nachzudenken, wie Frauen als Akteurinnen von Politik für ein so umfassendes Politikprogramm gewinnbar sind. Dies ist eine Frage des Überlebens.

## Literatur

- Cockburn, Cynthia: Die Herrschaftsmaschine, Hamburg, Berlin/W. 1988.  
dies.: Blockierte Frauenwege. Wie Männer Gleichheit in Institutionen und Betrieben verweigern, Berlin/W., Hamburg 1993.
- dalla Costa, Maria Rosa: Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. In: S. James (Hg.), Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, Berlin/W. 1973.
- Game, Ann/Pringle, Rosemary: Gender at Work, Sydney 1983.
- Giarini, O./Liedtke, P. M.: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg 1998.
- Giddens, Anthony: Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt/M. 1999.
- Gysi, Gregor: Gerechtigkeit ist modern. Eine notwendige Antwort auf Gerhard Schröder und Tony Blair. Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus. 1999.
- Haug, Frigga: Frauenfrage und Gewerkschaftspolitik – Das Beispiel: Setzen. In: Argument 135/1982, S. 644-652.  
dies.: Paradoxien feministischer Realpolitik. Zum Kampf um die Frauenquote. In: dies.: Frauen-Politiken, Hamburg 1987, S. 25 ff.
- dies.: Feminisierung der Arbeit. In: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 5, 1999.
- dies.: Terrainverschiebungen für eine Politik um die Zukunft der Arbeit. In: Argument 230/1999(a), S. 434-443.
- dies.: Die Neue Mitte – Bewegungsmöglichkeiten im Neoliberalismus. In: Argument 233/1999(b), S. 795-810.
- Mahnkopf, Birgit: Die Feminisierung der Beschäftigung in Europa und anderswo. In: Frauen im vereinten Europa. Hg. v. Unabhängigen Frauenbund der Red. Weibblich, Berlin 1997, S. 22-31.



- Pressedienst PDS: Thesen zur programmatischen Debatte. Von der Programmkommission, 1999.
- Rose, Hilary: Weltweite Feminisierung der Lohnarbeit. In: Argument 144/1984, S. 185-198.
- Schmidt, R./Stöckigt, K.: Frauenarbeit in Freien Produktionszonen – die Beispiele Sri Lanka und Philippinen. In: Mehrwert 32/1990, S. 32-65.
- Schröder, Gerhard/Blair, Anthony: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Veröffentlicht im Internet und diversen Zeitungen und Zeitschriften u. a. Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1999, S. 887-896.
- Smith, Dorothy: Der aktive Text, Hamburg 1998.
- Wichterich, Christa: Wir sind das Wunder durch das wir überleben. Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking, Köln 1996.
- dies.: Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit, Reinbek 1998.

## **Grenzenlos flexibel?** **Antworten auf die Globalisierung**

In meinem Beitrag geht es vor allem um Antworten auf Globalisierung. Globalisierung ist ein schillernder Begriff, der auch im Zusammenhang mit Wirtschaft und Arbeitsmarkt je nach Situation oder Intention vieldeutig gebraucht wird. Das Schlagwort Globalisierung ist eine Erfindung amerikanischer Managementschulen. Es suggeriert, dass nur die Unternehmen, die sich rechtzeitig und rückhaltlos auf die neue, globale Konkurrenz um Märkte und Standorte einstellen, überleben können (vgl. Krätke 1997). Nur wer zum globalen Mitspieler wird und seine Unternehmenstätigkeit weltweit ausdehnt anstatt sich auf die Bewahrung heimischer Besitzstände zu beschränken, scheint



eine Zukunft zu haben. Globalisierung, das meint demnach die Expansion der neo-liberalen Marktwirtschaft bis in die entlegendsten Ecken der Länder und die letzten Winkel unseres Planeten (Wichterich 1998). Der Gebrauch des Begriffs Globalisierung expandiert vor allem seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Das Phänomen, das er beschreibt, ist hingegen viel älter (vgl. auch Notz 2000).

Die neue Rhetorik der Globalisierung bezieht sich nicht nur auf die ökonomische, sondern auch auf die kommunikationstechnische, die ökologische, die arbeitsorganisatorische, die kulturelle und die zivilgesellschaftliche Dimension. Bemerkenswert in der Globalisierungsdiskussion ist das Ausmaß der wissenschaftlichen und politischen Uneinigkeit über die Auswirkungen der Globalisierung auf die Wirtschaft. Betrachtet man Globalisierung aus feministischer Perspektive, so fällt es auf, dass die geschlechterspezifische Entwicklung der globalen Transformationsprozesse in den meisten Diskussionen und Veröffentlichungen ausgeblendet wird. Wo sie Beachtung findet, wird darum gestritten, ob Frauen durch die Globalisierung der Wirtschaftsstrukturen nicht auch zu »Gewinnerinnen« des ökonomisch-technologischen Strukturwandels werden können und ob nicht neue Formen der sozialen und geschlechterspezifischen Ungleichheiten durch die Verbreitung immer »flexiblerer« Arbeitsstrukturen und durch immer mehr Deregulierung entstehen, die Frauen – und zunehmend auch Männer – in die Gruppe der *working poor* ohne soziale Absicherung drängen.

Die Frage danach, welche geschlechterspezifischen Auswirkungen die Globalisierung hat, verlangt einen Blick in die Geschichte, einen Blick in die Gegenwart und einen Blick nach vorn. Ich will diesen Beitrag daher in vier Etappen gliedern. Die Etappen nenne ich »Rückblick«, »Einblick«, »Ausblick« und »Perspektiven«.

## **Rückblick**

Karl Marx und Friedrich Engels haben 1948 im Kommunistischen Manifest auf die »Exploitation des Weltmarkts« hingewiesen, durch die die Bourgeoisie »die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet.« Marx und Engels sahen damals die Vorteile eines Weltmarktes, durch den die selbstgenügsamen nationalen Industrien vernichtet würden; die neu entstandenen materiellen und geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen sollten Gemeingut für die gesamte Weltbevölkerung werden, so wie sich aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen eine »Weltliteratur« bilden sollte (1971, S. 529).

Schon damals bezweifelte Louise Otto, die später als Begründerin der deutschen Frauenbewegung bezeichnet wurde, dass bei der kosmopolitischen Gestaltung die Interessen der Frauen ausreichend berücksichtigt würden. Sie schrieb in der »Adresse eines Mädchens« an den hochverehrten Herrn Minister Oberländer, an die durch ihn berufene Arbeiterkommission und an alle Arbeiter in der Leipziger Arbeiter-Zeitung vom 20. Mai 1948 u. a.: »Meine Herren – wenn Sie sich mit der großen Aufgabe unserer Zeit, mit der Organisation der Arbeit beschäftigen, so wollen Sie nicht ver-

gessen, dass es nicht genug ist, wenn Sie die Arbeit für die Männer organisieren, sondern dass Sie dieselbe auch für die Frauen organisieren müssen.« Sie verlangte schon damals die Solidarität der verantwortlichen Akteure, obwohl ihr die verschiedenen Interessen bewusst waren. Und sie setzte auf die Solidarität der bürgerlichen Frauen mit den Arbeiterinnen, obgleich sie wusste, dass Dienstmädchen anderen Diskriminierungen ausgesetzt waren als ihre Herrinnen. Sie selbst wollte schon damals nicht, dass besser gestellte Frauen die Möglichkeit zu ihrer Emanzipation auf Kosten anderer Frauen erkaufen.

In ihrem gesellschaftskritischen Roman »Schloss und Fabrik« beschrieb sie 1846 die frühindustrielle internationale Kapitalverflechtung, die zu großen gesellschaftlichen Umwälzungen führte und die unterschiedliche Auswirkungen auf Menschen von unterschiedlicher Herkunft und Geschlecht hatte. »Mitten in den großen Umwälzungen, in denen wir uns alle befinden, werden sich die Frauen vergessen sehen, wenn sie selbst an sich zu denken vergessen!« schrieb sie 1849 in der ersten Ausgabe der »Frauenzeitung«.

Globalisierung und Internationalisierung sind nichts Neues. Sie sind mindestens so alt wie die Industrialisierung. In der BRD verstärkte sich in den siebziger Jahren die seit langem vonstatten gehende Auslagerung von Produktionsschritten in in- und ausländische Klein- und Mittelbetriebe (*outsourcing*). Die internationale Arbeitsteilung wurde forciert, indem verstärkt arbeitsintensive Produktionsschritte der Bekleidungs- und Elektronikindustrie aus den Industrienationen des Nordens in Länder Südeuropas, Nordafrikas, Ostasiens und Lateinamerikas ausgelagert wurden. Damit wurden die Lohn- und Lohnnebenkosten in den hochindustrialisierten Ländern sukzessive abgebaut. Das kostete schon damals Frauenarbeitsplätze. Denn arbeitsintensive Produktion wurde und wird weit überwiegend durch Frauen ausgeführt. Meist sind das heute sog. »Restarbeiten«, die (noch) nicht durch Maschinen ersetzt werden können, jedenfalls nicht billiger als wenn sie durch Frauenhände erledigt werden.

## **Einblick**

Die Ausmaße der Globalisierung waren nie zuvor so gravierend wie heute. Das hängt vor allem mit der rasanten Entwicklung der Informationstechnologien zusammen, die den Prozess der Globalisierung erleichtert und beschleunigt. Wir stehen also wieder mitten in den großen Umwälzungen. Und die Frauen werden sich wieder vergessen sehen, wenn die Analyse der geschlechterspezifischen Auswirkungen weiterhin vernachlässigt wird und Gegenstrategien gegen die Diskriminierungen unterbleiben.

Ulrich Beck spricht von einer »Weltgesellschaft« oder von einer »Weltrisikogesellschaft« und von »WeltbürgerInnen«. Bezug nehmend auf Marx stellt er fest, dass sich »neoliberale und urmarxistische Positionen gleichen und dass der nationalstaatliche Blick, der die Sozialwissenschaften bis heute gefangen hält, in ihrer Entstehungsphase in den politischen Wirren des aufkommenden Industriekapitalismus bereits in Frage

gestellt wurde« (Beck 1997: 49). Dem zweiten Argument ist zuzustimmen. Zu den Parallelen zwischen neoliberalen und unmarxistischen Positionen ist anzumerken, dass Marx und Engels von einer Gesellschaft gleichberechtigter Individuen ausgingen und von einer Aufhebung der kapitalistischen Macht- und Unterdrückungsverhältnisse. Davon sind die Verfechter des Neoliberalismus weit entfernt. Der These, dass die Globalisierungsfrage an die Stelle der Klassenfrage getreten ist (ebd.: 14), kann daher nicht zugestimmt werden. Die Globalisierung verstärkt die Klassenfrage, wenn auch die Dichotomisierung zwischen Kapitalisten und Arbeitern heute nicht mehr in dem Maße wie damals greift.

Die Horrormeldungen erreichen uns täglich. Nachrichten über anstehende Entlassungen, über Betriebsverlagerungen, über Firmen- oder Betriebsteilschließungen, über Kürzungen von Sozialleistungen, wachsende Staatsschulden, steigende Erwerbslosenzahlen, über mangelhafte internationale Konkurrenzfähigkeit, sinkenden Export, Naturzerstörungen, Abwertung von Qualifikationspotentialen; über zerstörte Karrieren, die nicht mehr gekittet werden können und verletzte Menschen mit Wunden, die nicht mehr geheilt werden können. »Die Globalisierung der Arbeitsmärkte zwingt uns« oder: »Wenn wir nicht weiter deregulieren, die Arbeitskräfte nicht noch flexibler einsetzen können, sind wir nicht wettbewerbsfähig.« Diese Sätze werden den ArbeitnehmerInnen seit Jahren eingetrichtert wie von einer Schallplatte mit Sprung, ergänzt durch: »Der Standort Deutschland muss erhalten bleiben.« Globalisierung und Standortfrage rechtfertigen scheinbar einfach alles. Der gesellschaftliche Einfluss der Gewerkschaften soll untergraben werden, die Konkurrenz zwischen den ArbeitnehmerInnen und zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zwischen alten und jungen, Einheimischen und MigrantInnen, Arbeitsplatz»besitzern« und Arbeitslosen wächst ins Unermessliche.

Die Globalisierung hat nicht nur ein geschlechtsspezifisches Gesicht, sondern differenziert auch nach Klassen- und Rassenzugehörigkeit stark aus. Obwohl Experten darauf verweisen, dass die Globalisierung nicht als wesentliche Ursache für Erwerbslosigkeit in der BRD verantwortlich gemacht werden kann (vgl. Hirst/Thompson 1996: 1 ff.; Beck 1997: 43), weil nur 1,2 % der gesamten Importe der westlichen Industrieländer aus sogenannten »Billiglohnländern« stammen, kann nicht übersehen werden, dass bestimmte Branchen die Konkurrenz der »Tigerstaaten« in Asien oder Osteuropa spüren. Es handelt sich dabei besonders um Branchen mit arbeitsintensiver Produktion, und das trifft vor allem auf Frauenarbeitsplätze zu (vgl. Wichterich 1997). Zudem gelangen viele Produkte aus »Billiglohnländern« über andere Industriestaaten in die Bundesrepublik. Von wesentlich größerer Bedeutung erscheint allerdings die Internationalisierung der Finanzmärkte und die damit einhergehende Veränderung der Unternehmenskultur finanzkräftiger Unternehmen, für die es lukrativer ist, ihre Gewinne auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten anzulegen anstatt in Arbeitsplätze zu investieren. Beck (1997: 42) spricht von »virtueller Ökonomie«.

Besonders Frauen arbeiten in den »Billiglohn-Ländern« – wie der Name schon sagt – billiger, sie haben kaum Möglichkeiten, sich zu organisieren. Das schwächt

bekanntlich die Gegenmacht. An den niedrigen Löhnen orientieren sich auch die einheimischen Unternehmen. Auch ihnen geht es darum, Lohnnebenkosten und Steuern zu sparen. Frauen sind dennoch nicht nur Opfer, sondern auch handelnde Subjekte. Das gilt auch im Prozess der Globalisierung der Weltwirtschaft. Es gibt Täterinnen, Profiteurinnen, Verliererinnen, auch Opfer und es gibt Aufräumkommandos von Frauen in der zerstörten Umwelt wie auch Akteurinnen, die Widerstand leisten. Zwar trifft Globalisierung ganz offensichtlich (viele) Frauen anders als (viele) Männer. Dennoch sind sie nicht als Gruppe, sondern wiederum jeweils in unterschiedlicher Weise betroffen. In den industrialisierten Ländern – auf diese beziehe ich mich im Wesentlichen – gibt es mehr Frauen als Männer, die zu den Randbelegschaften zählen, und mehr Männer als Frauen, die zu den Stammebelegschaften gehören. Diejenigen, die ganz aus dem Erwerbsarbeitsprozess herausfallen, sind ebenfalls überwiegend Frauen. Die Tatsache, dass die Armut weltweit zunimmt und dass 70 % der armen Menschen auf der Welt Frauen sind, belegt den Zusammenhang von Hunger auf der einen Seite und Weltmarktproduktion auf der anderen. Und die Tatsache, dass Frauen auf der Seite der Hungernden in größerem Maße vertreten sind, zeigt deren besondere Betroffenheit.

Die Schwellenländer Südasiens verdanken ihre als Wirtschaftswunder gepriesenen hohen Wachstumsraten den Millionen Frauen, die die Weltmarktfabriken in einem globalen Rotationsverfahren in ihren Sog brachten und wieder ausspuckten. Vor allem junge Frauen wurden zu Dumpinglöhnen eingestellt und nach ein paar Jahren, nach der Heirat oder nach der Familiengründung wieder entlassen, wie das in der Bekleidungsindustrie in der BRD ebenfalls lange der Fall war.

Die neue Phase der globalisierten Arbeitsteilung zeichnet sich nicht nur durch die wachsende Geschwindigkeit der Produktionsverlagerungen und die immer stärkere geografische Fragmentierung einzelner Herstellungsabläufe aus. Die transnationalen Konzerne beschränken ihre Aktivitäten nicht mehr auf den Produktionssektor, sondern sie haben sie auf den Dienstleistungssektor ausgedehnt. Europaweit arbeiten dort 75 % der weiblichen gegenüber 51 % der männlichen Beschäftigten (Altwater/Mahnkopf 1996: 296). Viele Frauen sitzen online in Satellitenbüros oder zu Hause am Computer und können stundenweise »dazuverdienen«. Das spart den Ausbau öffentlicher Verkehrsnetze und pädagogischer Infrastruktur für die Betreuung und Fürsorge für alte und kranke Menschen und die Erziehung von Kindern.

Weltweit »drängen« immer mehr Frauen auf den Erwerbsarbeitsmarkt und sie sind – trotz allgemein hoher Erwerbslosigkeit – nicht bereit, an den heimischen Herd zurückzukehren. 41 % der Beschäftigten sind weltweit Frauen, in den industrialisierten Ländern sind es 34 % (Wichterich 1997). Die Tendenz ist (fast) überall steigend. Lediglich in Mittel- und Osteuropa »verschwinden« derzeit Frauen vom Erwerbsarbeitsmarkt (Europäische Kommission 1996). Trotz der steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen liegt die Erwerbsquote der Männer in allen Ländern, für die Daten verfügbar sind, nach wie vor über der der Frauen. Und die Zuwachsraten des Anteils von Frauen auf dem Arbeitsmarkt bleiben weltweit hinter der Steigerung ihres Bildungsniveaus zurück. Allerdings arbeiten Frauen überall auf der Welt mehr Stunden als Männer. Im Durch-

schnitt tragen Frauen in den »Entwicklungsländern« 53 % und in den Industrieländern 51 % der Gesamtarbeitsbelastung. Doch im Gegensatz zu den Männern, die weltweit zu mehr als drei Vierteln bezahlte Tätigkeit leisten, wird ein großer Teil ihrer Arbeit nicht entlohnt. In den Industrieländern entfallen ca. zwei Drittel der Gesamtarbeitszeit von Männern auf bezahlte und ein Drittel auf unbezahlte Tätigkeiten, das sind Arbeiten im Haushalt und für das Gemeinwesen. Bei den Frauen ist das Verhältnis genau umgekehrt, sie verbringen ein Drittel ihrer Gesamtarbeitszeit mit marktorientierten Tätigkeiten (UNDP: 95 ff.).

Die zunehmende Beteiligung der Frauen an der bezahlten Lohnarbeit wird immer wieder beklagt: Sie wird als Ursache der Massenarbeitslosigkeit genannt. In der Bundesrepublik Deutschland ist es die gestiegene (West) oder ungebrochene (Ost) Erwerbsneigung der Frauen, die rezipiert wird, als seien die Frauen mit einer unheilbaren (Ost) oder ansteckenden Krankheit (West) geschlagen. Folgerichtig ist dann auch die größere »Erwerbsneigung« in den neuen Bundesländern die Ursache für die höhere Erwerbslosenquote in Ostdeutschland. Sie müsse auf ein »Normalmaß« zurückgedreht werden, betonen Politiker seit dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten immer wieder. Wobei mit »Normalmaß« die Erwerbsbeteiligung der westdeutschen Frauen in den sechziger und siebziger Jahren gemeint ist. Wären die Frauen dazu bereit, wäre die Zahl der Erwerbspersonen in Westdeutschland rund 3 Millionen geringer und damit die Arbeitslosigkeit weit weniger brisant (Miegel 1996: 20). Eine wahrhaft simple Ursachenforschung.

Sieht man sich ihre Arbeitsplätze und Tätigkeiten an, so sind Frauen bestenfalls quantitative Gewinnerinnen, jedoch qualitative Verliererinnen auf dem Arbeitsmarkt. Denn die Arbeitsplätze, die sie inne haben, werden immer flexibler und immer prekärer. Die qualitativen Verluste beziehen sich nicht ausschließlich auf Verluste an Arbeitszeit und bei der Sicherung des für die Existenz notwendigen Geldes, sondern auch auf verschlechterte Arbeitsbedingungen im Hinblick auf dequalifizierte Anforderungen und neue, schwerwiegende psychische und physische Belastungen, oftmals dort, wo neue Techniken, Arbeitsorganisationen und Managementmethoden eingesetzt werden. Flexible Erwerbsarbeitsstrukturen gelten weltweit als »weibliche Beschäftigungsmuster«, färben zunehmend jedoch auch auf Männer ab. Frauen sind weltweit lediglich die Pionierinnen dieser neuen Arbeitsorganisation.

Auch in der BRD wird – neben der Standortfrage – die globalisierte Wirtschaft verantwortlich dafür gemacht, dass einmal erkämpfte Rechte zurückgedrängt werden, um unsere Gesellschaft im neoliberalen Sinn zu verändern und den sozialen Konsens aufzukündigen. Arbeitsplätze werden in immer kleinere Portionen zerlegt und viele ArbeitnehmerInnen müssen sich damit abfinden, dass ihr Platz nicht auf dem 1. Arbeitsmarkt sein kann. Ihre »mangelnde Flexibilität« wird – neben anderen Problemen, die angeblich immer bei den ArbeitnehmerInnen selbst liegen – dafür verantwortlich gemacht, dass das Erwerbslosenproblem in absehbarer Zeit nicht gelöst werden kann. Es ist aber auch die Angst vor Erwerbslosigkeit oder vor noch schlechteren Arbeitsbedingungen und schlechter bezahlten Arbeitsplätzen, die instrumentalisiert wird für

eine Umverteilungspolitik zu Lasten weiter Bevölkerungskreise und vor allem von Frauen.

Die Erwähnung der Bedrohung des nationalen Standortes reicht oft schon aus, um die ArbeitnehmerInnen gefügig und gegeneinander ausspielbar zu machen. Der Standortwettbewerb führt dazu, dass Frauen überproportional erwerbslos werden und damit von Armut betroffen sind. In allen europäischen Ländern geht die steigende Beschäftigungsquote mit einer steigenden Erwerbslosenquote einher. Frauen werden als Arbeitsmarktreserve und »Lohndrückerinnen« missbraucht und gegen Männer, aber auch gegeneinander ausgespielt. Leider lassen sich (viel zu viele) Frauen immer wieder auf diese Strategien ein.

Obwohl in der Bundesrepublik die Aushöhlung erkämpfter Rechte voran schreitet, wird von Politikern der Blick über die Grenzen, nach USA, Großbritannien und den Niederlanden empfohlen. Dort entstehen massenweise neue Jobs. In den »Reformländern« lautet das Motto ganz eindeutig: lieber einen Billigjob als gar keinen job. *Working poor* – arm trotz Arbeit – ist auch in den Ländern der Europäischen Union an der Tagesordnung. Wie schon zu Beginn der Industrialisierung ist England wegweisend. Und der Preis des Jobwunders ist besonders für Frauen hoch: Ihre Arbeit ist es auch in den »Reformländern« vor allem, die halbiert oder in noch kleinere Portionen aufgeteilt wird – ohne jeden Lohnausgleich.

Verstärkt werden europaweit die ArbeitnehmerInnen aufgefordert, die Arbeit doch untereinander aufzuteilen. Teilzeitarbeit ist nicht per se eine prekäre Beschäftigungsform. Wichtig ist das Niveau der gesetzlichen und tarifvertraglichen Absicherung und das variiert innerhalb der EU-Länder beträchtlich. In der BRD arbeitet die Mehrzahl der Teilzeitarbeitenden zwischen 18 und 20 Stunden wöchentlich. 37,5 % aller Frauen, die 40 Stunden und mehr arbeiten und 53 % der erwerbstätigen Frauen insgesamt verdienen nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes weniger als 1.800,- DM netto. Diese Frauen haben nichts zu teilen. Die Konsequenz der aktuellen Ausweitung der Teilzeitstellen ist, dass die Vollzeitstellen sinken. Den Arbeitgebern wird es möglich, »Mitarbeiterpotentiale« voll auszuschöpfen. EU-weit sind 70 bis 90 % aller Teilzeitbeschäftigten weiblich. Fast die Hälfte (44,3 %) aller erwerbstätigen Frauen arbeitet in dieser Arbeitsform, aber nur 5,5 % der Männer. In den Niederlanden, die als das gelobte Land der Teilzeitmöglichkeiten gepriesen werden, sind 34,3 % aller Jobs Teilzeitjobs. Sieht man sich die geschlechterspezifische Verteilung an, so sind es auch da 67,2 % aller erwerbstätigen Frauen, die weniger als die kollektiv vereinbarte Arbeitszeit arbeiten, aber nur 16,7 % der Männer. Dafür leisten Frauen auch 70 % der unbezahlten Arbeiten im Haus und im Ehrenamt und nur 0,66 % der unter dreijährigen Kinder braucht einen Krippenplatz, weil die anderen zu Hause versorgt werden können (vgl. Notz 1997a).

Freilich äußern viele Frauen mit kleinen Kindern oder pflegebedürftigen Personen im Haushalt den Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten. Fragt man sie, wovon sie leben wollen, so erfährt man, dass sie ihre Existenz aus eigener Arbeit sichern möchten (vgl. Notz 1991). Das ist ihnen jedoch meist verwehrt. Frauen, die von dem aktuell erzielten Einkommen nicht leben können, bauen auch keine oder nur wenige Rentenansprüche



auf. Häufig ist Altersarmut die Folge. Das gilt in besonderem Maße für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, die vor allem in den Bereichen mit »typischen Frauenerbeitsplätzen« zu finden sind, so z. B. bei 90 % der Putzarbeiten und 90 % der Heimarbeiten. 35 % der Teilzeitkräfte arbeitet auch in den Niederlanden ohne Kündigungsschutz und ohne soziale Absicherung. Auf nicht existenzsichernden Arbeitsplätzen arbeiten keinesfalls nur Hausfrauen, sondern auch Alleinerziehende und viele andere Frauen, die sich selbst und eventuell weitere Familienmitglieder ernähren müssen.

*Working poor* und Armut im Alter gilt auch für die viel probagierten »neuen Selbständigen« (Frauen). EU-weit wird an den »Unternehmerinnengeist« als Mittel gegen Erwerbslosigkeit appelliert. In zwölf von 20 OECD-Ländern stieg die Zahl der Selbständigen in den letzten Jahren bereits schneller als die der Erwerbspersonen. Besonders hohe Wachstumsraten verzeichneten Belgien, Irland, Portugal, Italien und Großbritannien (OECD 1992: 156). Nicht verschwiegen werden sollte, dass sich die Selbständigkeit oft als Scheinselbständigkeit entpuppt (vgl. Notz 1997c).

In der BRD machen Frauen ca. ein Drittel aller Selbständigen aus. Die Schwerpunkte der Existenzgründung liegen im Dienstleistungsbereich und im Handel. Innerhalb der gewinnträchtigen Branchen dominieren eindeutig die Männer. Frauenbetriebe arbeiten meist mit geringem Kapitaleinsatz und Jahresumsatz. Die oft hervorgehobenen positiven Effekte auf den Arbeitsmarkt sind gering, die Hälfte der neuen Unternehmen bestehen lediglich aus der Gründerin selbst, die anderen haben meist ein bis zwei Angestellte. Über die Hälfte der Frauen machen sich selbständig wegen drohender oder bestehender Erwerbslosigkeit. Es ist die Not, die gründerisch macht. Die Hoffnung auf das große Geld haben die meisten Frauen von vornherein nicht. Fast ein Viertel der Frauen müssen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 1000 DM auskommen. Viele Existenzgründungen arbeiten also faktisch mit »ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen«.

Auch der Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen gilt als Wachstumssegment des Arbeitsmarktes. Wobei davon ausgegangen wird, dass die Zunahme der höher entlohnten weiblichen Erwerbstätigkeit verbunden mit steigenden beruflichen Anforderungen gleichzeitig einen Anstieg der haushaltsorientierten Dienstleistungsangebote bedingt, weil die Nachfragen nach flexiblen »Einfachdienstleistungen« im Servicebereich (private Kinderbetreuung, Reinigungshilfen, Wäscheversorgung, Einkaufshilfen etc.) zunehmen. Über das tatsächliche Ausmaß der Beschäftigungseffekte sind sich Experten in der BRD uneinig: Mindestens erwarten sie jedoch eine Million neuer Arbeitsplätze alleine in Privathaushalten (vgl. Notz 1997: 18 ff.).

Freie Stellen für Frauen gibt es europaweit und darüber hinaus lediglich im sozialen »Ehrenamt« (vgl. Gaskin u. a. 1996). In Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und anderswo sollen Frauen Menschen umsorgen und pflegen, die sich nicht, nicht mehr, noch nicht oder vorübergehend nicht selbst helfen können. Für die Instandhaltung und den Ausbau öffentlicher Infrastruktur fehlt das Geld. Es geht nicht darum, die Missstände anzuprangern oder gar Handlungskonzepte zu deren Aufhebung zu entwickeln. Das Einrichten von Tafeln mit aussortierten Lebensmitteln für Arme und Hilfsbedürftige mindert

den Reichtum der Wohlhabenden ebenso wenig wie es das Verteilen von Armensuppe durch die besser gestellten Damen zu Beginn der Industrialisierung getan hat. Solche Aktivitäten sind geeignet, das soziale Prestige der Wohltätigen zu mehren und die Hungernden zu demütigen. Sie bleiben die BittstellerInnen und sie bleiben arm. Auch in den Industrieländern wird offensichtlich mehr und mehr hingegenommen, dass an der Spaltung zwischen Arm und Reich, Dienenden und Bedienten, zwischen Menschen mit und ohne Erwerbsarbeitsplatz nichts zu ändern ist.

## Ausblick

WissenschaftlerInnen verweisen heute immer wieder darauf, dass in Zukunft nicht mehr alle Menschen Erwerbsarbeit im »ersten Sektor« werden finden können. Es gelte daher, den »Bann der erwerbswirtschaftlichen Dominanz« (Ullrich) zu brechen und Konzepte zur Neudefinition von Arbeit zu entwickeln. Es gibt viele »neue« Konzepte mit so vielfältigen Bezeichnungen wie soziale Ökonomie, Gemeinwirtschaft, gemeinwesenorientierte Tätigkeit, Eigenarbeit etc. Oft sind sie neuer Wein in alten (Ehrenamts-) Schläuchen. Selten ist die Hausarbeit in den Überlegungen miteinbegriffen; eine Veränderung der Tätigkeiten jenseits der Lohnarbeit ist nicht beabsichtigt. Produziert werden weitere Müllberge und Warenlawinen. Die entfremdete Arbeit bleibt, wie sie ist. Reparaturarbeiten übernehmen die Herausgefallenen und Zu-kurz-Gekommenen, die Arm-Gewordenen und Arm-Gemachten. Ich will nur drei der Konzepte skizzieren: Vorschläge, die sich auf die Etablierung eines dritten Sektors beziehen, Becks Konzept zur »Bürgerarbeit« und das Drei-Schichtenmodell, das für den Club of Rome entwickelt wurde (ausführlich hierzu Notz 1999).

Ein Konzept in der Diskussion um Wege aus der Erwerbslosigkeit ist der »dritte Sektor«, den z. B. Jeremy Rifkin (1995) oder Anthony Giddens (1997) propagieren. Während der Begriff »dritter Sektor« (tertiärer Sektor) in der Wirtschaftsterminologie den Dienstleistungssektor bezeichnet, meinen die Sozialforscher damit den »dritten Sektor« jenseits von Markt und Staat. Dort sollen vielfältige Arbeiten zu »Schattenlöhnen« geleistet werden und zwar von »Opfern der dritten Industriellen Revolution«, die im »marktwirtschaftlichen Sektor nichts wert sind« und angeblich zur Kriminalisierung neigen, wenn man ihnen nichts zu tun gibt.

»Bürgerarbeit« empfiehlt Beck (1997), Mitglied der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, als Antwort auf Globalisierung und als Gegenferment zur schrumpfenden Erwerbsarbeit für »Jugendliche vor der Berufsausbildung, Mütter nach der Erziehungsphase, ältere Menschen im Übergang in den Rentenstand«. Ihnen unterstellt er eine Motivation für »Bürgerarbeit«, denn sie suchen nach »gezielten Einsatzfeldern für freiwilliges soziales Engagement«. Bürgerarbeit wird – wie die »herkömmliche« ehrenamtliche Arbeit – nicht *entlohnt*, sondern *belohnt* und zwar immateriell durch »*Favor Credits*«. Eine Form von Bürgergeld, dessen Höhe etwa der Sozialhilfe entspricht, sollen lediglich diejenigen erhalten, die existentiell hierauf

angewiesen sind (Kommission: 146), ihnen würde ohnehin Sozialhilfe zustehen. Bürgerarbeiter dienen dem »Gemeinwohl«. Durch die Erschließung »nichtmarkt-gängiger, gemeinwohlorientierter Tätigkeitsfelder« (ebd.) soll in doppeltem Sinne geholfen werden: Die Zahl der Erwerbslosen kann verringert werden, denn gemeinnützig Tätige sind keine Arbeitslosen, sie stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung und die zunehmende Zahl der Hilfsbedürftigen kann zum Nulltarif versorgt werden. Das Faszinierende an dem Konzept ist: Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfeempfängerInnen können sich selbst umdefinieren. Sie stehen vor der Wahl, erwerbslos zu bleiben und langfristig Sozialhilfe zu beziehen oder im Freiwilligensektor für (gleich hohes) Bürgergeld öffentlich tätig zu werden.

Ulrich Beck wirft den Wohlfahrtsverbänden »verkrustete Strukturen« vor. Er selbst entwickelt ein durch und durch hierarchisches Konzept: Der Gemeinwohlunternehmer – eine charismatische »Führerpersönlichkeit«, der Menschen verführen kann, »Dinge zu tun, die sie sonst vielleicht gar nicht in Erwägung gezogen hätten«, eine Art Rumpelstilzchen, der Stroh zu Gold spinnen lassen kann – wird kontrolliert durch kommunale Ausschüsse für Bürgerarbeit, deren Vorsitzender dem Sozialprofil des »örtlichen Sokrates« entspricht (ebd.: 155).

Aus vielen Studien wissen wir, wie wichtig die Teilhabe an gesellschaftlich organisierter Arbeit für die Menschen ist (vgl. Notz 1989). Der Aspekt des höheren sozialen Status dürfte für viele, die aus der Rolle der BittstellerInnen heraus wollen, attraktiv sein. BürgerarbeiterIn zu sein ist etwas völlig anderes als SozialhilfeempfängerIn oder ArbeitslosenhilfeempfängerIn zu sein. Globalisierung und Individualisierung verdecken und verdrängen nach Meinung von Beck das Ausmaß und Potential für freiwilliges soziales Engagement. Bürgerarbeit käme den Individualisten geradezu entgegen. Schließlich wäre jeder in der Lage, das zu tun, was er gerade gerne möchte (Kommission: 153). Auch sieht Beck eine große Koalition für die Sache der Bürgerarbeit, denn das bürgerliche Lager gehört zu den schärfsten Kritikern der unbezahlbar gewordenen Leistungen des Wohlfahrtsstaates, die Liberalen und die Grünen waren immer für die Belebung örtlicher Bürgerinitiativen und auch die Sozialdemokraten beginnen die Innovationskraft eines Freiwilligen-Sektors für die Lösung zukünftiger Gesellschaftsaufgaben zu entdecken (vgl. Simonis 1998). Ohne Zweifel: Ehrenamtliche Arbeit und bürgerschaftliches Engagement sind für jede zivile Gesellschaft außerordentlich wichtig. Daher sollte sie auf mehr Menschen verteilt und nicht den Erwerbslosen als Ersatz angeboten werden.

Ausdrücklich wird in dem Konzept der »Zukunftskommission« von Sachsen und Bayern betont, dass die Arbeit freiwillig und für niemanden eine Verpflichtung zur Bürgerarbeit vorgesehen ist. Die »neuen Freiwilligen« haben offensichtlich keine Sanktionen in Form von Leistungskürzungen zu erwarten, wenn sie es vorziehen, sich auch nach der Einführung der Bürgerarbeit als SozialhilfeempfängerInnen zu definieren. So entgehen die Konzeptemacher dem Vorwurf, die Arbeitspflicht einführen zu wollen, auch wenn sie SozialhilfeempfängerInnen in nicht mehr Erwerbslose verwandeln wollen. Andere Konzepte, wie zum Beispiel das »Mehrschichtenmodell der Arbeit«, wie

es für den Club of Rome (Giarini/Liedtke 1998: 231 ff.) entwickelt worden ist, sprechen bereits offen über Arbeitspflicht.

Nach diesem Modell ist Arbeitspflicht für die erste Schicht vorgesehen. Sie leistet produktive Tätigkeiten im Umfang von ca. 20 Stunden wöchentlich und bekommt dafür einen Mindestlohn. Wer die Arbeit nicht annimmt, erhält keine staatlichen Gelder. In der zweiten Schicht kann hingegen bezahlte Arbeit für die Privatwirtschaft geleistet werden. Dort kann arbeiten wer will (bzw. den Zugang erhält) und solange er will. Die dritte Schicht umfasst Eigenarbeit und nicht bezahlte ehrenamtliche »freiwillige Tätigkeiten«. Das Konzept ist nicht neu. Konzepte zur Pflichtarbeit wurden auch durch die »Dualwissenschaftler« der achtziger Jahre in die Diskussion gebracht. Bereits damals wurden diejenigen, die dabei an faschistische Institutionen wie den Reichsarbeitsdienst dachten, der Begriffsstutzigkeit bezichtigt. SozialhilfeempfängerInnen werden schon heute immer häufiger zur Aufnahme von Arbeit verpflichtet. Gemeinnützige zusätzliche Arbeit (GZA) soll die Arm-gemachten zur Arbeit zwingen. Zwangsdienste sind für die BRD jedoch nach Art. 12 des Grundgesetzes verboten. Danach haben nicht nur alle Deutschen das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Arbeitsstrafen sind nur bei gerichtlich angeordneten Freiheitsstrafen zulässig. Arbeitsdienste sollte es in einer demokratischen BRD nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr geben. Die Mütter des Grundgesetzes wussten warum. Es gibt keinen Grund, daran etwas zu ändern.

Die für den »Dritten Sektor« vorgesehenen Arbeiten, wie auch die im Rahmen der »Bürgerarbeit« oder der »dritten Schicht« propagierten, sind im Wesentlichen Reparaturarbeiten, die der erste Sektor notwendig macht und vor allem Arbeiten, die heute schon weit mehrheitlich durch Frauen ausgeführt werden. Von dieser Tatsache – und was diese Zuweisung für die Lebens- und Arbeitsplanung von Frauen bedeutet, ist kaum die Rede. Und die Konzepte sind allesamt nicht geeignet, der sozialen und geschlechterspezifischen Ungleichheit entgegenzuwirken. Sie stilisieren das schlechte Bestehende zu Zukunftsmodellen, schreiben die soziale und geschlechterspezifische Ungleichheit fort und neue Unterschichtungen fest nach dem Motto »Ungleichheit belebt das Geschäft«. KämpferInnen der alten ArbeiterInnenbewegung geißelten eine solche Gesellschaft als zutiefst unmoralisch und abnorm. Denn – so Rosa Luxemburg – »abnorm sind im Grunde genommen alle auf soziale Ungleichheit basierenden Verhältnisse«. Und damit auch die aus der geschlechterspezifischen Ungleichheit resultierenden. Wir sollten unsere Kinder lehren, dass es unerträglich ist und dass man etwas dagegen unternehmen muss, wenn Menschen Hunger leiden, während andere vor Wohlstand beinahe platzen. Wir sollten sie auch lehren, dass man Freiheit und Menschenrechte nicht mit Waffen und Bomben verteidigen kann. Und wir sollten sie lehren, dass es schwer ist, gegen den Strom zu schwimmen, aber dass es möglich ist.

## Perspektiven für die Zukunft?

Für die nahe Zukunft ist nicht mit der Schaffung neuer, existenzsichernder Arbeitsplätze zu rechnen. Hingegen müssen wir mit der weiteren Destabilisierung des Bestehenden rechnen. Rifkin (1995) prophezeit fortschreitende soziale Polarisierung und als Folgen soziale Ausgrenzung, Kriminalisierung, Verelendung, Verwilderung und zunehmende Barbarei. – Wenn wir nicht für grundsätzliche Veränderungen kämpfen. Wie diese »grundsätzlichen Veränderungen« aussehen werden, wird auch davon abhängen, wie sich die Menschen zur Wehr setzen. Schließlich sind sie nicht nur Opfer der Verhältnisse, sondern auch handelnde Subjekte.

Betrachten wir Konzepte und Strategien zur »Lösung« der aktuellen Arbeitsmarktprobleme, so stellen wir fest, dass der von Feministinnen geforderte »erweiterte« Arbeitsbegriff aufgenommen und geradezu ins Gegenteil verkehrt: Ehrenamtliche Tätigkeiten und Familienarbeit werden als Arbeit ideologisch aufgewertet und sollen Ersatzfunktionen zur Abmilderung der sozialstaatlichen Abbaustrategien übernehmen. Der Staat verabschiedet sich aus der Verantwortung für das Gemeinwohl, indem er an den Gemeinsinn von BürgerInnen appelliert (vgl. Notz 1999). (Vor allem) Frauen sollen demnach mit ein bisschen Bürgergeld oder »Erziehungsgehalt« (Leipert/Opielka 1998) ausstaffiert und aus den Listen der um Erwerbsarbeit Nachsuchenden gestrichen werden. Die Deutsche Hausfrauengewerkschaft geht davon aus, dass sich viele Frauen nach der Geburt eines Kindes bewusst dafür entscheiden, »Familienarbeit« zu leisten. Diese Frauen würden gewissermaßen einen Berufswechsel vollziehen, der gleichwertige Entlohnung verlangt (vgl. Metz 1998). Der Verweis auf die Gleich-Wichtigkeit von Erwerbsarbeit und reproduktiven Familientätigkeiten unter dem »Aspekt der Wandlung des Arbeitsbegriffs« zementiert so die geschlechterhierarchische Arbeitsteilung. Die Trennungen zwischen »hochproduktiver Industrie mit weniger Arbeitskräften« und »personenorientierten Dienstleistungen« in der eigenen Familie bleiben, nunmehr abgesichert durch ein (minimales) Einkommen für Familienarbeit. Mit diesen Konzepten wird Haus- und Erziehungsarbeit unter den traditionellen Arbeitsbegriff addiert, ohne dass Strukturveränderungen irgendwelcher Art beabsichtigt sind. Die Exklusion aus gesellschaftlich organisierter Arbeit mit allen damit verbundenen Nachteilen – unter anderem der Schwierigkeit der späteren Wiedereingliederung – bleibt bestehen.

Notwendig wird eine feministische Wissenschaftskritik, die den traditionellen Begriff Arbeit kritisiert und als völlig falsch entlarvt. Die bloße Erweiterung des Arbeitsbegriffs um Reproduktionsarbeiten reicht nicht. Die Kritik der Arbeit in kapitalistischen Verhältnissen zielt über die Forderung nach Einbeziehung aller jetzt unbezahlt geleisteten Arbeiten in die Lohnform hinaus. Schließlich geht es um eine Kritik an der Lohnförmigkeit auch der jetzt bezahlt geleisteten Arbeit und der Abhängigkeit der bloßen Existenz vom gezahlten Lohn. Und diese Kritik muss geschlechtsspezifisch geführt werden. Noch sind die meisten Formen der Eigenarbeit und nicht marktvermittelter Versorgungsarbeiten ebenso wie die Arbeit in der großen oder kleinen Fabrik vom toten Kapital definiert.

Es gilt den globalen Gesellschaftsvertrag aufzukündigen, der globales Wirtschaften auf die Basis von umweltzerstörerischem Wachstum, zunehmender sozialer Ungleichheit und sexistischer Arbeitsteilung stellt. Für die Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik und auch die Politik der Gewerkschaften wird es unerlässlich, den Blick auf die Arbeit als Ganzes zu richten. Das hieße auch, dass »kleine Selbständige«, die oft weder Produktionsmittel besitzen noch andere Menschen für sich arbeiten lassen, ebenso in die Strategien miteinbezogen werden müssen wie Menschen aus Schatten- und Alternativwirtschaft und lokaler Ökonomie sowie Hauswirtschaft. Das Augenmerk darf nicht nur auf Arbeitsbeschaffung sondern auch auf Humanisierung, Demokratisierung, Arbeitsinhalte und Nützlichkeit der Produkte gerichtet werden. Es geht um gesellschaftlich notwendige, sinnvolle und möglichst selbstbestimmte Arbeit in *allen* Arbeitsbereichen. Und es geht um die Frage der Veränderung der strukturellen Ungleichheit zwischen Männern und Frauen. Es genügt nicht, dass Frauen die Hälfte vom schimmligen Kuchen fordern. Wir haben ohnehin schon Magenschmerzen. Ich kann kein emanzipatorisches Konzept darin sehen, dass Frauen nun auch den Dienst mit der Waffe leisten sollen (wollen). Heute ist es modern, im *mainstream* zu schwimmen; diejenigen, die soziale Gerechtigkeit und geschlechterspezifische Ebenbürtigkeit wollen, scheinen untergegangen zu sein. Gleichberechtigung hieße doch, keine Generäle, keine Wehrpflicht, keine Waffen – auch nicht für Männer.

Wir – und damit meine ich diejenigen, die mit der bestehenden sozialen und geschlechterspezifischen Ungleichheit nicht zufrieden sind – werden gemeinsam darüber nachdenken müssen, was wir wollen und was wir brauchen. Wir werden einen anderen Kuchen backen und wahrscheinlich die ganze Bäckerei umkrepeln müssen. Wir werden neu darüber nachdenken müssen, unter welchen Arbeitsbedingungen und mit welchen Ressourcen und Energien wir backen wollen. Auch ein Vollwert-Öko-Kuchen kann unter psychisch und physisch krank machenden, menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen gebacken werden. Und die nach den Kriterien humanisierter Arbeitsbedingungen gestaltete kleine Fabrik wird zum Destruktionsapparat, wenn dort Kriegsmaterial produziert wird. Arbeit sollte wieder als Ort der Kommunikation und Kooperation, der Solidarisierung unter Menschen verstanden werden und nicht als Ort des gegenseitigen Austricksens und Kaltstellens. In den Industrieländern wird eine radikale Arbeitszeitverkürzung im Bereich der Vollzeiterwerbsarbeit *und* eine Gleichverteilung der begrenzt vorhandenen bezahlten und der im Überfluss vorhandenen unbezahlt geleisteten Arbeiten auf beide Geschlechter notwendig, so dass es für alle möglich wird, Haus- und Sorgearbeiten und gemeinwesenorientierte Arbeiten zu übernehmen.

Genossenschaftliche und kommunitäre Arbeits- und Lebensformen, in denen sich Menschen zusammenschließen, um gemeinsam Dinge zu tun, die sie alleine gar nicht tun wollen oder können, und weil sie mit anderen zusammenleben, ganzheitlich und ohne patriarchale Hierarchien arbeiten und handeln wollen, gehen in diese Richtung. Sie setzen auf die Kraft des Experiments und werden vielleicht immer weitere Gebiete erschließen und ihre Konzepte und Ideen in immer weitere Kreise tragen.

Die Bewältigung der neuen Aufgaben, die die epochale Umbruchsituation der postmodernen Gesellschaft stellt, erlaubt keine wertneutralen Positionen, wenn die offensichtlichen Risiken von »Zukunftsmodellen« vermieden werden sollen. Theodor W. Adorno hat immer noch Recht mit seiner Aussage: »Alle Versuche, gegen die alles durchdringende Kälte anzugehen, sind zum Scheitern verurteilt, die nicht direkt an die gesellschaftlichen Wurzeln rühren, das heißt, an die gesellschaftliche Ordnung, die die Kälte produziert und reproduziert.«

## Literatur

- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung, Münster 1996.
- Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? Frankfurt/M. 1997.
- Europäische Kommission: Beschäftigung in Europa, Brüssel 1996.
- Franzke, Astrid/Ludwig, Johanna/Notz, Gisela: Neuherausgabe des Buches von Louise Otto-Peters: Das Recht der Frauen auf Erwerb, Leipzig 1997.
- Gaskin, Katharine u. a.: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern, Freiburg 1996.
- Hirst, Paul/Thompson, Grahame: Globalization in Question, Cambridge 1996.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Teil I, II + III, Bonn 1997.
- Kratke, Michael R.: Standortkonkurrenz – Realität und Rhetorik. In: Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.): Ökonomie ohne Arbeit – Arbeit ohne Ökonomie, Hannover 1997, S. 45-90.
- Lafontaine, Oskar: Globalisierung und internationale Zusammenarbeit. In: spw. Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 94/1997, S. 20-23.
- Leipert, Christian/Opielka, Michael: Erziehungsgehalt 2000. Ein Weg zur Aufwertung der Erziehungsarbeit, Freiburg 1998.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, zit. nach: Marx, Karl: Die Frühschriften, Stuttgart 1971.
- Metz, Ursula: Was ist Arbeit? – Überlegungen zum Vergleich von Erwerbstätigkeit und Erziehungs- bzw. Familienarbeit. Vortrag anlässlich der Sitzung des Deutschen Landfrauenverbandes, Ausschuss »Familien und Gesellschaftspolitik«, November 1998 in Bonn.
- Miegel, Meinhard: Der ausgefranste Arbeitsmarkt. In: Die Zeit, 9.2.1996, S. 20.
- Notz, Gisela: Frauen im sozialen Ehrenamt, Freiburg 1989.
- Notz, Gisela: Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann. Die Auswirkungen der Geburt des ersten Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern, Bonn 1991.
- Notz, Gisela: TeilZeit(arbeits)Los. In: Freitag, 9. Mai 1997.

- Notz, Gisela: Mädchen brauchen nichts zu lernen – sie heiraten ja doch! Die Frauen der älteren Generation und die Bildung. In: Hessische Blätter für Volksbildung 2/1997, S. 127-135.
- Notz, Gisela: Neue Selbständigkeit oder Scheinselbständigkeit. In: Deutsche Angestellten Gewerkschaft Frauen-Info Nr. 11/1997.
- Notz, Gisela: Wi(e)der die Rückkehr der Dienstbotinnengesellschaft. In: spw 97/1997, S. 18-24.
- Notz, Gisela: Die neuen Freiwilligen, das Ehrenamt – eine Antwort auf die Krise. 2. Aufl., Neu-Ulm 1999.
- Notz, Gisela: Mitten in den großen Umwälzungen: Antworten auf Globalisierung in der Wirtschaft. In: Gisela Engel/Birgit Marx: Globalisierung und Universalität Interdisziplinäre Beiträge, Dettelbach 2000, S. 43-60.
- OECD: Employment Outlook, Paris 1992.
- Otto-Peters, Louise: Schloss und Fabrik. Erste vollständige Ausgabe des 1846 zensurierten Romans. Hg. und mit einem Nachwort von Johanna Ludwig, Leipzig 1996.
- Otto, Louise: Adresse eines Mädchens. In: Leipziger Arbeiter-Zeitung, 20.5.1848.
- Otto, Louise: Programm der Frauenzeitung. In: Frauenzeitung 1, 21. April 1849.
- Rifkin, Jeremy: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/M., New York 1995.
- Simonis, Heide: Leitbild Soziale Bürgergesellschaft. Die Entwicklung des Dritten Sektors als Aufgabe der Politik. In: Rupert Graf Strachwitz (Hg.): Dritter Sektor Dritte Kraft, Stuttgart u. a. 1998.
- Wichterich, Christa: Globalisierung und Frauen. Referat anlässlich der Veranstaltung der LAG-Frauen der Grünen in Niedersachsen: »Globale Märkte – flexible Frauen« am 28.2.1997 in Hannover (1997).
- Wichterich Christa: Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit, Reinbek 1998.



## Neudefinition von Arbeit im Kontext sozialer Gerechtigkeit

Es gibt zwei Möglichkeiten, sich der Problematik zu nähern: von der Theorie oder den aktuellen Problemen ausgehend. Variante 1 ist die einfachere, weil sie die logische Entwicklung erleichtert. Variante 2 knüpft an den Beitrag von Christa Wichterich an, deshalb wähle ich diese. Von einigen Bemerkungen zur »Globalisierung« leite ich über zur theoretischen Entwicklung von Begriffen und Zusammenhängen und von diesen zu praktischen Konzepten.

### I

Globalisierung orientiert gesellschaftliches Leben an den Interessen der Weltmarktakteure. Privatisierung und Deregulierung sind Wege zu direkter Unterordnung des Sozialen und Ökologischen unter das Ökonomische. »Die Globalisierung und Tertiarisierung der Ökonomie gehen zwar mit einer ›Feminisierung der Beschäftigung‹ einher, doch meint dieses Schlagwort (4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking) neben einer Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit im allgemeinen zugleich die Verbreitung flexibler Arbeitsstrukturen im besonderen, die die lebenslange existenzsichernde Vollbeschäftigung zunehmend verdrängen. Aus der Perspektive vieler männlicher Arbeitnehmer erscheint diese Entwicklung als Abschied vom ›Normalarbeitsverhältnis‹.« (Altwater/Mahnkopf 1997: 297)

Das Normalarbeitsverhältnis als Merkmal des Fordismus, der bei Ressourcenraub im Süden und Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen zahlungsfähige Nachfrage – auch und insbesondere nach Mitteln für den Massenkonsum – zum Ausgangspunkt hatte, erodiert. Der erwerbstätige Mann im Alter zwischen 16 bzw. 18 und 65 Jahren mit geregelter Tages- und Wochenarbeitszeit sowie an das Erwerbsarbeitsverhältnis gekoppelter sozialer Sicherung galt als Normalität. Als Individuen aber blieben auch diese Männer nach ihren Arbeitsgängen und -funktionen zerstückelt, während die im fordistischen Arbeitsprozess zerstückelten Frauen zunehmend aus den Fabriken gedrängt und von neuem im Hinblick auf die zu spielende Rolle »beschränkt« bzw. »deformiert« wurden. Die Entwicklung einer neuen Arbeitsorganisation infolge der durch die Mikroelektronik bedingten Umwälzung der Betriebsweise, neue Konzepte

in der internen Arbeitsorganisation mit den Schlagworten *lean production*, *total quality management* und *business reengineering* sind verknüpft mit einer »... neuen Spaltung zwischen hochqualifizierten und nicht ortsgebundenen ›Wissensträgern‹ – meist weiß und männlich – und den gering qualifizierten räumlich gebundenen Arbeitskräften – Frauen aller Hautfarben sowie junge unqualifizierte Männern« (Young 1998: 185). Die Arbeit der einen wird auf-, die der anderen abgewertet. Diese Abwertung ist verquickt mit der Expansion prekärer Beschäftigungsverhältnisse, des informellen Sektors. Sonderwirtschaftszonen sind Frauendomänen. Die Subunternehmen als Akteure des informellen Sektors sind dezentrale Zulieferbetriebe, netzwerkartig weltweit verteilt – zunehmend in Osteuropa, wofür Marktnähe, qualifizierte billige Arbeitskräfte, Liefertreue, vorhandene Infrastruktur, günstige Währungskurse, EU-Förderung und das Image der Aufbauhilfe Ost sprechen (Musiolek 1999: 590 f.).



*Rege Beteiligung aus dem Publikum.*

Während in EG-Ländern einerseits Frauen in der Familie bleiben sollen, sollen sie andererseits, insbesondere auch im Hinblick auf Umbrüche in den Lebensstilen, ihr Einkommen und ihre soziale Lebenssicherung selbst erwirtschaften. Frauen in Tele- und anderer Heimarbeit sowie Sweatshops trennen nicht mehr einfach die Erwerbs- und familiäre Reproduktionsarbeit. Die öffentliche und private Sphäre vermischen sich scheinbar und teilweise tatsächlich. »Vereinbarkeit von Job und Familie« ist in der Europäischen Union offizielle beschäftigungspolitische Leitlinie. Aber: »(B)ei zunehmender Gleichheit zwischen Frauen und Männern der Mittelschicht zeigt sich eine zunehmende Ungleichheit und Ausdifferenzierung zwischen Frauen nach schichtspezifischer, ethnischer und nationaler Zugehörigkeit ... (E)s entsteht eine geschlechtsspezifische Gesellschaftsspaltung zwischen ... der meist männlichen entterritorialisierten Geldgesellschaft

und der an den Nationalstaat geknüpften (meist weiblichen) Arbeitsgesellschaft ...« (Young 1998: 188).

Die gepriesene Vereinbarkeit von Familie und Job wird de facto in die Privatsphäre der Menschen abgeschoben, zu Ungunsten der Frauen. Deren Integration in den Arbeitsmarkt, die einhergeht mit Prekarisierung von Erwerbsarbeit, Expansion des Niedriglohnbereiches

– besonders bei niedrig qualifizierten Dienstleistungen –, spitzt die sozialen Widersprüche unter Frauen zu. Einige machen Karriere in hoch bezahlter Ökonomie, viele andere sind bzw. werden zu *working poor*. Erstere zeichnen sich neben der Höhe ihres Einkommens insbesondere durch dispo­nible Zeit für die eigene Qualifizierung aus, für die weitgehend und zunehmend notwendige Leistungen privat gekauft werden müssen. Qualifikation entscheidet in der »unternehmerischen Wissensgesellschaft«, wo der einzelne Mensch Unternehmer seiner Arbeitskraft und seiner Daseinsvorsorge sein soll, über individuelle Reproduktionsbedingungen. Frauen haben hier mehrheitlich, trotz offizieller EU-Orientierung auf Gleichstellung der Geschlechter, bedeutend schlechtere Chancen als Männer. Dies kann mit vielen Fakten belegt werden.

## II

Es geht hier insbesondere um dreierlei: Erstens soll gezeigt werden, dass das Problem »soziale Gerechtigkeit« unter den Bedingungen sich ständig zuspitzender globaler Probleme und anwachsender Widersprüche diskutiert werden muss. Dazu gehören auch und insbesondere die anwachsenden Widersprüche zwischen den Interessen von Frauen. Zweitens wird deutlich, dass die Forderungen nach einem existenzsichernden Einkommen und nach Zeitsouveränität von Frauen in unterschiedlichen sozialen Lagen vertreten werden und vielleicht punktuell Solidarisierung befördern können. Drittens erweist sich, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Existenzsicherung, Zeitsouveränität, Umbewertung von Arbeit, Lösung der ökologischen Frage und Überwindung von sozialer Ungerechtigkeit gibt. Damit ist theoretische Arbeit gefordert, die zunächst Begriffe klären muss.

Wird die freie Entfaltung eines jeden Menschen angestrebt, gilt die Gleichheit in der Freiheit als »sozial gerecht«. Voraussetzung dafür sind sozial gleiche Reproduktions- und Lebensbedingungen für alle Menschen, was die Überwindung sozialer Ungleichheit bedeutet. Soziale Ungleichheit ist die ungleiche Verteilung von Rechten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Kriterien dafür sind soziale Herkunft, Geschlecht, Ethnie, körperliche Verfasstheit, Alter, politische Orientierung. Diese Kriterien sind von den Interessen der Herrschenden abgeleitet, dienen der Ausgrenzung und Entsolidarisierung. Soziale Ungleichheit wird hier »sozialer Gerechtigkeit« gegenübergestellt, »soziale Gerechtigkeit« mit sozialer Gleichheit identifiziert.

Das Maß für soziale Gerechtigkeit ist die Teilhabe der in der Kommune, Region, im Staat, in der Europäischen Gemeinschaft, in Europa und in der Welt Lebenden an allen Menschenrechten. Der »Blick von unten« offenbart deren Verletzung, hilft, soziale Ungerechtigkeiten aufzudecken. Er zeigt, dass die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen Verletzung von Menschenrechten ist, heute Lebenden und zukünftigen Generationen Lebenschancen raubt.

Gleichheit der Individuen in der Freiheit ist Vervielfältigung, Maximierung individueller Entwicklungschancen. Sie geht nicht zusammen mit Gleichmacherei, die die

Unterdrückung des Individuums und somit Ungerechtigkeit bedeutet. Diese Individuen sind Frauen und Männer, was im traditionellen Marxismus unzulänglich Berücksichtigung findet. Damit werden auch die Reproduktion der Gattung Mensch, Naturprozesse und natürliche Lebensbedingungen unterbelichtet. Gümen ist jedoch zuzustimmen, dass das »Geschlecht als durch und durch soziales Phänomen und im größten Zusammenhang gesamtgesellschaftlicher Prozesse zu erfassen« (Gümen 1998: 188) sei. Ferner verlangt emanzipatorischer Anspruch die Hinwendung zum Individuellen und somit auch zur Geschlechterproblematik, was eben dieser Marxismus unterschätzte. Damit war folgerichtig ein Zutritt zur Frage sozialer Gerechtigkeit und für sozialistische Politik erschwert.

Diese bedeutet insbesondere Aufdeckung und Kritik von gesellschaftlichen Strukturen, die Menschen ausgrenzen, deformieren, ihnen die Möglichkeiten individueller Entfaltung vorenthalten und zerstören. Diese Strukturen haben wesentlich mit gesellschaftlicher Arbeitsteilung zu tun: »Indem die Arbeit geteilt wird, wird auch der Mensch geteilt. Der Ausbildung einer einzigen Tätigkeit werden alle übrigen körperlichen und geistigen Fähigkeiten zum Opfer gebracht«, erklärte Engels (Engels 178: 272). Er zitierte auch *Das Kapital* von Marx: »(D)as Individuum selbst wird geteilt, in das automatische Triebwerk einer Teilarbeit verwandelt.« (Marx 1979: 381) Diese menschenfeindliche Arbeitsteilung ist mit der Neusetzung sozialer Gegensätze verbunden. Eine Minderheit sieht das eigene Leben höherwertiger als anderes, als fremdes an und beansprucht daher, die eigene Reproduktion auf Kosten anderer zu sichern. Dieses Prinzip entsprang der ersten großen gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die Sklaven und Herren, Ausbeuter und Ausgebeutete hervorbrachte. Diese Arbeitsteilung begründete auch die Herrschaft des Mannes im Haus. Sie bewirkte, dass unbezahlte Arbeit in der Ehe und Familie »natürlich« als Frauenangelegenheit und gesellschaftlich nicht produktiv galt.

Damit ist nach der Bestimmung »gesellschaftlicher produktiver Arbeit« gefragt, ebenso nach den Ursachen der Trennung zwischen dieser Arbeit und der »häuslichen Privatarbeit«. Logisch wäre Arbeit zur Erzeugung von Lebensmitteln, Gegenständen der Nahrung, Kleidung, Wohnung – von Produkten bzw. Leistungen für die Reproduktion des Menschen als gesellschaftliches Wesen und als Bestandteil der Natur – gesellschaftlich produktive Arbeit. Es gäbe keinen Grund für die gesellschaftliche Anerkennung von Arbeit für die Gesellschaft und die gesellschaftliche Nichtanerkennung von Arbeit zur Reproduktion der in der Gesellschaft Arbeitenden bzw. derer, die arbeiten wollen. Diese beiden Bereiche sind sowieso nicht strikt zu trennen. Die Grundlage für diese Trennung aber entsteht, sobald die Arbeit in der Gesellschaft über einen außerökonomischen Zwang und/oder über den Markt vermittelt und ihre Ergebnisse über derartige Mechanismen realisiert werden. Diese Mechanismen bedingen konkrete Arbeitsmittel als Voraussetzung für eine besondere Arbeitsteilung und bestimmte Eigentumsverhältnisse.

Die Trennung zwischen den beiden Bereichen ergibt sich im Kapitalismus durch ihren unterschiedlichen Anteil an der Verwertung von Kapital, der Produktion und

Realisierung von Mehrwert, darunter der Erzeugung von Produkten und Leistungen in Warenform. Aber auch hier gibt es Verquickungen und in die Unterscheidung zwischen Arbeit, die gesellschaftlich als notwendig und nützlich anerkannt oder ignoriert bzw. gering geschätzt wird, gehen die Ergebnisse politischer Auseinandersetzungen ein. Diese haben jedoch nicht die gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen überwunden, die wesentlich dadurch zu Stande kommt, dass die in der Familie unbezahlt verrichtete Arbeit zur Reproduktion der Gattung Mensch und der Fähigkeit, Kapital zu verwerten, nach wie vor Frauen zugewiesen ist.

Marx und Engels haben mit der Entwicklung der Produktivkräfte begründet, dass eine andere Arbeitsteilung möglich und aus Gründen rationeller Ressourcennutzung auch notwendig geworden ist. Damit ist die neue Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit auf gleichwertige arbeitsfähige Gesellschaftsmitglieder thematisiert. Das Geschlecht ist dann nicht mehr Kriterium für sozial ungleiche Verteilung von Arbeit, disponibler Zeit und Lebenschancen. Diese neue Arbeitsteilung basiert auf einem Arbeitsbegriff, der sich am »ganzheitlichen Charakter der Reproduktion des Lebens« orientiert (Braun 1998: 19). Auch deshalb bedeutet sie zugleich schrittweise Überwindung der »Zerstückelung des Menschen« durch Kombination von Arbeiten unterschiedlicher Kompliziertheitsgrade. So werden z. B. Reinigungsarbeiten (wieder) Angelegenheit aller Arbeitsfähigen und -willigen und bleiben in der Regel nicht beschränkt auf eine Gruppe von in mehrfacher Hinsicht Benachteiligten.

### III

Ausgehend vom Gedanken über die Reproduktion des Lebens in seiner Gesamtheit ist mit Marx zu fragen: »Gesellschaftlich notwendig – wofür?« und »Produktiv – in welchem Zusammenhang?« Es bestehen grundsätzliche Unterschiede zwischen notwendiger Arbeit zur Produktion oder Reproduktion eines Produktes bzw. einer Leistung, notwendiger Arbeit zur Reproduktion des Kapitals und notwendiger Arbeit zur Reproduktion der Gesellschaft. Der Arbeitsaufwand für die Gesundheit einer Patientin in Gestalt ärztlicher Beratung oder eines Krankenbesuchs ist vom Standpunkt der Gewinnrechnung der Pharmaindustrie ganz und gar nicht notwendig – ebenso wie die für gedeihliche gesellschaftliche Entwicklung notwendige hochwertige Berufsausbildung vom Einzelunternehmer häufig nur als kostentreibend angesehen wird.

Also kommt es erstens darauf an, die durch Verringerung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit für die Herstellung der Gebrauchswerte freigesetzten Arbeitspotentiale für eine Verkürzung der Arbeitszeit und für sinnvolle Arbeit in anderen Feldern zu nutzen. Zweitens gilt es dabei, die einseitige Orientierung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit an den Reproduktionsbedürfnissen des Kapitals zugunsten der Reproduktionsbedürfnisse der Gesellschaft und eines ausgefüllten selbstbestimmten Lebens des Einzelnen aufzubrechen und umzulenken. Drittens ist gefordert, davon ausgehend die für die Reproduktion der Gesellschaft neuen bzw. erweiterten produk-

tiven, gesellschaftlich notwendigen und nützlichen Tätigkeitsfelder zu bestimmen und zu erschließen. Dazu gehören vorrangig:

- eine auf ökologischen Umbau der Gesellschaft konzentrierte Entwicklung von Industrie, Landwirtschaft und produktionsnahen Dienstleistungen – in neuer Verbindung von traditionell wettbewerbsstarken Branchen, hochtechnologischen Entwicklungen, Umwelttechnologien und regionaler Wirtschaftspotentiale. Gefordert sind Tätigkeiten für den Erhalt der natürlichen Umwelt und zur Ausschöpfung regionaler Entwicklungspotenzen, die heute und zukünftig für die Lösung sozialer und globaler Probleme an Bedeutung gewinnen und den Übergang zu nachhaltiger Entwicklung befördern.
- Sozio-kulturelle, humanorientierte Dienstleistungen, die für die freie Entwicklung der Individuen, die soziale Gleichstellung der Geschlechter, ein sinnerfülltes Leben und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt entscheidend sind.

Damit zeichnen sich drei wichtige Fragen ab. Welche bisher in den privaten Haushalten, in den Familien und im Ehrenamt verrichteten Arbeiten sollen gesellschaftlich organisiert werden? Wie können die dafür notwendigen Ressourcen geschaffen, bereitgestellt und reproduziert werden? Wie kann dem entgegengewirkt werden, dass diese neuen Beschäftigungsfelder Frauendomänen werden bzw. bleiben und auf solche Weise geschlechtshierarchische Arbeitsteilung reproduziert wird? Sollen Frauen tatsächlich gleiche Lebenschancen wie Männer erhalten, muss ihnen und allen der Zugang zu Existenz sichernder Arbeit ermöglicht werden. Soll dies über die Bezahlung bisher unbezahlt geleisteter Hausarbeit erfolgen, würde ihnen dies zwar neue Chancen zur Selbstverwirklichung erschließen, jedoch bliebe ihnen der Zutritt zu anderen Sphären des gesellschaftlichen Lebens verwehrt. Sie müssen also gleichgestellt am gesellschaftlichen Reproduktionsprozess teilnehmen können, d.h. vor allem an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Dafür sind zum einen bildungspolitische, soziale und kulturelle Voraussetzungen im Sinne von individueller Befähigung zu schaffen, zum anderen bedarf es einer neuen Organisation der Familienarbeit.

Der Gleichstellung von Frauen und Männern im emanzipatorischen Sinne, d. h. zwischen beiden und innerhalb der Geschlechter, widerspricht die Realisierung der Familienarbeit über private personenbezogene Dienstleistungen. Deren Verwirklichung wäre wesentlich von der Einkommenskraft derer abhängig, die diese Dienstleistungen kaufen. Zudem würde die Realisierung von Familienarbeit über private personenbezogene Dienstleistungen zwischen deren AnbieterInnen und den KäuferInnen bzw. Kindern und PartnerInnen der KäuferInnen quasi neofeudale Beziehungen schaffen und reproduzieren. Soll dies verhindert werden, müssen Inhalte der Familienarbeit wie ein Teil der Kindererziehung, der Pflegeleistungen, Reinigung und Reparatur usw. in gesellschaftlicher Arbeitsteilung bewältigt werden. Zugleich wäre zu sichern, dass die neu geschaffenen gesellschaftlichen Beschäftigungsfelder nicht allein Frauen vorbehalten bleiben. Verschiedenartig komplizierte Arbeiten wären miteinander zu verbinden, um sinn- und persönlichkeitsstiftende Arbeiten für alle an der gesellschaftli-

chen Arbeitsteilung Beteiligten zu ermöglichen. Das erfordert eine soziale Infrastruktur bereitzustellen, die diese Entwicklungen ermöglicht.

Ferner ist zu berücksichtigen, dass trotz einer solchen neuen Arbeitsteilung nicht jegliche Familienarbeit Gegenstand von Vergesellschaftung sein kann. Nicht jede Kindererziehung und Pflegeleistung, Reinigung, Reparatur soll gesellschaftlich realisiert werden. Dies würde sich ebenfalls negativ auf zwischenmenschliche Beziehungen und die Persönlichkeitsentwicklung bei (gesellschaftlich) gewollter Individualisierung auswirken. Emanzipation verlangt gerechte Verteilung der Familienarbeit zwischen den PartnerInnen und die gesellschaftliche Kompensation materieller Aufwendungen für die Kindererziehung und für Pflegearbeiten. Sie bedarf entsprechender Wohnverhältnisse und umweltfreundlicher Haushaltstechnik.

Der Begriff »gesellschaftlich notwendige Arbeit« wird in der gegenwärtigen europäischen Debatte im Kontext mit Arbeiten an regionalen Entwicklungskonzepten für Krisengebiete gebraucht. So wird vielfach gefragt: Welche Arbeit ist für die Region gesellschaftlich notwendig, welche Ressourcen sind dafür vorhanden? Im Vordergrund stehen also die Organisation konkreter Beschäftigung in der Region und damit die Aufgabe, die Kreativität und Aktivität der Menschen vor Ort auszuschöpfen und endogene Potentiale und Verflechtungen der Region in die Initiierung und Ausweitung von regionalen Wirtschaftsprozessen umzusetzen. Auch dafür müssen die erforderlichen infrastrukturellen und finanziellen Ressourcen gesichert und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen verbessert werden. Gesellschaftlich notwendige Arbeit zu leisten bedeutet in diesem Zusammenhang, gerade in Krisengebieten die Möglichkeiten zur Befriedigung von Bedürfnissen und damit neue Arbeitsplätze zielgerichtet zu erschließen. Kommunale und regionale Beschäftigungspolitik ist vor allem Kommunikation und Organisation von Kooperation zwischen realen und potentiellen Akteuren der Regionalentwicklung. Regionale Beschäftigungspolitik soll helfen, vorherrschende gesellschaftliche Arbeitsteilung zu verändern. Indem neue regionale Akteure in der Wirtschaft auftreten, bestimmen nicht mehr einzig bzw. vorrangig transnationale Konzerne, *global players*, große Exporteure über das Leben in Regionen. Heute jedoch entwickeln sich Regionen in zunehmender Abhängigkeit von den Verwertungsinteressen der Akteure auf den Weltmärkten. Mit dem dominierenden Trend zu Deregulierung und Liberalisierung des Wirtschaftens wächst der Einfluss des Weltmarktes auf die Bewertung von – für das Großkapital – notwendiger Arbeit, in den Metropolen insbesondere von Männern verrichteter. »Spar«politik und Privatisierung vernichten öffentlich finanzierte Frauenarbeitsplätze und mehren die Belastungen von Frauen in der Familie. Kürzungen öffentlicher Ausgaben z. B. bei der Kinderbetreuung reduzieren sowohl dortige Frauenbeschäftigung als auch Erwerbschancen für Mütter. Besonders erwerbslose Frauen sind von Streichungen bei der Arbeitsmarktpolitik betroffen.

Gelingt es dennoch, in Regionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, die sowohl Massenarbeitslosigkeit abbauen, die Macht der Subjekte der »Globalisierung« zügeln und Regionen an gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion teilhaben lassen als

auch der »Zerstückelung des Menschen« nach Arbeitstätigkeit und geschlechtshierarchischer Zuordnung von bezahlter und unbezahlter Arbeit Widerstand entgegenzusetzen? Eine positive Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, inwiefern es gelingt, Entscheidungen über den Einsatz und die Nutzung von Ressourcen zu demokratisieren. Das erfordert und ermöglicht eine spürbare Arbeitszeitverkürzung bei Erhalt und Stärkung der Binnennachfrage, wofür Massenkaukraft wichtig ist. Zeitsouveränität und folgerichtig ein Existenz sicherndes Einkommen, Selbstbestimmung und Demokratie sind stets von Neuem problematisiert.

Doch sowohl Erwerbsarbeit von Frauen als auch ihre Privat- bzw. Hausarbeit sind in der gesellschaftlichen Normalität fremdbestimmt (Rowhani 1994: 192). Frauen können noch weniger als Männer über ausreichend große und zusammenhängende Einheiten von Zeit verfügen, in denen sie autonom handeln können. Das trifft auch und insbesondere für erwerbslose Frauen zu. »Soziale (Frei-)Zeit verlangt nach Entfaltungsmöglichkeiten, Planbarkeit, Verlässlichkeit, Disponierbarkeit, aber auch nach Spontaneität« (Rowhani 1994: 186-187). Bedingung dafür sind ein Einkommen, das ein Leben in Würde ermöglicht. »Es wäre an der Zeit, den Kampf um die Zeit aufzunehmen, indem die irreführenden Dichotomien Beruf und Privatleben als Orte der Durchsetzung von Herrschaftsinteressen begriffen und unsere eigenen Wünsche definiert würden. Uns selbst als Subjekte unserer eigenen Lebenszeit zu verstehen, hieße eine Lebenszeit zu schaffen, die für Verantwortung gegenüber Menschen, für Beziehungen, für Selbstversorgung und Erwerbsarbeit gleichermaßen Raum ließe wie für Differenzierung, Interaktion, Kooperation, Kultur, Utopien – für die Zukunft menschlicher Entwicklung. (W)ir müssen (Lebens-)Kultur ›machen‹ in einer Zeit, die wir uns erst nehmen müssen.« (Rowhani 1994: 213 f.)

Diese von Rowhani und anderen vertretene Position ist vereinbar sowohl mit dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit und für Existenz sichernde Arbeitsplätze als auch mit dem entwickelten Zutritt zur Reproduktion des Lebens in seiner Gesamtheit und der Neudefinition von Arbeit. Es wird daher ausdrücklich A. Braun zugestimmt, wenn sie schreibt: »Arbeit im umfassenden Sinne« könnte als »zweckgerichtete, abhängig und arbeitsteilig organisierte Verausgabung menschlicher Arbeitskraft bezeichnet werden, die im Zusammenwirken mit der Natur und mit von den Menschen geschaffenen Produktionsmitteln Gebrauchswerte hervorbringt, die in der Form von materiellen Gebrauchswerten, persönlichen Diensten und der Erhaltung der Gattung selbst der Reproduktion des Lebens im weitesten Sinne dienen« (Braun 1998: 27). Sie entwickelt weiter: »Der Beitrag zur Reproduktion des Lebens würde sich in der ›Reproduktionszeit‹ ausdrücken, die sich aus ›notwendiger Reproduktionszeit‹ und ›freier Zeit für alle‹ zusammensetzt« (Braun 1998: 86). »Freie Zeit für alle« wäre die Zeit, die verbleibt nach der Verrichtung notwendiger Reproduktion. An dieser ›notwendigen Reproduktionszeit‹, in der das unmittelbare Leben reproduziert und die notwendigen Mittel zum Leben produziert würden, müssten sich alle Gesellschaftsmitglieder beteiligen. »Auf diese Weise würde jede/r ihren/seinen Anteil an der Schaffung von Lebenszeit leisten. Dabei entscheidet nicht, wie viel Zeit jede/r aufwendet, sondern was sie/er in dieser Zeit



hervorbringt, also der Gebrauchswert der geschaffenen ›Lebenszeit‹ (Braun 1998: 87). Lebenszeit wird nach Braun durch die unmittelbare Reproduktion des Lebens geschaffen, erhalten und gestaltet (Braun 1998: 166). Das »Reich der Notwendigkeit« würde somit »neu definiert, ... anders organisiert und strukturiert; im Verhältnis zur ›freien Zeit für alle‹ minimiert, aber bezogen auf die Schaffung von Lebenszeit maximiert« (Braun 1998: 87). Das allerdings setze voraus, dass erstens die notwendigen Tätigkeiten erweitert würden um die Reproduktionsarbeit in der Familie und Arbeiten zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Zweitens müsste »auf dieser Grundlage die warenförmige Produktion von Mitteln zum Leben selbst umgestaltet werden«, wobei deren Zweck und die gesellschaftliche Arbeitsteilung nicht mehr vom Profit dominiert sein würden (Braun 1998: 86). Hinzuzufügen wäre, dass diese Teilnahme an der »notwendigen Reproduktionszeit« für alle unvereinbar mit Zwang ist.

Derartige Überlegungen und die eingangs dargelegten Probleme der Globalisierung, veranlassen Rowhani, Stiegler und Jansen ein neues Normalarbeitsverhältnis zu definieren: »Zukunftskonzepte wie 25 Stunden Erwerbsarbeit und 25 Stunden Sorgearbeit für jede Bürgerin und jeden Bürger, oder das Modell des ›Doppelversorger Haushalt‹ auf der Basis subnormaler Arbeitszeiten (75 % der heutigen Arbeitszeit für jede/n) müssen breit diskutiert werden, damit das Modell der Versorgungsehe oder der modernisierten Versorgungsehe (Er: Vollzeit, Sie: Teilzeit) abgelöst wird« (Stiegler 1999: 36). Damit verbunden ist eine Reformierung des Sozialstaates. »Er müsste künftig auf mündigen BürgerInnen fußen, die mit dem dafür notwendigen Minimum an unabhängigen Existenzrechten und Möglichkeiten zur Mündigkeit ausgestaltet werden, auf dieser Basis jedoch auch selbstverantwortlich für deren sinnvolle Nutzung sind. Grundsicherung, Hilfen zur Selbsthilfe, für jede Person eigenständige Sozial- und Krankensicherung und Versorgung für den Notfall wären Bestandteile dessen, die ein Minimum an Eigentum verbürgen, das Voraussetzung ist, sich auf dem Markt bewegen zu können« (Jansen 1999: 49). Daher sei die Gleichstellung aller Lebensformen ein Muss. Die Betrachtung des gesamten individuellen Lebens im wechselnden Beziehungsgefüge begründe dies.

Sowohl dieses Herangehen als auch die verstärkten Bestrebungen wie z. B. der Bayerisch-Sächsischen Kommission für Zukunftsfragen, der sächsischen Landesregierung, Frauen weitgehend aus der Erwerbs- in die Hausarbeit zu verdrängen, thematisieren immer wieder die Aufwertung von Frauenarbeit als wesentlichen Bestandteil der Umbewertung von Arbeit. Die von Babara Stiegler dazu aufgezeigten Wege stimmen überein mit der entwickelten Position zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit und präzisieren diese teilweise. Stiegler nennt drei Wege:

- »Ausweitung der Professionalisierung weiter Teile der privaten Sorgearbeit«, zumindest weitgehend, nicht alle Arbeit könne professionalisiert werden. Sofern sinnvoll sei diese Professionalisierung die »beste Form der Aufwertung der bisher privat geleisteten Arbeit, weil dadurch die Qualität der Erziehung und Bildung in den Vordergrund rückt. Konzepte zur Ausbildung der in diesem Bereich Arbeitenden, Männer wie Frauen, werden dann zu gesellschaftlichen Größen und die Frage,

wie viel Ressourcen eine Gesellschaft für diese Aufgaben bereitstellt, wird politisch diskutierbar.« (Stiegler 1999: 35)

- »Im Bereich der Frauenberufe ... kann die Aufwertung durch ein Sichtbarmachen der Anforderungen und durch eine Höherbewertung der geforderten Qualifikationen erfolgen. Die Bewertungsmaßstäbe sind zu verändern, die Entgelte für die Arbeit müssen steigen.« (Stiegler 1999: 36)
- »Die Aufwertung der Frauenarbeit in gemischt geschlechtlich besetzten Berufen geschieht zum einen durch ein geschlechtergerechtes Bewertungsverfahren zur Entgeltfindung, das insbesondere die kommunikativen und psychosozialen Anforderungen und Belastungen berücksichtigt ... Zum anderen sind durch Regeln zur quotierten Besetzung aller Positionen die Chancen von Frauen auf besser bezahlte Positionen zu verbessern. Auch neue Arbeitszuschnitte und die Abkehr von taylorisierter Arbeitsteilung verbessert die Wertigkeit von Frauenarbeit.« (Stiegler 1999: 36).

»Halbe-halbe« für alle Bereiche gesellschaftlicher Arbeit will auch Mechthild Jansen. Sie plädiert für einen neuen »Gesellschaftsvertrag, dessen Basis ein neuer Geschlechtervertrag ist, und weitere Elemente einer Neugründung der Demokratie« (Jansen 1999: 50). Dazu gehören u. a.: Die grundlegende Neugestaltung von Arbeit, die Existenz sichernd sein muss, ein neues Bildungssystem und Staatsbürgerschaftsrecht, ein Einwanderungsgesetz, Formen direkter Demokratie.

All diese Momente wären Umbewertung von Arbeit, die sich als gesellschaftlicher Prozess vollzieht und da Ansatzpunkte hat, wo Arbeit verrichtet wird, die nicht einfach Marktgesetzen bzw. Profitdominanz unterworfen ist. Dazu gehören nach Braun »Ersatzarbeitsmärkte« wie der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor, »Arbeiten in selbstverwalteten Betrieben, in Kommunen, in Projekten«, »Subsistenzarbeit«, »Eigenarbeit wie Reproduktionsarbeit«, »Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung von Arbeit« (Braun 1998: 159). Hier »kombinieren sich Auflösungserscheinungen tradierter Strukturen, Selbsthilfe aus und Hilfe in der Not, aber auch Prozesse, die über die patriarchal organisierte Erwerbsarbeit potentiell oder real hinausweisen« (Braun 1998: 159). Diesem Gedanken ist zuzustimmen, allerdings nicht der Definition des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors als »Ersatzarbeitsmarkt«. Diese Momente bündeln sich in sozialer und ökologischer Regionalentwicklung, im Eintreten für eine Demokratisierung der Demokratie – die mit Arbeitszeitverkürzung und zunehmender Zeitsouveränität, auch und insbesondere für die eigene Qualifizierung, verbunden ist – und folglich im Ringen um ein Existenz sicherndes Einkommen für jede und jeden, das ein Leben in Würde ermöglicht. Aktionen im Rahmen des Weltfrauenmarsches 2000 »Gegen Armut und Gewalt« und Aktivitäten für eine soziale und ökologische Regionalentwicklung könnten somit Beiträge in dafür notwendigen Kämpfen sein.

## Literatur

- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltwirtschaft, Münster 1997.
- Braun, Anneliese: Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit? Schriftenreihe hg. von Hanna Behrend, Band 8, Berlin 1978.
- Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft («Anti-Dühring»). In: MEW, Bd. 20, Berlin 1978.
- Gümen, Sedef: Das Soziale des Geschlechts. In: Argument 224/1998.
- Jansen, Mechthild: Zeit für den neuen Gesellschaftsvertrag. In: spw. Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 108/1999.
- Marx, Karl: Das Kapital. MEW, Bd. 23, Berlin 1979.
- Musiolek, Bettina: Die Informalisierung der Textil- und Bekleidungserzeugung am historischen und aktuellen osteuropäischen Beispiel. In: Prokla 117/1999.
- Rowhani, Inge: Frauenzeit – Männerzeit. In: Feministische Politikwissenschaft, hg. von Erne Appelt/Gerda Neyer. Wien 1994.
- Stiegler, Babara: Aufwertung von Frauenarbeit oder: Wer bestimmt, was Arbeit ist? In: spw. Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 108/1999.
- Young, Brigitte: Genderregime und Staat in der globalen Netzwerk-Ökonomie. In: Prokla 111/1998.

## **Thesenpapier: Die Erde bemuttern?** **Nachhaltige Entwicklung und sozial-ökologischer Umbau**

### **I**

Die feministische Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit entwickelte sich vor allem entlang der Agenda 21 der UNCED-Konferenz 1992, der Studie zukunftsfähiges Deutschland des Wuppertal Instituts (BUND/Misereor 1996) und im Kontext internationaler Konferenzen:

- In der Agenda 21 wird insbesondere in Kapitel 24, dem »globalen Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung«, die aktive Einbeziehung von Frauen in wirtschaftliche und politische Entscheidungsprozesse gefordert (BMU o. J.: 218; Weller 1999: 10).
- 1991 wurde in Vorbereitung der UNCED-Tagung bei einem »Weltfrauenkongress für einen gesunden Planeten« in Miami eine grundsätzliche Kritik an der Konzeption von Nachhaltigkeit formuliert und der Begriff des »Sustainable Livelihood« als einer ganzheitlichen Vorstellung von Veränderung debattiert, der aber keinen Eingang in die Agenda 21 fand.
- Vor einem entwicklungspolitischen Hintergrund diskutierten Frauen seit den siebziger Jahren den Zusammenhang zwischen »Frauen, Umwelt und Entwicklung« (Braidotti u. a. 1994).

Die *mainstream*-Debatte ignorierte diese Aktivitäten und inhaltlichen Auseinandersetzungen weitgehend (Weller 1999:17/18), sie verfährt wie üblich geschlechtsblind und ignorant gegenüber den feministischen Wissensbeständen.

### **II**

Die feministische Kritik an der Nachhaltigkeit findet auf drei Ebenen statt, die historisch und aktuell auch Gegenstand der Kritik an einem herrschaftlichen Geschlechterverhältnis sind.

- Die Ebene der Gesellschaft insgesamt und hier insbesondere das Verhältnis von Gesellschaft und Natur: Die Kritik arbeitet den historisch spezifischen Zusammenhang

zwischen Frauenunterdrückung und Ausbeutung von Natur heraus, der zeitgeschichtlich zusammenfällt mit der Formierung der modernen Naturwissenschaft.

- Die Ebene der historisch spezifischen sozialen Verhältnisse, der Formen der Arbeitsteilung, der Konstitution von Öffentlichkeit und Privatheit, Produktion und Reproduktion: Die feministische Forschung richtet das Augenmerk speziell auf die Naturalisierungen gesellschaftlicher Verhältnisse und sozialer Ungleichheit.
- Die Ebene der Binnenverhältnisse, die aus der Verfasstheit der beiden ersten Ebenen resultieren: Hier stellt sich die Frage, wie die nachhaltige Gestaltung einzelner konkreter Handlungs- und Bedürfnisfelder in einem nicht-hierarchischen Geschlechterverhältnis aussehen, es also nicht zu einer »Feminisierung« der Umweltverantwortung kommen kann.

### III

Für jede dieser Ebenen sind in der Frauenbewegung praktische Ansätze für Veränderungen entstanden. Ebenso wie in anderen Feldern gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit Herrschaft (z. B. Rassismus) müssen sich diese Ansätze und Versuche des Umgangs mit herrschaftlichen sozialen Verhältnissen immer daraufhin reflektieren lassen, inwieweit sie real zur »Dekonstruktion« der kritisierten Verhältnisse oder selbst zur Konstruktion und zur Wiederherstellung von Herrschaft beitragen.

So muss sich der Vorschlag, die »Erde zu bemuttern« als eine Form der Formulierung eines veränderten gesellschaftlichen Natur-Verhältnisses daraufhin befragen lassen, ob damit nicht tradierte und diskriminierende Vorstellungen von Mütterlichkeit, von Weiblichkeit, von Arbeitsteilung in neuem Gewande salonfähig gemacht werden (eine so angelegte Kritik gehört inzwischen berechtigterweise zu den Standards der feministischen Ökologiedebatte).

Die Begrifflichkeit des »Bemutterns« bedient allerdings auch unaufgearbeitete Ressentiments (Natur-Spiritualität), sinnentleerte Rechts-Links-Schemata und versperrt damit in der Regel die auch darin enthaltenen, durchaus bedenkenswerten Konnotationen und Forderungen nach einem fürsorglich, vorsorgenden, pfleglichen Umgang mit Natur bzw. den Verweis auf ein nicht technizistisches, technokratisches, sondern im weitesten Sinne – die Reproduktion von Gesellschaft einbeziehendes – »liebendes« Naturverhältnis.

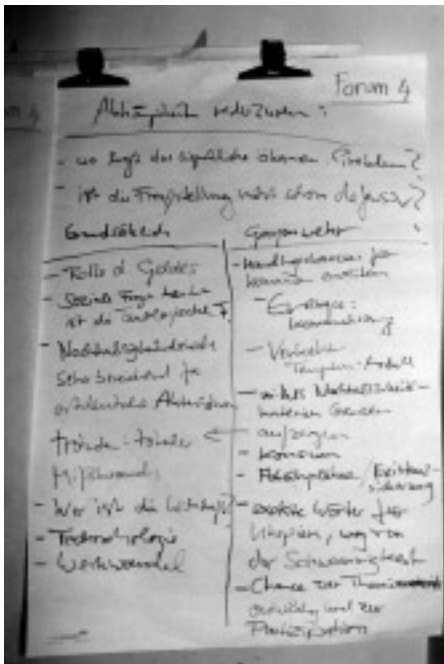
## Thesenpapier: Nachhaltigkeit und linke Politik

### I

*Die Nachhaltigkeitsdebatte ist keine linke, emanzipatorische Debatte, weil sie gegenwärtig ihres sozialen Gehaltes beraubt ist.*

Zentrale Papiere der Nachhaltigkeitsdiskussion, wie »Zukunftsfähiges Deutschland« vom Wuppertal Institut, beschreiben zwar Leitbilder für künftiges Handeln, nennen aber keine politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen, keinerlei politische

Subjekte, die diesen Leitbildern zum praktischen Durchbruch verhelfen könnten. Es werden zwar wichtige Impulse für eine neue öffentliche Debatte über Sinn und Ziel wirtschaftlicher Prozesse geliefert, beispielsweise dass sich die Industrieländer mit ihrem Reproduktionstyp in einer Sackgasse befinden. Dies ist ohne Zweifel ein Verdienst. Doch enthalten sich fast alle Studien, einschließlich des Abschlussberichtes der Enquete-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt« des 13. Deutschen Bundestages, jeglicher Analyse der Nicht-Nachhaltigkeit. In an Dramatik kaum zu überbietenden Zustandsbeschreibungen werden keinerlei Macht-, Eigentums-, oder Interessenkonstellationen analysiert. Der Raubbau an der Natur und die Ausbeutung des Trikonts scheinen Verwerfungen eines nicht grundsätzlich in Frage zu stellenden Systems. Wenn »wir« nur alle tatsächlich von dem Widersinn unseres Tuns überzeugt wären, könnten »wir« un-



Arbeitsergebnisse des Forum 4: Der Erde Mutter sein? Nachhaltige Entwicklung und sozial-ökologischer Umbau.

ser Verhalten ändern, so der Tenor. Es handelt sich um die totale Entkleidung der Nachhaltigkeitsdebatte von allen sozialen Inhalten: »Wer bei der Nachhaltigkeitsdebatte mitmischen will, braucht nur noch eine Eintrittskarte zu bezahlen: Über Rassismus, Sexismus, Kapitalismus oder Nationalismus darf nicht mehr gesprochen werden.« (Helga Eblinghaus)

## II

*Die Begriff Nachhaltigkeit wurde sich von den Herrschenden in erstaunlichem Tempo angeeignet. Er wird inzwischen sogar gegen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen eingesetzt.*

Die VerfechterInnen von Effizienzrevolutionen zur Senkung des globalen Umweltverbrauchs verdrängen, dass der Kapitalismus technisch-technologisch nichts Anderes als eine immerwährende Effizienzrevolution war und ist. Der Naturverbrauch ist dabei gestiegen und nicht gesunken. Dass einzelne Bereiche aufgrund der Überlastung der Natur, insbesondere der natürlichen Senken, einer gesamtstaatlichen Regulierung bedürfen, was eine Unter-Schutz-Stellung bestimmter Gebiete oder die Festlegung von Grenzwerten einschließen kann, liegt auch im Interesse einer langfristigen Verwertung von Kapital, Mensch und Natur. Das ist nichts Neues.

Forst- und Landwirtschaft proklamieren inzwischen in wütenden Angriffen gegen Umweltverbände, dass beide per se nachhaltige Wirtschaft betreiben, weil sie ja von der Natur leben. Das »Wir haben begriffen«, von Opel, welches auf die Nachhaltigkeitsdebatte abhebt, beschränkt sich auf die Senkung des Materialverbrauches pro Fahrzeug, nicht auf den Gesamtmaterialverbrauch der produzierten Fahrzeugflotte, die immer weiter wächst.

Viele Umweltverbände schwenken immer mehr auf Kooperationskurs mit der Wirtschaft, denn ohne sie ließe sich ja sowieso nichts durchsetzen. Nachhaltigkeit sei eben nachhaltige Wirtschaft. Immer mehr wird dabei von den Verursachern der globalen Krise und deren Profiteuren abgelenkt und werden die tatsächlichen Interessensätze verschleiert.

## III

*Die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung wird auf dem Rücken der Familien mit geringerem Einkommen ausgetragen. Frauen sind die Hauptleidtragenden.*

Das Beispiel rot-grüne Ökosteuer zeigt, wie selbst Bündnis 90/Die Grünen Nachhaltigkeit verstehen. Die – durchaus ökologisch wünschenswerte – Erhöhung der Sprit- und Energiepreise enthält keinerlei soziale Abfederung für untere Einkommen. Durch die gleichzeitige Senkung der Lohnnebenkosten (laut Rot-Grün die Kompensation, die gleichzeitig Arbeit schaffen soll) werden diejenigen am meisten entlastet, die

das höchste sozialversicherungspflichtige Einkommen haben. Niedrige Einkommen können dagegen quasi genauso wenig an der Senkung der Sozialversicherungsbeiträge partizipieren wie RentnerInnen, Arbeitslose oder SozialhilfeempfängerInnen. Unter dem Strich werden Familien mit vielen Kindern am unteren Einkommensrand am stärksten belastet. In diesen Familien werden vor allem Frauen diese zusätzliche Belastung zu kompensieren haben.

Hauptgewinner sind aber die Unternehmen, und zwar in Milliardenhöhe, denn die Senkung des Unternehmeranteils an der Sozialversicherung spült vor allem Großunternehmen Geld in die Kassen. In der Regel weit mehr, als Energiesteuern zu zahlen sind. Denn die Energiesteuern, die über die Summe von 1000 DM/Jahr zu zahlen sind, werden zu 96 Prozent zurückerstattet.

Die von Rot-Grün angestrebte Innovationspolitik zur Förderung neuer Technologien zur Effizienzrevolution, von Risikokapital etc. bedient vorwiegend den weißen mittelständischen deutschen Mann. Dieser ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen am ehesten in der Lage, die damit einhergehende Flexibilisierung mitzumachen und seine Lebensarbeitszeit dem Diktat dieser erneuten Beschleunigung des Reproduktionsprozesses zu unterwerfen. Die Trennung von hochbezahlten unfreiwilligen workaholics auf der einen Seite und dauerhaft aus dem Arbeitsleben ausscheidenden Frauen auf der anderen Seite manifestiert sich. Zudem werden Frauen vielfach in Niedriglohnbereiche hineingezwungen, da sie aufgrund der patriarchalen Organisation von Familien und Familienpolitik oft nur Teilzeit arbeiten und somit kaum den räumlich und zeitlich sich schnell ändernden Anforderungen gewachsen sein können.

#### IV

*Die »Effizienzrevolution« in den Industriestaaten zerstört nachhaltig die Umwelt und gleichzeitig soziale Zusammenhänge in den Ländern des Südens.*

Zahlreiche Produktionsstätten in anderen Teilen der Welt arbeiten für die Rohstoffversorgung Deutschlands, für die Herstellung von Halbfabrikaten für deutsche Unternehmen oder für den deutschen Konsum. Sie alle verbrauchen wiederum Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate, sie alle stoßen Klimagase und andere Emissionen aus, viele erzeugen Abraum. Diese Inanspruchnahme des Umweltraumes wird zwar noch in den theoretisch-wissenschaftlichen Nachhaltigkeits-Diskurs abgehandelt, spielt aber bei der Formulierung von Politik – selbst von Umweltpolitik – praktisch keine Rolle.

Die sauberen Hochtechnologien verbrauchen selbst im produktionsfernen Informationssektor weit mehr Ressourcen als vermutet. Wie viel Boden in der Dritten Welt umgewälzt, wie viele Wälder dort abgeholzt werden müssen, um die seltenen Rohstoffe zu fördern, welche für die Miniaturisierung von Konsumtions- und Investitionsgütern in Europa notwendig sind, spielt kaum eine Rolle.



Soziale Strukturen des Südens werden durch den liberalisierten Welthandel und die den Ländern zugewiesene »arbeitsteilige« Rolle als billige Rohstofflieferanten und verlängerte Werkbank immer weiter aufgebrochen, wobei es wiederum meist die Frauen sind, die beispielsweise bei Verslumung die Familie ernähren, wärmen und kleiden müssen.

## V

*Die Linke sollte sich trotzdem an der Nachhaltigkeitsdebatte beteiligen, weil diese – konsequent zu Ende gedacht – einen tiefen sozialen und emanzipatorischen Gehalt hat.*

Die Nachhaltigkeitsdebatte ist Realität. Sie ist nicht von UnternehmerInnen oder dem *mainstream* losgetreten, sondern von ihnen missbraucht worden. Die Linke muss angesichts der globalen Bedrohungen zur Kenntnis nehmen, dass diese Debatte trotz der notwendig scharfen Kritik an ihr der einzige in der Öffentlichkeit relevant wahrgenommene komplexe Ansatz ist, welcher die gravierenden Probleme der natürlichen Umwelt und die Armut in den Trikontländern in Beziehung zur Wirtschaftsweise setzt.

Das Meer darf nicht überfischt werden, wollen wir langfristig von ihm leben. Auch Kohle oder Erze dürften nicht schneller abgebaut werden als nachwachsende Rohstoffe diese ersetzen. Die Emission umweltbelastender Stoffe darf die Regenerationsfähigkeit der Umwelt nicht übersteigen. Und: jedem Menschen – ob in Deutschland oder in Kenia – sollen gleiche Ansprüche auf eine verträgliche Nutzung der Umwelt zustehen. Diese Grundregeln nachhaltiger Wirtschaftsweise sind ja nicht falsch. Konsequent zu Ende gedacht stellen sie Fragen nach den Ursachen dafür, dass gegen sie nachhaltig verstoßen wird. Die Debatte bietet also auch Raum für linke, emanzipatorische Ansätze, sofern ihr sozialer Gehalt freigelegt wird.

Dabei muss die Linke gegen den Strom schwimmen. Sie muss den Gleichverteilungsanspruch verteidigen, der immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird. Anstelle eines Expertendiskurses muss sie für die Teilhabe von Betroffenen an Entscheidungsprozessen streiten. Sie muss gegen den Trend kämpfen, dass politische Veränderungen nicht mehr von unten erkämpft, sondern per Stellvertreterpolitik auf spektakulären, medienwirksamen Konferenzen verhandelt werden sollen. Und sie muss den kapitalistischen und patriarchalen Charakter einer Ehe von »Nachhaltigkeit« und Neoliberalismus aufdecken.

## **Autorinnen**

*Petra Bläss* ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Sie sitzt seit 1990 für die PDS im Bundestag und ist frauenpolitische Sprecherin der Fraktion. Die Expertin für Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gleichstellungspolitik ist in nationalen und internationalen frauen- und sozialpolitischen Netzwerken und Bündnissen aktiv. 1989 gründete sie den Unabhängigen Frauenverband mit.

*Eva Bulling-Schröter* ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages für die PDS. Mit ihr ist eine Schlosserin und Betriebsrätin aus der Produktion in die Politik gegangen. Die Ingolstädterin ist seit ihrem 18. Lebensjahr politisch aktiv, anfangs in der DKP und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, bei der Gewerkschaftsjugend und der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden, heute noch im DGB-Frauenausschuss ihrer Heimatstadt. Seit vier Jahren ist Bulling-Schröter Obfrau der PDS im Umweltausschuss des Bundestages.

*Dr. Judith Dellheim*, promoviert in politischer Ökonomie, beschäftigte sich 1990 bis 1995 mit der Transformationsproblematik in Russland. Seit 1995 ist sie Mitglied des Parteivorstandes der PDS, seit Beginn der neunziger Jahre der Grundsatzkommission der PDS. Zu ihren Publikationen zählt: *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar*, Berlin 1997 (mit André und Michael Brie).

Die Journalistin und Diplom-Pädagogin *Ellen Diederich* ist seit Jahrzehnten in der Friedensbewegung aktiv und beteiligte sich an unzähligen Frauenfriedensaktionen. Zusammen mit Fasia Jansen gründete sie 1990 das Internationale Frauenfriedensarchiv in Oberhausen.

*Prof. Dr. Frigga Haug* lehrt Sozialpsychologie und Sozialisationstheorien an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg. Zahlreiche Gastprofessuren, Lehraufträge und Vorträge im In- und Ausland. Veröffentlichungen zu den Themen Arbeit, Frauen, Wissenschaftsmethoden, Lernen. Sie ist maßgeblich beteiligt am Argument-Verlag und seiner gleichnamigen Zeitschrift, der Zeitschrift *Forum Kritische*

*Psychologie* sowie dem Institut für Kritische Theorie und arbeitet mit am Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus.

*Dr. Gisela Notz*, Sozialwissenschaftlerin, ist als wissenschaftliche Referentin im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn tätig. 1985 bis 1997 war sie Redakteurin der *beiträge zur feministischen theorie und praxis*. Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, bezahlt und unbezahlt geleistete Arbeit, berufliche Bildung, historische Frauenforschung; darunter *Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise?* 2. Aufl., Neu-Ulm 1999.

Die Soziologin *Dr. Ulla Peters* arbeitet zur Zeit an einem Forschungsprojekt der Stiftung Bauhaus Dessau zu „Arbeit und nachhaltige Entwicklung“ mit. Sie beschäftigt sich seit Anfang der neunziger Jahre mit dem Thema Nachhaltige Entwicklung und feministische Ökonomie.

*Prof. Dr. Christina Thürmer-Rohr* lehrt am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Technischen Universität Berlin. Ihr Schwerpunkt ist die feministische Forschung. Zuvor war die Psychologin in Beratungsstellen und in der Stadtplanung tätig. Sie veröffentlichte u. a. den erfolgreichen Essayband *Vagabundinnen* (überarbeitete Neuauflage Frankfurt 1999) sowie *Verlorene Narrenfreiheit* (Berlin 1994).

*Dr. Christa Wichterich* lebt als freie Journalistin und Autorin in Bonn. Ihre Schwerpunktthemen sind Frauenarbeit, Frauenbewegungen im Süden, Gender- bzw. Frauenpolitik in der Entwicklungszusammenarbeit, internationale Frauenpolitik, Bevölkerungspolitik, Ökologie und Globalisierung. Sie nahm an den UN-Weltkonferenzen in Rio de Janeiro, Kairo und Peking (1992, 1994, 1995) teil. Ihr aktuellstes Buch: *Die globalisierte Frau*, Reinbek 1998.

## »Offener Brief der TeilnehmerInnen an die tschetschenischen Frauen«

Liebe Frauen,

als Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung „Globalisierung und Geschlecht“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin möchten wir Euch diesen Brief der Anteilnahme und des Interesses schicken. Mit Entsetzen nehmen wir den Krieg der russischen Armee gegen die tschetschenische Bevölkerung wahr und können lediglich erahnen, wie es Euch geht. Die Bilder, die uns erreichen, sind Bilder von Panzern und zerstörten Häusern. Bilder von Eurer Angst, Eurer Trauer und Verzweiflung gibt es nicht. Uns fehlen aber auch Informationen über die konkreten Kriegsfolgen für Euch, Eure Kinder, die Männer, Informationen über den kulturellen Rahmen, in dem dieser erneute Krieg stattfindet und die Entwicklungen in den letzten Jahren. Die Berichterstattung in unseren Medien ist äußerst rudimentär.

Wir verurteilen diesen Krieg auf's Schärfste und möchten Euch unseres Mitleidens und Mitgefühles versichern. Wir haben aber auch ein Interesse daran, Euch zu unterstützen. Wir würden gerne den Kontakt zu Euch aufnehmen und vertiefen und möchten Euch bitten, uns Informationen über Eure Situation und die Lage in Euren Dörfern und Städten zu schicken. Mit Hilfe Eurer authentischen Berichte möchten wir uns an die deutsche und internationale Öffentlichkeit wenden und die Menschen dazu bewegen, den Kampf gegen diesen Krieg und seine Folgen zu unterstützen.

Am Mittwoch, dem 26.1.2000 wird es hier in Berlin eine Protestaktion vor der russischen Botschaft gegen den Tschetschenienkrieg geben. Als nächstes werden wir versuchen, den Internationalen Frauentag am 8. März zu einem Tag gegen den Krieg und zur Unterstützung der Menschen – und vor allem der Frauen – zu machen, die von diesem und anderen Kriegen betroffen sind.

Kriege werden von Menschen gemacht.  
Frieden auch.

Mit solidarischen Grüßen

Petra Beck, Petra Bläss, Kathrin Buchholz, Judith Dellheim, Karin Denk, Ellen Diederich, Verena Sahra Diehl, Jutta Djalea, Marko Ferst, Friederum Fessen,

Friederike Habermann, Anneke Halbroth, Ingrid Herloff, Petra Herrmann, Hella Hertzfeld, Sonja Kiesbauer, Heidi Klages, Herta Kuhrig, Kristina Link, Ruth Lüzuf, Stephanie Maxim, Ingeborg Musold, Barbara Nohr, Gisela Notz, Gabi Ohler, Rita Paulski, Sabine Reiner, Antje-Katrin Schmidt, Ingeborg Schmidt, Liz Schmidt, Katina Schubert, Erika Schulz, Elke Schuster, Claudia Sommer, Stefanie Stegmann, Kathrin Tiedemann, Constanze Trenchzinsk, Helga Uhlenhut, Silke Veth, Andrea Vormschlag, Uwe Witt, Elke Wolf, Anja Wollny



## **PRESSERESONANZ**

Jeanette Drygalla: **Globalisierung und Geschlecht.  
Der Versuch, kein Protokoll zu schreiben**

Was geschieht, wenn eine sich bis dahin mit der feministischen Debatte eher nur marginal beschäftigende junge Frau auf eines der interessantesten und möglicherweise brisantesten Themen der Gegenwart trifft? Wenn sie aufgefordert ist, ihre Eindrücke wiederzugeben, kommt folgendes raus:

Zwar habe ich mich bisher als Feministin verstanden, *erstens* kann ich nicht anders, als mich als denkende Frau auch in feministischen Argumentationspunkten wiederzufinden, *zweitens* habe ich mich in meiner bisherigen wissenschaftlichen Laufbahn auch mit frauenpolitischen Themen beschäftigt. Die Abbildung der Realität unter frauenspezifischen Aspekten – vermischt mit einem einigermaßen ausgebildeten Empfinden für soziale Gerechtigkeit – kann m.E. nur im Ergebnis eine politische Stellungnahme für die Gleichstellung der Geschlechter bedeuten. Aber trotzdem war mir die feministische Diskussion bisher eher unbekannt.

Wenn ich jetzt und hier versuche, die Ergebnisse der Workshop-Tagung kurz wiederzugeben, kann ich die gehaltenen Referate, die geführten Gespräche und Debatten, wie die diskutierten Inhalte nicht kritisch-einbettend in die aktuelle, feministische Diskussion wiedergeben, sondern nur reflektieren, was mich bewegt, aufgerüttelt, schockiert oder was mir schlicht gefallen hat. In diesem Sinne versuche ich nicht, eine komplette Inhaltsangabe wiederzugeben, sondern beschränke mich in meinen Ausführungen auf ausgewählte Diskussionspunkte sowie Reflexionen der geführten Gespräche.

Die Veranstaltung erstreckte sich über zwei Tage und gliederte sich neben einem sehr erfrischenden kulturellen Beitrag von Barbara Thalheim in drei inhaltliche Teile: Erstens die Eröffnung mit zwei verschiedenen Zugangsreferaten, zweitens die Diskussion verschiedener Themen (Gewalt, Demokratie, Neudefinition von Arbeit und nachhaltige Entwicklung jeweils im Kontext der Globalisierung) in Arbeitsforen und drittens einer Abschlußdiskussion zur Reflexion der Gespräche der Arbeitsgruppen und der Zusammenfassung der Tagung.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung sollten laut Programm die Fragen stehen, welche Chancen und Risiken der Globalisierungsprozeß für den Lebensalltag von Frauen mit sich bringt und welche feministischen Handlungsalternativen sich daraus ergeben.



Die Eröffnung der Tagung erfolgte mit zwei Vorträgen, in denen jeweils verschiedene Zugänge zum Thema – ein theoretisch-philosophischer und ein empirischer Zugang – diskutiert wurden.

In dem eher theoretisch angelegten Vortrag von Christina Thürmer-Rohr zu »Globalisierung und Bewußtsein« war der Ausgangspunkt »Moral« erst einmal nicht geschlechtsspezifisch angelegt. Es wurde unter anderem resümiert, daß die Globalisierung weit über die grenzübergreifende Vernetzung ökonomischer Zusammenhänge hinausgeht. Die Welt ist offener und verbundener, als sie es je war, und auch Bewußtsein und Gedächtnis werden zunehmend vernetzt. Für das Individuum ergibt sich ein Bewußtseinsspektrum, das von der Sorge um sich selbst bis zur Sorge um die Welt reicht. Positive Effekte dieses Entwicklungstrends könnten Weltoffenheit und erweitertes Denken sein, jeweils mit dem Hintergrund der moralischen Forderung, Fremdes als Gleichrangiges anzusehen.

Die offene Frage, die sich im Ergebnis dieses Vortrages formiert, ist, ob es einen Weltgerechtigkeitssinn gibt. Wie läßt sich das innere Denken (das sehr einprägsame Bild hierfür ist ein »stummer Dialog« mit einer inneren Bevölkerung oder einem inneren Parlament) auf globale Zusammenhänge übertragen?

Im zweiten Teil der Einführungsreferate wurden von Christa Wichterich Fakten angeführt, die widerlegen, daß der Trend der Globalisierung incl. der darum geführten Debatte geschlechtsneutral seien. Ausgeführt wurde, daß sich aus den Prozessen der Globalisierung zwar neue Räume für wirtschaftliches Handeln entwickeln und dort Arbeitsplätze (für Frauen) entstehen, daß mit dieser – auf den ersten Blick positiv erscheinenden – Entwicklung aber entscheidende negative Effekte einhergehen: Es handelt sich zu einem Großteil um Niedriglohnarbeitsplätze. Zudem entstehen durch die Vergabe von Unteraufträgen an kleinere Unternehmen rechtsfreie Räume jenseits gewerkschaftlicher Tarife und einer Absicherung durch Sozialversicherungs- und Arbeitsschutzbestimmungen. Ein weiterer Effekt der Globalisierung ist die Feminisierung der Migration, verbunden mit Prozessen der Dequalifizierung und Bildungsentwertung der Frauen. Mit dem Hintergrund, daß 80 Prozent des sozialen Ehrenamtes von Frauen geleistet werden, wird der staatliche Sozialabbau durch eine Feminisierung der sozialen Verantwortung abgefangen. Im Ergebnis wurde ausgeführt, daß Wohlstand und Wohlstandsrisiken ungleich verteilt sind und die Polarisierung sowohl zwischen den Geschlechtern als auch innerhalb der Frauen zunimmt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Analyse und Entwicklung politischer Strategien voranzutreiben.

Übrig bleibt aus meiner Sicht ein deprimierendes Gefühl der Hilf- und Ratlosigkeit: Die Realität ist aus Gesichtspunkten der Gleichstellung der Geschlechter wie des Anspruchs der sozialen Gerechtigkeit generell niederschmetternd, ohne daß im Ergebnis der gehaltenen Referate und der geführten Diskussionen Handlungsanleitungen aufgezeigt werden konnten. Offen ist sowohl, wie als notwendige Voraussetzung Toleranz zur Normalität entwickelt als auch, wie diese Toleranz wiederum zu Solidarität umgewandelt werden kann.

Obwohl am zweiten Tag des Workshop der sehr engagierte Versuch unternommen wurde, in den Arbeitsforen und in kleineren Diskussionsgruppen, Handlungsalternativen zu benennen oder zu entwickeln und Visionen oder Konzepte zu diskutieren, konnte an dem grundsätzlichen Dilemma der Schere aufgezeigter Realitäten zu diskutierten Handlungsempfehlungen nichts geändert werden.

Im Bericht der vier Arbeitsgruppen zeigte sich, daß ein großer Gesprächsbedarf zunächst darin bestand, Grundlegendes zu klären, (z. B. Definitionen, Abgrenzungen usw.). Im Ergebnis aller Foren wurden mehr Fragen aufgeworfen, als Antworten gegeben.

Einen Sonderstatus nahm allerdings das Thema Gewalt ein. An dieser Stelle entbrannte eine Diskussion über das Recht für Frauen, an der Bundeswehr teilzunehmen. Hier standen sich zwei gegensätzliche Meinungen gegenüber:

Erstens: Frauen sollten generell die gleichen Berufschancen eingeräumt werden. Zweitens: Das Recht auf Eintritt in die Bundeswehr könnte der erste Schritt zur Wehrpflicht auch für Frauen sein.

Ich kann dieser Diskussion nicht ganz folgen. Müßte es nach feministischen (und demokratischen) Grundsätzen nicht selbstverständlich sein, daß Frauen die gleichen Rechte eingeräumt werden? Als Gegenargument hat die mögliche Konsequenz, daß aus einem Recht eine Pflicht entstehen kann, m. E. auch keine Schlagkraft. Eine ganz andere (wenn auch unumstritten sehr wichtige) Frage ist es doch, gegen eine Wehrpflicht für Frauen (oder auch generell) einzutreten. Hier erscheint es mir einfach schade (und daß auch noch in einer Situation besonders knapper Ressourcen), daß zwar der richtige Kampf, aber leider auf dem falschen Schlachtfeld, ausgetragen wird. Damit werden Kräfte zersplittert und für beide notwendige Auseinandersetzungen bleibt dann möglicherweise zu wenig Energie, um Erfolge zu erzielen.

Das Gefühl, das bleibt, ist weiterhin eher bedrückend. Der überzeugenden Darstellung deskriptiver und analytischer Ist-Beschreibungen stehen keine Konzepte oder Visionen für die Veränderung dieser Situation gegenüber. Anforderungen, die sich aus meiner (wenn vielleicht auch etwas »blauäugigen«) Sicht für die feministische Politik ergeben, sind die folgenden:

Erstens: Einbeziehung der »Nicht-Privilegierten«. Eine These – die sich in der Diskussion auftat – ist, daß der Feminismus so schwach ist, weil viele Frauen am Diskurs nicht beteiligt werden.

Zweitens: Eröffnung von gemischtgeschlechtlichen Diskussionen um Gleichstellung der Geschlechter.

Drittens: Stärkere Etablierung der feministischen Ideale in die linke Politik »Politik ist feministisch, oder sie ist nicht links!« (Ingrid Kurz-Scherf)

Viertens: Überwinden der Fokussierung der Diskussion auf Teilhabe an Berufstätigkeit.

Die Veranstaltung hat gezeigt, daß ein großer Bedarf an Diskussionen besteht. Viele Fragen mußten offen bleiben und sollten genügend Motivation für die Organisation weiterer Bildungsveranstaltungen zu dieser Thematik mit sich bringen. Zu klären wäre für die Organisation zukünftiger Veranstaltungen, wie ein breitgefächertes

Interesse in verschiedenen Bevölkerungsgruppen und auch bei Männern geweckt werden kann.

Passend für den Abschluß scheinen mir die Worte von Barbara Thalheim zu sein:  
»Wir müssen's schaffen selber ganz!«

Jeanette Drygalla – Jg. 1969, Promotionsstudentin an der Martin-Luther-Universität Halle, Arbeitsthema: Mobbing. Theoretische und empirische Untersuchung von spezifischen Arbeitsplatzkonflikten im Bereich des Gesundheitswesens und Ableitung von Handlungsempfehlungen für Organisation und Individuum.

Veröffentlichungen: Freizeit – freie Zeit? Studie, Halle 1996; Arbeitslosigkeit im Meinungsbild der Bevölkerung, Halle 1997; Arbeitsplatzkonflikte, sexuelle Belästigung von Frauen, Eignungen versus Benachteiligungen im Arbeitsprozeß, Halle 1997; German Federal Ministry of Education and Science research project: VERKET. Development of inter-agency pathways in health sector« zusammen mit Julia Ortmann und Margarete Landenberger, in: Journal Of Interprofessional Care, Vol. 12, No. 2, 1998.

Der Workshop »Globalisierung und Geschlecht« fand am 21. und 22. Januar 2000 in Berlin statt.

Tilo Gräser: **Widerstand gegen den globalen Herrenklub**  
*Werkstattgespräch der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
über feministische Politik*

»Linke Politik ist feministisch oder sie ist nicht links!« Mit dieser prägnanten Formel beschrieb Ingrid Kurz-Scherf am 22. Januar in Berlin ihre Sicht auf »Feministische Anforderungen an eine linke Politik«. Die Diskussion um diese Anforderungen bildete den Abschluss eines zweitägigen Werkstattgesprächs der Rosa-Luxemburg-Stiftung Ende Januar über »Globalisierung und Geschlecht«.

Für Ingrid Kurz-Scherf handelt es sich bei dem als Globalisierung beschriebenen Prozess um nicht mehr und nicht weniger als Imperialismus. Aus ihrer Sicht verstärkt diese von Männern dominierte Entwicklung die »Tendenz zum globalen Herrenklub, der die Welt kontrolliert und die Ressourcen der Erde als Privateigentum begreift«. Auf diese Weise würden die androkratischen Strukturen (andro=Mann, männlich; kratie=Herrschaft, Macht) gefestigt. Zugleich kritisierte die selbstbekennende »Radikalfeministin« die Linken, dass auch deren Denken und Vorstellungen männerorientiert sei. Auch für sie gelte: »Männer glauben immer noch, sie seien der Maßstab der Dinge.« Die Herrschaftsstrukturen in der Linken und ihrem Denken müssten ebenfalls zum Thema gemacht werden, forderte Ingrid Kurz-Scherf.

Mehr als 100 Frauen und einige wenige Männer waren der Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung für den 21. und 22. Januar in die Alte Feuerwache in Berlin-Kreuzberg gefolgt. In zwei großen Diskussionsrunden und vier Foren beschäftigten sie sich mit Aspekten der Frage, die Petra Bläss, PDS-Bundestagsabgeordnete und Bundestagsvizepräsidentin, zum Auftakt stellte: »Wie lässt sich das Verständnis in der Gesellschaft entwickeln, dass Gleichstellung Teilung von Arbeit, Verantwortung und Macht zwischen Männern und Frauen bedeutet?« Linker Feminismus müsse die Zustände und Verhältnisse analysieren sowie gesellschaftliche Hintergründe und Interessen aufdecken, aber auch Alternativen entwickeln, forderte sie dabei ein.

Eine der ersten Antworten kam von Christina Thürmer-Rohr, Sozialwissenschaftlerin an der Technischen Universität (TU) Berlin. Für sie sei die lange Zeit in feministischen Kreisen dominante Sicht auf die Frauen als die »besseren Menschen« längst überholt. Auf diese Weise ließen sich keine Alternativen finden und gestalten. Christina Thürmer-Rohr benannte Tendenzen im Prozess der Globalisierung, die möglicherweise auf eine zunehmende Stärkung von Nichtregierungsorganisationen und überregionalen und -nationalen Gegenbewegungen hindeuten.

Es blieben mehr Fragen als Antworten, berichtete Anja Wollny am Samstag in der Abschlussdiskussion aus dem Forum 3. Dieses hatte sich unter dem Titel »Grenzenlos flexibel?« mit der Neudefinition von Arbeit im Kontext sozialer Gerechtigkeit beschäftigt. Auch die anderen der insgesamt vier Gesprächskreise fanden viele Themen, bei denen die Suche nach Antworten längst nicht abgeschlossen ist. Aus dem Forum 1 (»Internationalisierung von Gewaltverhältnissen? Interessen und Widerstände«) kam der Vorschlag, einen Offenen Brief der Solidarität an die Frauen in Tschetschenien zu übermitteln. Dem schlossen sich zum Abschluss der Werkstatt am Samstag die anderen TeilnehmerInnen an.

Die beiden Januartage gehörten zu einem wichtigen inhaltlichen Anliegen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Frage nach den Verhältnissen zwischen den Geschlechtern bildet einen der Themenschwerpunkte der Stiftungsarbeit. Die zuständige Mitarbeiterin Silke Veth bereitet eine Publikation zum Werkstattgespräch vor, die im Mai erscheinen und unter anderem alle Vorträge enthalten wird. Die Debatten dieses Januarwochenendes werden von der Stiftung im Laufe dieses Jahres durch weitere Veranstaltungen ergänzt.

## **Femina Politica 1/2000, S. 209f.**

Stefanie Ehmsen: **Werkstattgespräch: Globalisierung und Geschlecht. Anforderungen an feministische Perspektiven und Strategien**

Berlin, 21./22. Januar 2000.

Viel wird sie diskutiert, kritisiert oder beschworen: die Globalisierung. Wenig ist jedoch darüber zu lesen oder hören, ob und wie die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen, die unter das Stichwort »Globalisierung« gefasst werden, durch die Kategorie Geschlecht strukturiert sind. Diesem Thema und den daraus resultierenden Anforderungen an feministische Handlungsperspektiven widmete sich die erste geschlechtsspezifische Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. »Bereichsübergreifend feministische Themen aufzunehmen« habe sich die Stiftung zum Ziel gesetzt, sagte Vorstandsmitglied Evelin Wittich. Gut 120 Frauen und eine Handvoll Männer aus einem großen Spektrum an Alter, Herkunft und Tätigkeiten waren gekommen. Sie gestalteten die Diskussion durch ausgesprochen zahlreiche und vielfältige Beiträge.

So umfassend wie das Thema waren auch die Eröffnungsvorträge von Christina Thürmer-Rohr und Christa Wichterich.

Als »janusköpfiges Phänomen« bezeichnete Thürmer-Rohr die Globalisierung. Sie könne nicht nur als ökonomisches Katastrophenprogramm bezeichnet werden, sondern habe auch Auswirkungen auf das Bewusstsein. Im Mittelpunkt stand die Frage »Was heißt Welt?« ausgehend davon, dass Welt heute keine mystisch-philosophische Idee mehr sei, sondern aus erfahrbaren Zusammenhängen bestehe, in denen alle Informationen darüber hätten, was anderswo passiere. Acht unterschiedliche und widersprüchliche Zugänge zu dieser Frage präsentierte Thürmer-Rohr: Vom »Satellitenblick«, der sich die Welt aus einer vermeintlichen Außenperspektive ansehe, den Bezug zum eigenen Ort verliere und nicht seine eigene Bedingtheit, »weder Macht noch Not« erkenne, bis zur »Anfreundung mit der Welt«, der Erkenntnis und Freude darüber, dass es nicht nur eine Wahrheit gebe. Die abschließende Frage war: Wie kann Globalisierung dazu beitragen, dass sich bloße Toleranz in praktische Solidarität verwandelt?

Christa Wichterich fragte nach der strategischen Rolle und der systemischen Funktion von Frauen im Globalisierungsprozess. In den Mittelpunkt stellte sie die Umstrukturierung der geschlechtsspezifisch strukturierten Erwerbsarbeit. Die Exportzonen erwiesen sich als »feminisiertes Moment des Weltmarktes«, da dort bis zu 70% der Arbeitsplätze von Frauen besetzt seien. Durch die Auslagerung von Produktions- und Dienstleistungsstätten entstünden zunehmend informelle Arbeits-

verhältnisse, ein Arbeitsmarktsektor, der nicht nur feminisiert, sondern auch ethnisiert sei. So schloss Wichterich damit, dass die Kategorie Geschlecht als Strukturelement des Globalisierungsprozesses durchaus Wirksamkeit habe, gleichzeitig aber immer mehr soziale Ungleichheiten unter Frauen entstünden, die zu einer »Fragmentierung der Kategorie ›Frausein‹« führten.

Die Diskussion darum, wie Solidarisierung entstehe und was Frauen politisch zusammenhalte, stand in dem Spannungsfeld der Fragen: »Muss Politik Gleichheit voraussetzen?« und: »Kann Solidarisierung ohne Gemeinsamkeiten auskommen?«. Ausgelassene und kämpferische Stimmung kam beim abendlichen Kulturprogramm mit Barbara Thalheim auf, die u.a. mit ihrem Lied »Flexibel ist übel« (»Ich steh zu der Utopie/ einer menschlichen Ökonomie«) einen kreativen Beitrag zum Thema leistete. In vier Foren diskutierten die TeilnehmerInnen am Samstag mit verschiedenen Referentinnen aus PDS-politischen und wissenschaftlichen Zusammenhängen. Gisela Notz und Judith Dellheim stellten die Frage danach, wie gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit definiert werden sollte. Ulla Peters und Eva Bulling-Schröter sprachen über die Rolle der Nachhaltigkeitsdebatte, die als wenig emanzipatorisch eingeschätzt wurde, da ihres sozialen Gehaltes beraubt.

Ellen Diederich und Petra Bläss setzten sich mit der Internationalisierung von Gewaltverhältnissen auseinander. Im Mittelpunkt standen die Fragen »Frauen in die Bundeswehr?«, um die auch im Plenum ausführlich gestritten wurde, und »Warum sind Feminismus und Antimilitarismus z.Zt. (scheinbare) Antagonismen?«. Frigga Haug und Vera Vordenbäumen diskutierten den Zusammenhang von Globalisierung und Demokratisierung. Haugs These, dass frauenpolitische Forderungen gegenwärtig in den neoliberalen *mainstream* integriert würden und damit ein »schlechter Rückenwind« entstünde, setzte gleich eine Reihe von Diskussionen frei. Besonderes Interesse bestand an einer Aufarbeitung der Unterschiede zwischen Ost- und West-Frauengeschichte sowie an einer Bewertung der Rolle von Intellektuellen wie Anthony Giddens und Ulrich Beck für neoliberale Politik.

Ingrid Kurz-Scherf warnte in abschließenden Thesen davor, Globalisierung als neuen Hauptwiderspruch zu behandeln. Besonderen Anklang fand ihre Aufforderung, androkratische Deutungsmuster nicht nur bei Neoliberalen, sondern auch innerhalb linker Politik aufzuzeigen.

Diesen Gedanken griff die Organisatorin der Tagung Silke Veth in ihrem Resümee auf und zitierte Kurz-Scherf mit dem Satz: »Eine Politik ist feministisch, oder sie ist nicht links.«